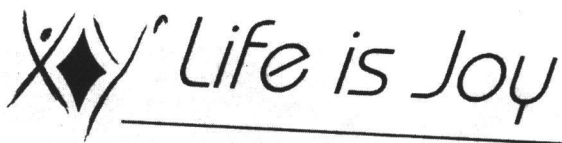


Context **XXI**

ISSN 1028-2319 • 5,- EUR

Nummer 4-5/2003

Auch schon gekriegt?	2
SPIEGELVERKEHRT	
Fellinis Schatz aus Spiegel	4
VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY	
VERQUER	
Ein Feindbild verbindet	7
Zur Querfront gegen den „Imperialismus“	
VON HERIBERT SCHIEDEL	
AUS DEM KREIS	
Die Kinder welcher Revolution?	12
Ein Hauch von 68 im Iran	
VON KAVEH AZADI	
RUNDUM	
„Die letzten Tage der Menschlichkeit“	14
Die Medien, der Irak-Krieg und die Ba'th-Partei	
VON THOMAS SCHMIDINGER	
RÜCKWÄRTS	
Auf den Kopf gestellt	18
Zur Wahrnehmung des Nachkriegsirak in Europa	
VON THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN UND THOMAS UWER	
GRENZZIEHUNGEN	
Dort, wo man Fahnen verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen	21
Ein Widerspruch	
VON KARL PFEIFER	
Auschwitz ist die Antwort	22
Anmerkungen zur Friedensbewegung	
VON HANNAH FRÖHLICH	
Frieden oder Appeasement?	24
VON THOMAS SCHMIDINGER	
MUSTER	
Antisraelischer Antirassismus	26
VON ROLAND STARCH	
Vorläufig die Amerikaner	27
VON GEORG KREISLER	
KUGEL	
Alternative Selbst-Findung?	28
VON KARIN GLASER UND TOBIAS OFENBAUER	
Austrian Social Forum	30
Betrachtungen und Versuch einer Einschätzung	
VON KURTO WENDT UND MARKUS ZINGERLE	
Selber Schuld!	32
Über den Umgang mit einem lesbenfeindlichen Übergriff am ASF	
VON DER DONNERSTAGS-WENDO-GRUPPE	
BRECHUNGEN	
„... eines konstruktiven Gedankens nicht fähig ...“	34
Zum Tod Johannes Agnolis	
VON FLORIAN MARKL	
SPLITTER	
Das Fliegenglas zerschlagen!	37
Stefan Vater: Diskurs-Analyse-Intervention	
GELESEN VON HEIDE HAMMER	
RASTER	
„Gerade dieses Volk ...“	38
Dolores Bauer: Israel/Palästina: Wenn aus Opfern Täter werden	
VON JAMES R. MOSER	
Short Cuts	43
VON STEPHAN GRIGAT	



Life is Joy

Amsterdam Berlin London Paris Rom Wien

Herrn
Wilfried Notbauer
Im Rappen 17
A-8990 Zahlen

Jahresabrechnung

Rechn.-Nr.: 00241-030822
Kunden-Nr.: AT-280262-00241

22. August 2003

Hiermit erlauben wir uns, die für das laufende Jahr 2003 fälligen **Lizenzgebühren** für die von Ihnen in Verwendung befindlichen BIO-Funktionsentitäten (d.h. Zellen, Zellverbände und Organisationseinheiten solcher Strukturelemente), gemäß folgender Liste in Rechnung zu stellen.

Jahrestarife:

EU-Pat. Nr. 002341.2699 UU-01:	Hautzellen/Haut	per cm ²	EUR 0,10	EUR 1.800,00
EU-Pat. Nr. 012541.2999 KO-22:	Auge	per Stk.	EUR 122,50	EUR 245,00
EU-Pat. Nr. 334789.1250 FF-77:	Leberzellen	per cm ³	EUR 0,33	EUR 495,00
EU-Pat. Nr. 066894.6578 KL-96:	Zähne	per Stk.	EUR 50,00	EUR 1.600,00
Summe:				EUR 4.140,00
+ 20% Ust.				EUR 828,00
Saldo 2003 gesamt:				EUR 4.968,00

Der als Saldo 2003 gesamt ausgewiesene Betrag wird in den nächsten Tagen von Ihrem Konto:
Bank Austria, Kto-Nr. [REDACTED] Bankleitzahl: [REDACTED] eingezogen.

Diese Jahresabrechnung gilt als akzeptiert, sofern nicht innerhalb von 14 Tagen schriftlich unter Vorlage glaubwürdiger, auf Kosten des Lizenzpflichtigen ausschließlich von unsererseits anerkannten Vertragslabors erstellten Expertisen Einspruch erhoben wird.

Wir freuen uns, die Ausweitung unserer Geschäftsbeziehungen für das Jahr 2004, um folgende Bereiche ankündigen zu dürfen:

Laufendes Patentverfahren:	Muskelfasern,
laufendes Patentverfahren:	Dünndarmwand und
laufendes Patentverfahren:	Nagelbettgewebe

Life is Joy Bio Resource Consulting G.m.b.H. Wien Fischträngasse 1 A-1010 Wien Tel +43 1 [REDACTED]
Bankverbindung: Erste Österr. Sparkasse Blz.: [REDACTED] Kto.-Nr.: [REDACTED] Gerichtsstand ist Wien

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Problem, dass sich für uns schon seit längerem stellt, nämlich viel zu viel Text für von uns bedruckbare Seiten zu haben, hat sich über den Sommer dramatisch verschärft! Fast 100 Seiten könnten wir mit einer Vielzahl von spannenden Artikeln – sowohl von Redaktionsmitgliedern als auch von GastautorInnen – füllen. So mussten wir also darangehen, das, was zunächst für eine – besonders umfangreiche – Ausgabe gedacht war, wieder auseinanderzuklauben und so halten Sie nun eine **Context XXI**-Ausgabe in der Hand, die – ihres geplanten Schwerpunkts „Frauen im Widerstand, in Exil und Verfolgung im Nationalsozialismus“ (dieser kommt in geballter Form in der kommenden Ausgabe von **Context XXI** aufs Papier, mit Vorfreude erwartet!) entledigt – gleich zwei neue Schwer-

punkte erhalten hat. Zum einen die Fortsetzung der Auseinandersetzung um den Krieg im Irak, den Sturz des Baathistischen Regimes und die Friedensbewegung in Österreich, einerseits mit zwei längeren Artikeln, die sich beide mit der einigermaßen verzerrten Wahrnehmung der Nachkriegssituation im Irak in Europa auseinandersetzen, verfasst von Thomas Schmidinger, von Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer, andererseits mit kurzen Kritiken und Kommentaren zur aktuellen Friedensbewegung und zur Diskussion darüber, eine Diskussion, die den Sommer über redaktionsintern fortgesetzt wurde und weiterhin offen bleiben soll, gerade dort wo sie über den konkreten Anlassfall hinausgeht und zu durchaus spannenden theoriepolitischen Diskussionen führen kann.

Context XXI sollte dafür weiterhin eine Plattform bieten, den Raum offen halten für Diskussionen, die in den letzten Jahren zunehmend nur noch aus der Distanz und mit der dabei unvermeidlichen Unschärfe geführt wurden. Der zweite kleine Schwerpunkt steht mit diesem Diskussionsbedarf ebenfalls in engem Zusammenhang: Es geht um das erste „Austrian Social Forum“, das Ende Mai in Hallein stattgefunden hat. Drei unterschiedliche und unterschiedlich kritische Einschätzungen dieses für österreichische Verhältnisse doch nicht unerheblichen „Events“ bzw. dessen was dort tatsächlich passierte und möglich oder unmöglich war, finden sich dazu im Heft. Außerhalb des Schwerpunkts reist Alexander Schürmann-Emanueli in seinem Essay über Fellini zurück nach New York 1993, Heribert Schiedel analysiert

aktuelle Tendenzen zur „Querfront-Bildung“, Kaveh Azadi gibt einen Einblick in die sich neuerlich formierende Protestbewegung im Iran und Florian Markl würdigt Johannes Agnoli mit einem Nachruf. Die Rezensionen kommen diesmal von Heide Hammer, James R. Moser und Stephan Grigat.

Schließlich möchte ich noch hinzufügen, dass dies – nach zwei Jahren intensiver Arbeit am und im Projekt **Context XXI** – die letzte Ausgabe sein wird, die ich bis zum Druck als koordinierende Redakteurin betreue, da ich für einige Monate Ösland in Richtung Süden verlassen werde. So bleibt noch eine anregende Lektüre zu wünschen und: Lest **Context XXI**, abonniert **Context XXI**, hört **Context XXI**-Radio!

EVA KRIVANEC
AUGUST 2003

Neue Homepage: www.contextxxi.at • neue eMail: redaktion@contextxxi.at

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien

Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16

E-mail: redaktion@contextxxi.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** diE nOt, Hannah Fröhlich, Manfred Gmeiner, Heide Hammer (Radio), Günter Hefler, Mary Kreutzer, Eva Krivanec (koordinierende Redakteurin), Stella Puig-Waldmüller (Internet-Hereingeberin), Heribert Schiedel, Alexander Schürmann-Emanueli (gf. Redakteur), Jutta Sommerbauer, Thomas Schmidinger, Markus Zingerle (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Kaveh Azadi, Donnerstags-Wendo-Gruppe, Karin Glaser, Stephan Grigat, Georg Kreisler, Florian Markl, James R. Moser, Tobias Ofenbauer,

Thomas von der Osten-Sacken, Karl Pfeifer, Roland Starch, Thomas Uwer, KurtO Wendt **Titelgraphik:** diE nOt **Abbildungen:** Fotosammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands **Layout:** Markus Kemmerling **Hersteller:** Resch druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Offenlegung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abos:** Normalabo: 33 Euro/Jahr; Sonderabo: 22 Euro/Jahr; Förderabo: 66 Euro/Jahr; Ausland: 38 Euro/Jahr, Übersee: 44 Euro/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 36 Euro/Jahr; ermäßigt: 25,50 Euro/Jahr (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://www.contextXXI.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im Juli.

Fellinis Schatz aus Spiegel

oder Asa nisi masa

VON ALEXANDER
SCHÜRMANN-EMANUELY

Es war am Abend des 1. November 1993, als ich mich mit einer alten Schulfreundin, die damals in New York lebte, im DDL Foodshow an der Upper West Side traf, auf ihren Tipp hin, dass dort die besten Antipasti der ganzen Stadt zu verspeisen seien. Als Wochenendpassant der schönen Stadt vertraute ich ihr selbstredend, immerhin war sie jetzt Anwältin. Somit saß ich bald an einem kleinen Tisch mit rot kariertem Tischtuch. Meine Gastgeberin bestellte alle möglichen Vorspeisen und bald war der Tisch überzogen mit einem bunten Gebirge aus Essen, welches gutwillig eine Flasche Rotwein umzingelte. Doch noch bevor ich ihr sagen konnte, dass ich mir vorkomme, wie in einem Woody Allen Film, merkte ich, dass eben dieser am Nebentisch gerade über einen Teller voll grüner, saftiger, buttergetränkter, parmesanblendender Fettucine herfiel. Er und meine Anwältin schienen sich zu kennen und sie begannen miteinander zu plaudern. Ich verstand keinen Satz, außer des Öfteren Worte, wie Fellini und dann Fettucini. Da ich mit meinem Englisch vielleicht gerade noch mit Woody Allens Großmutter konversieren hätte können, die bekanntlich aus Wien war, sprang das Gespräch zwischen beiden, mir zu Liebe, bald ins Französische – Fettucine sind ein Mittel sozialer Veränderungen, verstand ich dann endlich. Hin-

gegen nützte Woody Allen die gewonnene Kommunikationsmöglichkeit nach diesem Satz aus, um sich zu verabschieden. Doch was für ein Abendmahl, ich war als New York Tourist voll auf meine Rechnung gekommen, hatte gleich am ersten Abend meines Aufenthaltes eines meiner Idole beim Essen belästigen dürfen und dabei fast meine ganze herrliche Muschelsuppe durch das vom Händeschütteln auf engem Raum provozierte Tischbeben verschüttet – Ah, die gute Zuppa di vongole! – Weißt du, was er mir gerade erzählt hat? – Fragte mich meine Begleiterin – Nein, sag, ah, ist das spannend! – Er wird jetzt zehn Jahre keine Fettucine mehr essen. – Ich verstehe nicht ... – Fellini ist gestern gestorben und Fettucine ist das Leibgericht von Woody Allen. – Ich verstand noch immer nicht und was sollte das heißen: Fellini ist gestorben! – Trauer ist das. – Sagte sie, ich nickte und verstand plötzlich. Fellini war vor ein paar Tagen in ein Krankenhaus eingeliefert worden, Fellini war tot.

Einige Stunden später lag ich im Halbdunkeln, im Halbstillen, im Versuch der Nacht, auf der Couch eines schönen, aber etwas engen New Yorker Wohnzimmer. Das war meine erste Nacht in New York, ich sah aus dem Fenster und wusste nicht, ob mein Vis-à-vis Sterne oder Lichter waren – Stardust Memories. Fellini war tot. Schlafunfähig durchblät-

terte ich Notizen in meinem Tagebuch, die ich irgendwann in nächster Zukunft mir hinein schreiben werde, und stieß auf folgendes, von Roberto Benigni geschrieben: *„Fellini belongs to nature. I wrote in an Italian newspaper when he died that the world without Fellini was for me as if olive oil was dead. Something that is absolutely natural, that belongs to the natural. For me, Fellini was like a watermelon. It is there. A watermelon cannot die.“* – soviel zum Verstehen eines Todes. Dann schlief ich irgendwann ein. Eingesperrt in einem Auto, einem Tunnel, einem Traum, fragwürdige Menschen starren an dir ignorierend vorbei. Es raucht von irgendwoher, du bekommst keine Luft, eingesperrt in einem Auto, das Fenster geht nicht auf, du kannst nicht einmal wegfliegen oder doch, es raucht, Trommeln schlagen, Trommeln verstummen, Anwälte reiten auf Pferden Strände hinauf und die Freiheit des Flugs ist gebunden, wie ein Luftballon. Du fällst ins Wasser und wachst von weit oben stürzend auf. Keine Luft.

Manche Menschen von den Achtzigerjahren jetztzeit-hinwärts sind von Wagners Walkürenritt begeistert, weil sie ihn mit Francis Ford Coppolas „Apokalypse Now“ verbunden und seinen Helikopterangriff auf ein vietnamesisches Dorf als Ausdruck des Absurden begriffen haben. Ich mag den Walkürenritt, weil Marcello Mastroianni in

8 1/2, als Guido, als Federico, als Regisseur, der einen Film machen will und eben diesen irgendwie, irgendwo verloren hat, im Kopf oder im Auto, in den Spiegel schaut, leberkrank ist und sich in einem Kurbad aus Pappwänden, antik und echt wirkend, um das scheinheilsame Wasser, glückliches Wasser, wie es die Römer nannten, anstellt. „Auf nüchternen Magen dreihundert Gramm Brunnen“. Das wagnerianische Getobe überfällt das wohl erste Neonlicht in einem Badezimmer der Filmgeschichte, mit einer ruhigen Plansequenz voll ungarischer und italienischer Gräfinnen, Mönchen und Nonnen, alternder Playboys, kindischer Kardinäle und angespannter Sonnenschirme, voll Mamma und Toscanini, voll zitternder, alter Hände unter Sonnenbrillen in einem Park einer mondänen Kurortkulisse herumtrottend. Stille, Überblendung, wenn Claudia Cardinale den Brunnen, Kursprache für ein Glas Wasser, reicht, lächelt, einen Engel oder den Tod oder die Hoffnung oder was auch immer, aber eigentlich sich selbst spielt. Und dann Mezzabotta, der alte Freund mit snobistisch weißen Haaren, begleitet von Gloria, einer Amerikanerin, die nicht seine Tochter ist und welche eine Dissertation über die Einsamkeit des Menschen in der zeitgenössischen Dramatik schreibt. Dann der Kritiker, der zu sprechen anfängt: „Der Mangel jeglicher Problematik oder wenn sie so wollen, an einer philosophischen Grundlage ...“. Guido steht vor dem Nichts an Ideen, vor der Flucht und der Suche nach einem Film, den er, erfolgreich bejubelter Regisseur, drehen soll. Dabei entdeckt er die Welt für uns.



Fotosammlung DÖW

Überall Film: Kulissen, alles Illusion, Techniker, Variété, Matrosen als Steptänzer, große Guidos, kleine Guidos, Priester in weiß, Gerüste, StatistInnen, Pressesprecher, ein Produzent: der Comandatore!, der für jene Produzenten wie Dino De Laurentiis oder Carlo Ponti steht, die durch ihren produktiven Größenwahn, der dann bald auch Hollywood erreicht hat, Cinecittà erst möglich gemacht haben. Jeder Mensch, jedes Gesicht eine Station der Entdeckungsreise. Darüber, fiel mitten in den in die Irre führenden Vorbereitungen zu den Dreharbeiten Federico Fellini ein, darüber wird er seinen verlorenen Film machen, mit sich selbst als Guido, als Marcello Mastroianni, seinem Spiegelmenschen, in der Hauptnebenrolle – denn im Mittelpunkt, als Hauptdarsteller, steht überall der Film mit seinen Menschen, als Spiegelwelt aller.

Das ist 8 1/2, geheimnisvoller als der Kosmos, wie der Kosmonaut Titow in einem Hotelflur in Moskau einmal gemeint hat. Das ist der Film, der den Produktionszwang vom Nichts beschreibt. Vor genau 50 Jahren herausgekommen, 1963 sozusagen, ist er eine Art

Kulturgeschichte des aussichtsreichen Versagens, des Menschen ohne lästige Eigenschaften, des Menschen auf der Suche, im Chaos. Ich wache, wie schon ein paar Male in dieser Nacht und stehe auf, gehe zur Bibliothek, in diesem schönen, aber etwas engen New Yorker Wohnzimmer und entdecke dort die anderen Kulturgeschichten. Jene der Neuzeit von Egon Friedell und jene der Selbstmörder von Emil Szittyä. – Ich weiß von gar nichts – heißt es da irgendwann. Auf den vielen Buchrücken verschwimmt die Erinnerung an die Räume von 8 1/2. Dann noch eine Notiz aus meinem geliebten Tagebuch, diesmal von Gilles Deleuze und zwar zu seinem *Kristallbild*: *Das Spezifische dieser Räume besteht darin, dass sie ihre Eigenschaften nicht allein auf räumliche Weise äußern können. Sie implizieren nicht-lokalisierbare Relationen, nämlich unmittelbare Darstellungen der Zeit. Nicht mehr haben wir es mit einem indirekten Zeit-Bild zu tun, das sich von der Bewegung ableitet, sondern mit einem unmittelbaren Zeitbild, von dem sich die Bewegung ableitet. Wir haben es nicht mehr mit einer chronologischen Zeit zu tun, sondern mit*



einer chronischen, achronologischen Zeit, die notwendigerweise abweichende und ihrem Wesen nach «falsche» Bewegung hervorbringt. (Das Zeit-Bild. Kino 2, Frankfurt/M. 1997, 172.)

8 1/2, das Leben ist ein erstaunliches, rätselhaftes Abenteuer, ein reimloses Verharren im Mutterleib, voll Hoffnung und Zutrauen eines Clowns, voll von soviel davon, wie dem Betrachter gerade nicht zumutbar sein kann, vor allem, wenn dieser kein Kind mehr ist. Denn nur aus der Kinderperspektive, aus der bodennahen Perspektive, erschließt sich die bedrückendste Gestalt der Welt, jene die verspricht, dass eigentlich alles nur besser werden kann, das süße Leben eigentlich noch auf einen wartet, ganz unverdorben, ganz abgestorben. Und so unverdorben der Versuch der Perspektive von unten, von der anderen Seite des Architektenplanes sein will, so scharfsinnig und kritisch, so unerschütterlich analytisch ist er schlussendlich. Das Graue, das Absurde als Ausdruck der Realität, als Ausdruck der Einsamkeit in der Menge. Federico Fellini: als kindischer, allmächtig hilfloser Gott des Kinos und des Lebens bildete eine Vision

der Welt, die jede banale Lebenspraxis in eine sonderbare, wertvolle, in eine traumvoll beunruhigende verwandelt. Schiffe der Träume an jedem Flughafen, an jedem Laufsteg voll Nonnen und Päpsten.

Als Kind wollte Fellini immer von zuhause weglaufen, um sich einem Zirkus anzuschließen. Als er sein erstes Geld verdiente, war das mit Karikaturen und mit Humoresken. In der Mussolini-Zeit konnte keine sinnvolle Arbeit begonnen werden außer jener, dem Militärdienst mit allen Tricks zu entgehen. Sinn gab es damals in den Welten des Films, denn in der Cinecittà, dem Hollywood Europas bildete sich eine Art Insel der Narrenfreiheit, in der ein Sammelurium von Leuten (Rossellini, de Sica, Visconti, Antonioni etc., die Neorealisten und Protagonisten des späteren Autorenkinos) zusammentraf, die gleich nach dem Niedergang des Faschismus, das unglaubliche Abenteuer des italienischen Filmes losbrachen, welches erst durch den Medientotalitarismus eines Berlusconi wieder vernichtet werden konnte. In Cinecittà schrieb Fellini seine ersten ersten Drehbücher, wie 1945 für Roberto Rosse-

linis „Rom – offene Stadt“. Dann, ab Anfang der 50er Jahre drehte er die ersten ersten eigenen Filme – „Der weiße Scheich“: das Bild einer Desillusionierung; „Die Müßiggänger“: das Porträt des jugendli-

chen Stillstandes; und „La Strada“, die großen Augen Gelsominas (Augen von Giulietta Masina, der Frau Fellinis), die erschlagen werden in der patriarchalen Diktatur Zampanos (Anthony Quinn). Und mittendrum omnipräsent Nino Rotas Musik: *La passarella di 8 1/2, E poi, L'illusionista, Carlotta's Galop, La passarella di addio*. Nachdem in Filmen wie „Die Gauner“ und „Die Nächte der Cabiria“ Gangster und Prostituierte vor allem ihr eigenes Leben unsicher gemacht haben, schuf Fellini 1960 „La dolce vita“, der zum Skandalfilm wurde, weil das Spiegelbild der Schattenseite der lebenslustigen Schickleria Roms, über die ein Hubschrauber als Gag mit einer riesigen, angehängten Altarfigur fliegt, in welcher kritische Menschen einfach sich und ihre Kinder und ihre Frau umbringen, jedoch weil in ihr hauptsächlich das Feiern, die Party an aller erster Stelle unwiderrufbar steht, genauso wie der religiöse Fanatismus jener, die sich keine Party leisten können und bei irgendwelchen Marienerscheinungen umkommen, das Spiegelbild des Wahns der Moderne ist, in der kein Platz mehr für Suchende, für Liebe und für

Menschen ist. Und dann kam der 8 1/2. Film: 8 1/2. Der Schnitt entlang der Zeit, eine Kollage aus eigenem, losem Menschsein. Dann, zwischen 1963 und 1993 folgt eine Generation Filmgeschichte, die Generation Fellini: „Julia und die Geister“, „Satyricon“, „Roma“, „Amarcord“, „Casanova“, „Orchesterprobe“, „Die Stadt der Frauen“, „Das Schiff der Träume“, „Ginger und Fred“, „Intervista“ und „Die Stimme des Mondes“.

Barfußig stehe ich in der Luft von Manhattan und plötzlich fällt mir Sandra Milo ein, wie sie weißspelig behutet, wunderschön im Promenadencafé zu singen anfängt, so schuldlos schuldig an allem und nichts. Fellini hat in jedem Interview, ob mit Constantini oder mit Guidotti behauptet, Marcel Proust nicht gelesen zu haben. Doch scheint die Unmöglichkeit, die Essenz des achtbändigen Romans „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ zu verfilmen, gerade dem Unbelesenen gelungen zu sein, ihm, der wohl nie in seinem Leben die Zeit gefunden hatte, die 5000 Seiten auch nur aufzuschlagen, wer hat die auch, außer den wahren AnarchistInnen, wie Benjamin und Adorno einhellig gemeint haben. Doch heute Nacht, ich könnte es ja heute Nacht versuchen, die Wege Swanns und der Madeleines in den Lindenblütentee zu verfolgen, es stünde sogar eine englische Übersetzung bereit, die ich nicht einmal verstehen müsste, zumindest wäre das eine würdige Beschäftigung für eine erste Nacht ohne zukünftigen Fellini. Ach, und dabei ... alles bebt wie ein Bahnhof. Fellinis Himmel muss ein Bahnhof sein.

Ein Feindbild verbindet

Zur Querfront gegen den „Imperialismus“

VON HERIBERT SCHIEDEL

Ende Jänner dieses Jahres erschien auf der rechtsextremen Homepage *Wiener Nachrichten Online* (WNO) ein bezeichnender Text unter dem Titel „Opernball und Antiimperialismus“. Der Autor verfügt offenbar über ausgezeichnete Kenntnisse der antiimperialistischen Szene Wiens und berichtet dort voller Sympathie über die Vorbereitung der heurigen Anti-Opernball-Demonstration. Diese sei fest in den Händen von „dem Trotzismus erwachsenen Kreise(n) (gemeint sind die *Revolutionär Kommunistische Liga* (RKL) und die *Antiimperialistische Koordination* (AIK), Anm.) um die durchaus herzeigbaren Zeitschriften 'Bruchlinien' und 'Intifada', die in der linken Szene immer wieder wegen ihrer kompromisslosen Ablehnung der USA und Israels auf Feindschaft und Ablehnung stoßen“. Wie groß demgegenüber die Zustimmung zur AIK samt Anhang in Teilen der rechtsextremen Szene ist, belegt der WNO-Text. So freut man sich offen darüber, dass ein „Spaltungsversuch“ von RKL/AIK-GegnerInnen im Vorfeld der Demonstration „abgewehrt werden konnte und nun alle Linken zum gleichen Demotreffpunkt beim Museumsquartier (27. 2., 19 Uhr) mobilisieren“. Schließlich hoffen die Rechtsextremen noch darauf, dass eine „inhaltlich aufgeladene(n) Demonstration gegen den Imperialismus gelingt, es also zu einer Art Intifada in Wien kommen kann“.

Angesichts dieses bis dato eindrucksvollsten Beleges für die Herausbildung einer (inhaltlichen und noch nicht personell-organisatorischen) Querfront zwischen rechten und linken AntiimperialistInnen in Österreich, warnte ich öffentlich vor dieser. Wie nicht anders zu erwarten, reagierten die angesprochenen Teile der Linken mit Abwehr. Die einen machten es sich einfach und behaupteten kurzerhand, bei der WNO-Seite handle es sich gar nicht um eine rechtsextreme Seite, sondern um eine Fälschung von Geheimdiensten oder antinationalen/antideutschen Linken, die damit der antiimperialistischen Sache schaden wollten. Für die *Unitat* (1/03), dem Organ des *Kommunistischen StudentInnenverbandes* (KSV), handelte es sich bei der Warnung um ein „öffentliches Verfechten unhaltbarer Behauptungen“, einen Griff in „die allerletzte Schublade des Antikommunismus“ und „dumpfste Totalitarismus-Theorie“.

Anstatt angesichts der jüngsten Entwicklungen im organisierten Rechtsextremismus – dessen Bündnis mit dem politischen Islam¹ und strategische Umorientierung auf den „globalen Hauptfeind USrael“ – kurz innezuhalten und die eigene politische Praxis selbstkritisch zu hinterfragen, fliehen viele Restlinke vor der Realität. Und die sieht heute in Deutschland und Österreich nun mal so aus, dass sich

zahlreiche linke und rechte Positionen zu der „Krake Globalisierung“², Israel, dem Irak und den USA bis in die Formulierungen hinein gleichen. Ein deutscher Neonazi brachte das unlängst in einem Internet-Forum auf den Punkt: „Oftmals liegen unsere Ziele so nah beieinander, dass man fast keinen Unterschied mehr fassen kann (Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus, Sozialismus usw.)“. Auf der neonazistischen Homepage *die-kommenden* heißt es: „Heute müssen jene beiden Kräfte unterstützt werden, die beide schon in der selben Richtung kämpfen (...): die antiimperialistischen und die islamistischen. Die Antiimperialisten sind in der Linken weitgehend isoliert, (...) ihre praktischen Entscheidungen sind aber fast immer unterstützenswert, soweit sie sich auf die Seite der vom westlichen Imperialismus Bedrohten stellen“.

Revolte gegen den Westen

Das Querfront-Phänomen ist so alt wie der Bewegungsfaschismus. Vor allem in der Weimarer Republik war die entsprechende Strategie, die

1 vgl. Maegerle, A.; Schiedel, H.: *Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit dem Rechtsextremismus*, www.doew.at/thema/rechts/allianz.html.

2 Der Eckart, 6/2003, S. 8; *Die Figur der den ganzen Globus umschlingenden Krake ist unmittelbar antisemitischen Diskursen entliehen. Daneben wurden in jüngster Zeit die Schimpfwörter „Globalisierer“ oder „Globalkapitalisten“ in rechtsextremen Publikationen zu Codewörtern für Juden/Jüdinnen oder das „Weltjudentum“.*

systematischen Versuche von Rechtsextremen, Brücken zur (radikalen) Linken und zu deren Diskursen zu schlagen, von einigem Erfolg gekrönt. Ausgehend von der geteilten militanten Ablehnung des Vertrages von Versailles und der damit verbundenen Frontstellung gegen den „plutokratischen“ Westen bildeten sich unter dem Banner der unterdrückten deutschen Nation punktuelle Bündnisse zwischen radikalen Linken und extremen Rechten. Während sich aber eine gefestigte und andauernde Querfront an der Basis kaum ausbildete, überboten sich die jeweiligen Kader im Verwischen der Diskursgrenzen. Auf Seiten der radikalen Linken erlangte Karl Radek (KPD) 1923 mit seiner „Schlageter-Rede“, einer Hymne an den nationalistischen Befreiungskampf gegen Frankreich, traurige Berühmtheit.³ In der NSDAP war es die Strömung rund um die Gebrüder Strasser, die gemeinsam mit der antiliberalen Linken Deutschland vom „Versailler Joch“ befreien wollte.⁴ Daneben bemühten sich sogenannte Konservative Revolutionäre (z.B. der *Tat-Kreis*) und Nationalbolschewisten (z.B. Ernst Niekisch) um den Schulterchluss gegen den äußeren Feind.⁵ Rationalisiert wurde der Hass auf den Westen und die Moderne in der Theorie von den „proletarischen Nationen“, welche vom Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt würden. Mit der Erklärung ganz Deutschlands zum „Proletariat“ und dem Ersetzen von Klasse durch „Volk“ konnten klassenkämpferische mit nationalistischen Diskursen verwoben werden. Außenpolitisch suchten auch Fa-

schisten das Bündnis mit der bedrohten Sowjetunion und anderen vom Imperialismus unterdrückten Nationen, allen voran der arabischen.

Wenn das *Bündnis „Opernball angreifen!“* heute behauptet, dass „Faschisten per se nicht antiimperialistisch sein (können)“, so dient das mehr der Selbstimmunisierung als es der historischen Realität entspricht. Denn, dass der Nationalsozialismus sich „als eine bewußt antiimperialistische Bewegung“ auffasste und seine Unterführer von der „gefühlsmäßigen Zustimmung zu jedem Kampf, den unterdrückte Völker gegen ausbeutende Usurpatoren führen“⁶ sprachen, ist nicht Demagogie, sondern vielmehr Ausdruck des politischen Selbstverständnisses. Tatsächlich war mit Imperialismus jedoch nicht ein bestimmtes Stadium des Kapitalismus gemeint, sondern der Begriff diente als moralisierender Vorwurf an die Adresse anderer (konkurrenzierender!) kapitalistischer Mächte. Dieser Antiimperialismus hielt nichts auf die Kritik der politischen Ökonomie, sondern beschränkte sich auf die Markierung eines ausländischen Feindes und seiner inländischen Agenten. Wie der Antikapitalismus, der von der radikalen Kritik des Kapitals scharf zu scheiden ist, ergeht sich der faschistische Antiimperialismus in grandioser Personalisierung. Aus den „Beamten des Kapitals“ (Marx) macht er „(Finanz) Kapitalisten“ oder „Imperialisten“, die nur aufgrund ihrer moralischen Verkommenheit so agierten. Je geringer die Bereitschaft oder Fähigkeit, den Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft

zu durchschauen, desto größer der Eifer beim Aufspüren von internationalen („jüdischen“) Veschwörungen.

Daneben ist es der Wunsch, die Massen mit einfachen Welterklärungen hinter sich zu scharen, der Linke so wie Rechte reden lässt. Da heißt es etwa im antiimperialistischen *Forum für Diskussion*, die KritikerInnen des Antiamerikanismus tun so, „als ob man ohne die Identifikation eines konkreten Feindes den internationalen Klassenkampf führen könnte.“ Tatsächlich kann sich das Ressentiment am besten ausleben, wenn seine Objekte zu einem vereinheitlicht werden – daher der Singular.

Neuer Antiimperialismus und Faschismus

Ohne die Kritik an Lenins Konzessionen gegenüber dem Nationalismus und den Verkürzungen und Personalisierungen in seiner Imperialismustheorie zu vergessen,⁷ muss der kommunistische Antiimperialismus doch vom faschistischen abgegrenzt werden. Ließ doch Lenin keine Zweifel daran, dass im Konfliktfall das soziale vor dem nationalen Interesse gehe. Auch hatte er nichts gemein mit den alten und neuen FreundInnen der nationalen Identitäten: „Wer nicht in nationalistischen Vorurteilen versumpft ist, kann nicht umhin, in diesem, durch den Kapitalismus bewirkten Assimilationsprozeß der Nationen einen gewaltigen geschichtlichen Fortschritt, die Beseitigung der nationalen Verknöcherung der verschiedenen Krähwinkel zu sehen“. Darüber hinaus wusste der alte Antiimperialismus bei aller Solidarität mit den antikolonialen

Befreiungskämpfen (in den arabischen Ländern) noch von der „Notwendigkeit (...)“, den Panislamismus und ähnliche Strömungen zu bekämpfen“. Denn dieser wolle den Kampf gegen den Imperialismus, so Lenin weiter, „mit einer Stärkung der Khane, der Gutsbesitzer, der Mullahs usw. verknüpfen“.

Mit dem Wegfall des realsozialistischen Bezugsrahmens machte sich ein nichtkommunistischer Antiimperialismus breit. Dieser begann Loblieder auf vormoderne Lebensformen und die dazugehörigen Überbauten zu singen. Aus dem Imperialismus als politisch-ökonomische Struktur machte er wieder eine verwerfliche Eigenschaft bestimmter Personen – die obligaten „Drahtzieher“ – oder Staaten, allen voran der USA.⁸ Alles, was diesen schadet, wurde gealdet, auch wenn dabei die soziale Befreiungsperspektive verloren ging.

War einst für RevolutionärInnen Gewalt notwendiges Übel und Mittel zum Zweck, so wurde sie im Milieu des neuen Antiimperialismus mehr und mehr zum Selbstzweck. Im Gefolge von Sorel, der über die Gewalt die ArbeiterInnenbewegung mit dem Faschismus kurzuschließen versuchte, und unter dem Einfluss des islamistischen suicide-bombings, welchem auch viele Linke bei jeder sich bietenden Gelegenheit die „bedingungslose Solidarität“ versichern, wuchert ein chauvinistischer Heroismus. Nach dem Tod eines Demonstranten gegen den Gipfel in Genua erklärte etwa der *ArbeiterInnenstandpunkt* diesen zum „Held(en) der antikapitalistischen Bewegung“. Von finstersten Aberglauben ange-

triebene Todessehnsüchtige, die für einen Platz im Paradies möglichst viele Juden und Jüdinnen mit in die Luft sprengen, werden auch in österreichischen Szene-Publikationen wie der *Intifada* zu „Märtyrern“.

Einen vielsagenden Versuch, diesen neuen Antiimperialismus inhaltlich zu bestimmen, stellt der „Beitrag zur Opernballmobilisierung 2003“ des *Forums für Diskussion* dar. Dort ist die Rede von einer angeblich „qualitativ neuwertigen Ausgangssituation“. Diese verlange nach einem offenen Bruch mit dem Gründungssatz des parteiförmigen Kommunismus: Der „Hauptfeind steht nicht mehr im eigenen Land, er hat vielmehr globale Dimensionen angenommen.“ Damit sind alle Widersprüche auf einen reduziert und nach außen verlagert. Wir sind hier nicht nur an der von Linken selbst gezogenen Grenze zu KommunistInnen, sondern auch gleich mitten im rechtsextremen Diskurs. Konsequenterweise verlangt diese nationalistische Wendung danach, „herkömmliche Konzepte über Bord zu werfen und sich neuartigen Wegen zu öffnen.“ Beim Beschreiten dieser Wege müssen folgerichtig alle Vorbehalte, wie sie aus emanzipatorischer Sicht bestünden, fallen gelassen werden: „Eine der zentralen Herausforderungen wird es dabei sein, sich Bündnissen zu öffnen, die sich nicht länger ideologisch, sondern politisch-strategisch – also ausgerichtet auf den gemeinsamen Feind – definieren. Denn der Kampf gegen unseren Feind wird schon geführt – auf politischer, militärischer und kultureller Ebene: von islamischen Kräf-

ten.“ Dass diese Kräfte strikt antikommunistisch sind, stört Menschen, die sich selbst noch als links begreifen, nicht. Aber wer im Jihadismus nicht eine lokalspezifische Ausformung des Rechtsextremismus sehen will, der kann auch nicht die Möglichkeit denken, dass europäische Neofaschisten den Kampf gegen den „Feind“ ebenfalls schon führen.

„Antiamerikanische Einheitsfront“⁹

Am ausgeprägtesten ist die inhaltliche Querfront in Sachen Antiamerikanismus. Mit diesem Begriff ist nicht die Kritik an der Politik der US-Regierung gemeint, sondern das Ressentiment gegen die USA als Hort all jener bösen und verwerflichen Eigenschaften, die vom eigenen Kollektiv abgespalten werden. Wie im modernen Antisemitismus äußert sich im Antiamerikanismus Wut auf die abstrakte Seite kapitalistischer Vergesellschaftung. Gleich den Juden/Jüdinnen werden die USA als die personifizierte Abstraktion gehasst. Sie stehen für die abgelehnten Teile der kapitalistischen Moderne – die Zirkulationsebene, das Geld und die Zinsen, der Profit, der Individualismus usw. Der Antiamerikanismus ähnelt „strukturell (wie in der Wahl seiner Metaphern) durchaus dem Antisemitismus. In mancher Hinsicht lässt sich der Antiamerikanismus gar als eine weitere Säkularisierungsstufe einer sich bereits antisemitisch verweltlichten Judenfeindschaft verstehen. Obschon beide Phänomene aufgrund ihrer höchst unterschiedlichen Entstehungsgeschichte keineswegs identisch gesetzt werden können, stellen doch beide gleicher-

maßen weltanschaulich ausgeformte Reaktionsphänomene auf die Moderne dar.“¹⁰

Der Antiamerikanismus teilt mit dem Antisemitismus darüber hinaus den Status einer „Alltagsreligion“ (Detev Claussen): Mit dieser kann die Welt ihrer Komplexität entledigt und von

- 3 vgl. Haury, Th.: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg 2002, S. 261ff.
- 4 vgl. Kühnl, R.: *Die nationalsozialistische Linke 1925-1930*. Meisenheim a. G. 1966.
- 5 vgl. Schüddekopf O.-E.: *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*. Stuttgart 1960.
- 6 „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“, in: *Der Nationale Sozialist*, 4. 7. 1930.
Diese antiimperialistische Position setzte sich jedoch nicht gegen die Hitler-Linie durch. Hitler selbst äußerte sich schon in „Mein Kampf“ gegen das Bündnis mit den „unterdrückten Nationen“: „Als völkischer Mann, der den Wert des Menschentums nach rassistischen Grundsätzen abschätzt, darf ich schon aus der Erkenntnis der rassistischen Minderwertigkeit dieser ‚unterdrückten Nationen‘ nicht das Schicksal des eigenen Volkes mit dem ihren verketten.“
- 7 vgl. Bösch, R.: *Unheimliche Verwandtschaft. Anmerkungen zum Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Antisemitismus*, in: *Krisis* 16/17, 1995.
- 8 Ein führender Theoretiker dieses neuen Antiimperialismus, Karam Khella, grenzt sich in dankenswerter Offenheit von Marx und Lenin ab. Denn diese hätten mit ihrer Behauptung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und Determinanten im Kapitalismus/Imperialismus den Widerstand gegen den personifizierten imperialistischen Feind verunmöglicht. Demgegenüber behauptet Khella, dass der Imperialismus „ausschließlich durch außerökonomische Zwänge (funktioniert).“ (Khella, K.: *Die gesplittene Welt. Imperialismus heute*. Hamburg 2002, S. 14) Tatsächlich kann der moralische und kulturelle Antiimperialismus nur funktionieren, wenn er den Primat der ökonomischen Basis leugnet und statt dessen den des bösen Willens der „Imperialisten“ behauptet.
- 9 *Deutsche Stimme*, 5/2003; Das NPD-Blatt weiter: „Der Riß (innerhalb der radikalen Linken, Anm.) verläuft zwischen einer achtenswerten Traditionslinie des Antiimperialismus einerseits und einem amerika- und judenergebenen Westlertum andererseits.“ Daneben freuen sich die Rechtsextremen über die „Überwindung der Rechts-Links-Gegensätze im Gefolge des Irak-Krieges“.
- 10 Diner, D.: *Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland*. Frankfurt a. M. 1993, S. 29.



Fotosammlung DOW

einem einzigen Punkt aus erklärt werden, was auch ihre Verbreitung verstehen hilft. Im Interview mit der nationalbolschewistischen *Jungen Welt* (8. 2. 03) spricht ein RKL/AIK-Führungskader dem Antiamerikanismus seinen Charakter als „populäre Stimmung“ gar nicht ab. Ganz im Gegenteil, man bezieht sich sogar positiv auf diese „Stimmung“, und das in einem postnationalsozialistischen Land: „Der Anti-amerikanismus ist das Mittel, breiteste Schichten in Opposition zum US-Imperialismus zu bringen.“ Immer steht am Anfang der Wanderung von links nach rechts der Wunsch, massenwirksam zu sein. Da dies in Österreich jedoch vor allem Jörg Haider ist, tun sich Abgrenzungsprobleme auf. Die AIK löst das Problem in dem programmatischen Text „Vom Pazifismus zum Anti-amerikanismus“ auf ihre Art: „Virtuos machte sich Haider zum Sprachrohr dieser (anti-amerikanischen, Anm.) Stimmung, Reaktionäres und Fortschrittliches vermischend, wechselnd, austau-

schend. Fast avantgardistisch griff er die Irak-Frage auf, damals noch gegen die Mehrheit.“ Da sich soviel Sympathie für einen Rechtsextremen unter Linken nicht schickt, wird kurzerhand behauptet, es sei falsch, der Haiderei das „Etikett ‚rechtsradikal bis neofaschistisch‘“ umzuhängen. Vielmehr handle es sich dabei „zumindest teilweise um einen widersprüchlichen Protest gegen den Liberalismus“. Aber die FPÖ ist auch nicht mehr das, was sie mal war: Durch die Exekution des Neoliberalismus in der Regierung habe sie ihre „Glaubwürdigkeit als plebejische Partei verloren.“

Mit dem „Protest gegen den Liberalismus“ ist ein weiteres diskursives Bindeglied zwischen Rechtsextremismus und Teilen des Linksradikalismus angesprochen. Das antiliberalen Resentiment, welches wieder von Liberalismuskritik zu scheiden ist, entzündet sich am potentiell zersetzenden Gehalt des politischen Liberalismus. Gleich dem Antisemitismus ist der Antilibe-

ralismus integraler Bestandteil des antimodernistischen Tickets. Während der Liberalismus als Legitimationsideologie der Moderne die rationale Vergesellschaftung freier Individuen zum Gegenstand/Ziel hat, hält er die natürliche Gemeinschaft hoch. Gegen den Ruf nach Gleichheit pocht er auf (vordiskursive) Differenz. Antiliberalen Linke setzen nicht wie KommunistInnen in der Tradition des frühen Marx bei der (dem Kapitalismus immanenten) Nichteinlösung der liberalen Versprechen an, sondern denunzieren diese. Sie hassen den Bourgeois, der nach individuellem Glück strebt, und preisen das (staatlich und zunehmend privat) formierte Kollektiv der Selbstlosen.

Antifaschismus gegen Antiimperialismus

Das hier skizzierte Weltbild des neuen Antiimperialismus macht hoffentlich deutlich, wie wenig dieser mit antifaschistischer Theorie und Praxis vereinbar ist. Dennoch scheuen sich immer noch viele AntifaschistInnen davor, die Konsequenzen daraus zu ziehen. So entschieden sie sich im Vorfeld der Mobilisierung gegen den Neonazi-Aufmarsch vom 13. April 2002 mehrheitlich dafür, antiimperialistische Gruppen nicht auszuschließen, wodurch jüdischen Organisationen eine Unterstützung verunmöglicht wurde. Eine beliebte Reaktionsweise auf Kritik an solchen Gruppen wie der AIK stellt auch die Abwiegung dar: Diese seien unbedeutend und ohnehin isoliert,¹¹ jede Auseinandersetzung mit ihnen lohne sich nicht.

Um die Bereitschaft zum Bruch mit dem antiimpe-

rialistischen Milieu vielleicht zu vergrößern, seien abschließend noch zwei vielsagende Texte von der AIK-Homepage erwähnt. Das „antiamerikanische Manifest“ titelt gleich mit dem Aufruf „Völker zerschlagt Amerika!“ Der Hauptvorwurf an die Adresse der USA ist, diese würden „Völker“ „zerstören“. Aber nicht nur das Denken in „Völkern“ teilen rechte und linke AntiimperialistInnen, sondern auch die Wahnvorstellung, dass sich die USA in den Fängen der „Zionisten“ befinden. Während dies Neonazis offen aussprechen, beschränken sich Linke (noch) auf Andeutungen: „Dieser Krieg, der nichts anderes ist, als ein Schritt in Richtung ihrer absoluten Weltherrschaft, findet sein Fundament in der paranoiden Annahme, dass die Vereinigten Staaten eine ‚besondere Mission‘ zu erfüllen hätten (...). Diese Annahme (...) kann ihre Ähnlichkeit mit der zionistischen These des ‚erwählten Volkes‘ nicht verheimlichen.“ Bezeichnend ist auch, was als Dogmen des Amerikanismus vorgeführt wird: „Geld, Konsumismus, Individualismus, (...), Technologie und Wissenschaft“. Demgegenüber beziehen sich die VölkerfreundInnen positiv auf „dem Menschen innewohnende(n) spirituelle(n) Werte(n)“.

Unmittelbar als faschistisch ist der Aufruf „Auf nach Den Haag zum Vidovdan“ zu bezeichnen: „Der Widerstand, den ein Volk in der Lage ist den entmenschten Bestien und Schlächtern des Imperiums entgegenzusetzen, hängt maßgeblich von seiner Fähigkeit ab, seine kulturelle Identität zu wahren, sich der Amerikanisierung entgegenzustellen, sei-



Fot Sammlung DÖW

ne nationale Würde zu erhalten und zu entwickeln.“ Weiter ist die Rede vom „Kampf serbischer Patrioten“ und „serbischen Heldentum(s)“; den „Völkern“ wird gar eine „Ehre“ angedichtet. Schließlich wird auf den deklarierten Faschisten Vojislav Seselj positiv Bezug genommen: Dieser habe „keinen geringen Anteil“, dass das „serbische Volk“ „seine Kultur noch immer“ verteidigt. Überhaupt sei Seselj eine „herausragende(n) Persönlichkeit(en)“. Zur Erinnerung: *Die Serbische Radikale Partei* (SRP) von Seselj ist fest in das internationale Netz des Neofaschismus integriert. 1995 schloss der russische Faschist Schirinowski mit der SRP ein Kooperationsabkommen ab; gleiches gilt für Le Pen, den Seselj 1997 empfangen hatte. Darüber hinaus ist Seseljs Partei Mitglied in *Le Pens Europa der Nationalisten*. Diesem Zusammenschluss rechtsextremer und neofaschistischer Parteien gehören daneben an: *Romania Mare*, *Republikanische Partei Tsche-*

chiens, *Slowakisch-Nationalistische Partei*, *Partei Ungarischer Gerechtigkeit*, *Kroatische Partei des Rechts*, *Vlaams blok*, *Movimento Sociale Italiano/Fiamma Tricolore*, *Portugiesisch-Nationalistische Partei*, *Schwedische Demokraten*. Im Mai 2002 nahm Seselj gemeinsam mit Schirinowski und anderen neofaschistischen Antiimperialisten an der „Solidaritätskonferenz für das irakische Volk“ in Bagdad teil.

Es wächst zusammen, was zusammen gehört ...

11 Wie wenig isoliert die AIK tatsächlich ist, zeigte sich unlängst in einem offenen Brief an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), den 65 Personen – mehrheitlich Angehörige des nationalbolschewistischen Flügels der KPÖ und des antiimperialistischen Milieus – unterzeichnet haben: Darin betonen diese, dass sie mit der AIK die „Kritik an der Besatzungspolitik des israelischen Staates“ teilen und mit „Bestürzung“ das Dossier „Die Antiimperialistische Koordination (AIK) – Antisemitismus im linken Gewand“ (www.doew.at/aktuell/aktion/aik.html) „zur Kenntnis“ genommen haben.

Dass hier v.a. auf Texte der AIK eingegangen wurde, soll auch nicht als Freispruch für den Rest des Milieus verstanden werden. Vielmehr eignet sich die AIK aufgrund ihrer Deutlichkeit besser für Kritik, die aber dem ganzen neuen Antiimperialismus gilt.

Die Kinder welcher Revolution?

Als im Juli 1999 die Proteste gegen das islamische Regime des Iran ihren Höhepunkt erreichten, wurde deutlich, dass die ReformierInnen unter Präsident Khatami die hohen Erwartungen, die seitens der iranischen Bevölkerung an sie gestellt wurden, nicht erfüllen konnten oder wollten. Was war passiert?

VON KAVEH AZADI*

Nachdem ein Artikel in der Tageszeitung *Salam* erschien, der die Pläne zur Einschränkung der Pressefreiheit öffentlich machte, kam es zu Maßnahmen seitens der konservativen Justiz gegen JournalistInnen. Proteste, ausgehend von der Universität Teheran, erschütterten das Land. Diese Proteste befanden sich anfangs noch im Einklang mit den reformorientierten Kräften auf den Regierungsbänken. Sie richteten sich hauptsächlich gegen die Konservativen, die auch die Justiz beherrschen. Als am 9. Juli eine paramilitärische Einheit mit Hilfe der Polizei ein StudentInnenheim stürmte, mindestens einen Menschen tötete, zwanzig verletzte und Hunderte verhaftete, erreichten die Proteste ihren Höhepunkt und es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den DemonstrantInnen auf der einen und den Sicherheitskräften und islamistischen Schlägertrupps auf der anderen Seite. Es waren die größten Unruhen im Iran seit der Revolution 1979. Am 13. Juli trat Mohammad Khatami vor die Fernsehkameras, um die Proteste als aus der Bahn gelaufen zu denunzieren und zur Ordnung aufzurufen.

Als Khatami 1997 zum Präsidenten gewählt wurde, hätten sich darüber nicht nur ReformierInnen freuen können. Er schien angesichts der politischen, sozialen und ökonomischen Krisen, die

das Land erschütterten, genau der Richtige, um zu verhindern, dass der islamischen Republik und ihrer politischen Klasse nur mehr Hass aus der Bevölkerung entgegenschlägt. Mit einer Politik der Zurücknahme von Repressalien konnte er auch etwas zur Befriedung des Landes beitragen. Seine Versuche wurden aber regelmäßig von den Hardlinern, die sich unter dem Revolutionsführer und Staatsoberhaupt Ayatollah Khomeini versammeln, torpediert. Bei den Präsidentenwahlen 2001 wurde Khatami mit rund 70% der Stimmen wiedergewählt. Und auch bei den Wahlen zum *Majles*, dem iranischen Parlament, konnten sich die reformorientierten KandidatInnen durchsetzen. Doch die Hoffnung, die viele Menschen in Khatami setzten, ist heute weitgehend geschwunden. Bei den Regionalwahlen im Februar dieses Jahres in Teheran gewannen KandidatInnen, die den Konservativen nahe stehen. Die Wahlbeteiligung lag zwischen 5% und 10%. Die islamische Republik ist nicht reformierbar.

Noch Einmal: Ça Ira!

Der 9. Juli, der seitdem zu einem Symbol für den Willen der iranischen Jugend zur Veränderung, aber auch für die brutale Repression des Regimes geworden ist, jährte sich heuer zum vierten Mal. Und das unter dem Zeichen einer sich neu formierenden Protestbewegung, die sich im Juni dieses Jahres

anlässlich der geplanten Teilprivatisierung der Universitäten wieder sichtbar machte. Den Leuten, die sich den Protesten anschlossen, geht es aber um mehr als 1999. Sie fordern nichts Weniger als die Abdankung der Mullahs und das Ende der islamischen Republik.

Angekündigte Revolutionen finden bekanntlich selten statt. Ein friedlicher Transformationsprozess ist auch nicht zu erwarten. Die Mullahs werden nicht freiwillig gehen, und je mehr sich ihr Kampf gegen den eigenen Untergang in die Länge zieht, desto höher wird auch der Preis für ihre GegnerInnen. Bei den Protesten im Juni kam es wieder zu brutalen Übergriffen seitens der Sicherheitskräfte und islamistischer Schlägertrupps. Diese Gruppen stehen verschiedenen konservativen Mullahs nahe. Die bekannteste Gruppe unter ihnen ist die *Ansare Hezbollah* Miliz, die StudentInnen und andere DemonstrantInnen mit Ketten und Messern bewaffnet von Motorrädern aus attackiert. Es kam erneut zu Überfällen auf Heime, um die Studierenden einzuschüchtern und in die Gefängnisse zu werfen. Berichte sprechen von schweren Zusammenstößen und über 4000 Verhafteten. Zahlen über Verletzte oder Tote gibt es nicht.

Ein Hauch von 68

Die Generation, die diese Proteste trägt, stellt ca. die

*) Kaveh Azadi studiert Politikwissenschaft in Wien.

Hälfte der iranischen Bevölkerung. Sie hat nie etwas Anderes gesehen als den Gottesstaat, ist durchgehend ein Produkt der islamischen Republik. Diese Jugend wurde mit beachtlichem Terror dazu erzogen, die islamische Revolution weiterzuführen. Sharham Khosravi („Moderne Revolte im Iran“) charakterisiert das folgendermaßen: „Der Grundsatz dieser neuen islamischen Gesellschaftsordnung war die Selbstverleugnung des Individuums. Das Ich wurde der Kollektivität geopfert. Märtyrerschaft wurde ein ehrenwertes Ziel für Jugendliche, während man ihr weltliches Leben dämonisierte – insbesondere verneinte man das Recht des Individuums auf seinen Körper und seine Sexualität.“

Dies ging vor allem zu Lasten der Frauen, die deswegen auch eine wichtige Rolle in der Oppositionsbewegung innehaben. Immerhin sind 60% der Studierenden weiblich, und sie treten trotz verschärfter Repressalien immer selbstbewusster auf.

Die Absicht des Regimes, die Jugend vom „verderblichen Einfluss des Westens“ fernzuhalten, ist aber dank neuer Kommunikationsmöglichkeiten nicht aufgegangen. Der Schmuggel von Videos, Satellitenschüsseln und Alkohol blüht, darüber hinaus sorgt das Internet für Informationsalternativen. Der Iran ist vielleicht der einzige Ort der Welt, wo westliche Popkultur den Schein der Subversivität zu Recht trägt. Sie dient als Bekenntnis zu einem Leben, das für die Mullahs schlicht eine Provokation ist. Selbst die langen Haare tauchen bei vielen Studenten als Symbol des Widerstands auf.

Revolte oder Resignation?

Zeit ihrer Herrschaft wollen die Mullahs alles verbieten, was irgendwie Spaß machen könnte. Selbst Lachen gilt als verdächtig. Es gilt, jede Situation zu vermeiden, die zu unislamischen Taten führen könnte. Lebensfreude und Körperlichkeit waren schon immer Feinde der Religion. Unter Khatami kam es zu einer teilweisen Liberalisierung in der Handhabung der strengen Sittengesetze, die eine Sünde zum Verbrechen machen und drakonisch bestrafen. Auch die Revolutionswächter, die Pasteran, in deren Aufgabenbereich das Vorgehen gegen unislamisches Verhalten fällt, sind aus dem Alltag der Städte verschwunden. Viele munkeln: „Die haben Angst!“ Kontrollen erfolgen nur mehr nach Art von Polizeirazzien.

In einem Klima, das jeden sinnlichen Genuss verwirft, kommen durch die anhaltende Wirtschaftskrise für viele auch noch massive materielle Sorgen hinzu. Ein Leben in Sitte, wie sich das die Mullahs vorstellen, ist schon unter guten ökonomischen Bedingungen kaum auszuhalten. Der Druck auf die Individuen selbst ist ungeheuerlich. Sie stehen oft vor der Wahl: Revolte oder Resignation? Viele wählen zweiteres. Alleine in Teheran begehen jährlich zwanzigtausend Menschen Selbstmord.

„Regimechange“ auf amerikanisch?

Vor allem nach dem Fall der Taliban rechneten viele IranerInnen mit einer Intervention der USA. Als das Baath-Regime im Irak fiel, hieß es schon, dass die Zeit der Mullahs abgelaufen sei.

Dem ist noch nicht so, auch wenn die Uhr tickt. Die USA denken im Moment jedenfalls nicht an einen Militärschlag. Ihre favorisierte Strategie ist ein „Regimechange“ mit friedlichen Mitteln. So formulierte es Richard Perle jedenfalls gegenüber arabischen Journalisten im Februar.

Das iranische Regime fühlt sich bedrohter als je zuvor. Der „große Satan“ USA hat seine Truppen schon östlich und westlich der Grenze in Stellung gebracht. Der iranische Verteidigungsminister Ali Shamkhani kündigte eine neue Sicherheitsdoktrin an. Die Iraner sollten sich nur mehr auf sich selbst verlassen, vor allem was die Rüstung angeht. Mit der Anfang Juli abgeschlossenen Entwicklung der Boden-Boden Rakete *Shahab 3* ist ein Schritt in diese Richtung getan worden. Die Rakete, die mit nordkoreanischer Hilfe entwickelt wurde, hat eine Reichweite, in der auch Israel liegt. Dieses sorgt sich entsprechend, schließlich ist der Antizionismus der islamischen Republik offiziell. Die Porträts der Revolutionsführer, die die Straßen schmückten, wurden schon vor Jahren durch die von palästinensischen „Märtyrern“ ersetzt.

Shamkhani stellte auch fest, dass zur Sicherung des Iran konventionelle Waffen nicht ausreichen werden. Die Existenz eines Programms zur Entwicklung von nuklearen Waffen wird aber von der Regierung geleugnet.

Was den Iran angeht, sind noch viele Fragen offen: Wann kommt der Umsturz, wie wird er aussehen, was kommt danach? Eines scheint aber sicher: Am Tag der Befreiung gibt's Party in

Teheran!

„Die letzten Tage der Menschlichkeit“

Die Medien, der Iraq-Krieg und die Ba'th-Partei

Dass Medien weder objektiv sind noch es sein können, ist eine banale Feststellung. Die Medienberichterstattung vor, während und nach dem Iraq-Krieg zeigte aber mehr als das, nämlich die freiwillige Unterordnung fast aller Medien unter nationale Interessen.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Im Falle Österreichs, Deutschland und Frankreichs lagen diese nationalen Interessen in einer anti-amerikanischen Mobilisierung zu Gunsten eines neuen Euro-Imperialismus, der seine Interessen im Iraq bis zuletzt von Saddam Husseins Ba'th-Regime am besten gewahrt sah und nach dessen Sturz verzweifelt versuchte, einen Bürgerkrieg und einen anti-amerikanischen Aufstand im Iraq herbeizuschreiben.

Fast alle Medien, von den großen Tageszeitungen bis zu linken AktivistInnenblättchen, waren sich vor Beginn und während des Krieges in apokalyptischen Szenarien über Verlauf und Ausgang des Krieges ergangen. Der Friedensforscher Johan Galtung sprach in einem Interview mit der *Deutschen Welle* vom 2. April 2003 von einem „geofaschistischen“ Vormarsch der USA, erklärte, die US-Regierung würde sogar vor der Anwendung von Massenvernichtungswaffen wie der 10-Tonnen Moab-Bombe nicht zurückschrecken und erklärte, George Bush lebe „in der Offenbarung, Kapitel 19“, womit er ungewollt mehr über seine eigenen apokalyptischen Vorstellungen zu Protokoll gab als über die religiösen Vorstellungen der US-Rechten. Immerhin hatte Galtung für die *Sozialistischen Positionen* von über einer Million Toten gesprochen, die zu befürchten wären. Etwas

niedriger lag die Schätzung des Leiters des Forschungsinstituts für Friedenspolitik in Weilheim, BRD, Erich Schmidt-Eenboom, dessen 100.000 Tote jedoch genauso willkürlich waren, wie die 300.000 Toten und 5 Millionen Flüchtlinge, die der CDU-Politiker Willy Wimmer in der Wochenzeitung *Freitag* herbeischreiben wollte. Robert Kurz, der Guru der Zusammenbruchstheoretiker der *Krisis*, hierzulande von den *Streifzügen* vertreten, sah im Iraq-Krieg eine völlig neue Qualität als „Weltordnungskrieg“. Erstmals sah Kurz die großflächige Zerstörung und den massenhaften Tod der Zivilbevölkerung und dabei „das Risiko einer völligen Destabilisierung ausgerechnet der zentralen Ölregion in Kauf genommen“.

Die bundesdeutsche Trotz-kistInnengruppe „Linksruck“ mit ihrem österreichischen Ableger „Linkswende“, ging in einem Flugblatt von 360.000 Toten aus, nicht ohne hinzuzufügen: „Der Einsatz von Atomwaffen würde Millionen das Leben kosten.“ Geschlagen wurde dies nur wieder einmal von der nationalrevolutionär gewandelten extrotraktistischen AIK, die einen „Krieg ohne Skrupel, unter Einsatz aller Massenvernichtungswaffen, taktische Atomwaffen eingeschlossen“ vermutete und deshalb sogleich „lebende Schutzschilder“ in den vermeintlichen Atomkrieg schickte.

Bei so viel Engagement durfte auch das Kulturleben nicht zurückstehen. Die Volksoper Wien hatte sich vor Kriegsbeginn mit einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Erinnerungen an einen künftigen Krieg“ gegen die USA und nicht etwa gegen Saddam Husseins Regime gewandt und begann nach Kriegsbeginn damit, vor jeder Vorstellung (außer Dalmaticolas „Der Gefangene“) mehrsprachige Gedichte für den Frieden vorzutragen. Vizedirektor Otto Hochreiter erklärte: „Im Lärm der Waffen ist nur mehr Schweigen möglich“. Auch die österreichischen LiteratInnen Gert Jonke, Christian Ide Hintze, Sylvia Treudl, und Beppo Beyerl engagierten sich auf einer Veranstaltung im Wiener Literaturhaus gegen den Krieg. Organisiert wurde diese unter anderem vom Schutzschild-Unterstützer Gerhard Ruiss, der als öffentliches Aushängeschild auf Pressekonferenzen von der österreichischen Vorfeldorganisation des Ba'thisismus, der „Antiimperialistischen Koordination (AIK)“ vorgeschickt wurde um als seriöser Vertreter der IG-Kultur den „human shields“ einen humanistischen Anstrich zu geben. Eine Ausnahme bildete Josef Haslinger, der erklärte, die USA seien wohl davon überzeugt, im Iraq demokratische Verhältnisse einführen zu können: „Wenn man den Stand der arabischen Staaten anschaut,

ist das sehr unwahrscheinlich. Aber es war vor 100 Jahren bei uns auch nicht anders.“ Es könne sein, und das hoffe er, dass das Ergebnis ein erfreulicheres sei als der derzeitige Zustand. Haslinger stellte mit einer so differenzierten Position jedoch eine einsame Ausnahme in der deutschsprachigen Literaturszene dar. Martin Walser, der sich sonst von „Auschwitzkeulen“ bedroht fühlt, sah nun die Bedrohung von US-Präsident George W. Bush ausgehend: „Die feinsten Köpfe fallen auf diesen zweitklassigen Cowboy herein“, erklärte Walser bei einer Konferenz des *Verbandes deutscher Schriftsteller* in Wolfenbüttel. Es sei erschreckend, dass die „amerikanischen Ost- und Westküsten-Eliten das mitmachen“. Der *Deutsche Schriftsteller-Verband* forderte in einer Resolution, die „Strafbarkeit der Regierungen Saddam Hussein, George W. Bush und Tony Blair für Handlungen vor und während des Irak-Kriegs“ vor dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu überprüfen. Schließlich nahm sogar Yussuf Islam, alias Cat Stevens, der seit seiner Konversion zum Islam das Musizieren an den Nagel gehängt hatte, wieder seinen alten Song „Peace train“ neu auf.

Neben FriedensforscherInnen, TrotzistInnen, KünstlerInnen und rechten wie linken PolitikerInnen sahen auch JournalistInnen den Weltensbrand herannahen. Leo Gabriel, der kurz vor Kriegsbeginn den Irak besuchte, meinte danach „die letzten Tage der Menschlichkeit“ im ba'histisch regierten Bagdhad erlebt zu haben. Konsequenterweise saß Leo Gabriel, angekündigt als „Journalist und Mitinitiator des *Austrian*

Social Forum“ gemeinsam mit Mustafa Hadi (Palästinensische Gemeinde), Stefan Hirsch (Antiimperialistische Koordination), Andreas Pecha (Friedensbüro Wien) und Michael Pröbsting (ArbeiterInnenstandpunkt) auf dem Podium einer Veranstaltung der „Antiimperialistischen Koordination (AIK)“ zur Vorbereitung für den internationalen Aktionstag in Solidarität mit der Al-Aqsa Intifada am 27. September 2003. Im Aufruf zu dieser Veranstaltung wurde einmal mehr festgehalten: „Wir setzen uns für den internationalen Kampf für ein Ende der kolonialen Besetzung von Palästina ein und verlangen die Demontage aller israelischen Siedlungen und die sofortige Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge.“ Welche koloniale Besetzung die AIK damit meint, wird aus ihren Forderungen nach einem „arabischen Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer“ klar. Aus dieser gemeinsamen Forderung mit der Ba'ath-Partei Saddams Husseins dürfte wohl auch die konzertierte Unterstützung dieses Regimes durch militante Israelhasser wie der AIK und scheinbar honorierte Journalisten wie Leo Gabriel zurückzuführen sein.

Eine solche Mischung aus engagierten JournalistInnen, Gewerkschaften, ÖH, KPÖ, Grünen, trotzistischen Grüppchen, wie sie sich schließlich im von Leo Gabriel mitgegründeten *Austrian Social Forum (ASF)* organisierte, konnte sich dann aufgrund ihrer „Vielfalt“ doch nicht auf so detaillierte Opferzahlen wie ihre einzelnen Mitgliedsorganisationen einigen. So beließ es das ASF in seinem Aufruf zur ersten großen Friedensdemonstration am 15. Februar noch vor Kriegsbeginn



Fotosammlung DÖW

bei der dunklen Andeutung: „Wir sind überzeugt, dass ein von der US-Administration und ihren Verbündeten geführter Krieg gegen den Irak, mag er durch ein UN-Sicherheitsratsmandat gestützt sein oder nicht, eine Katastrophe für die Menschen dieses Landes bedeuten wird, die bereits unter dem UN-Embargo und dem Regime Saddam Husseins zu leiden haben. Darüber hinaus wird er eine Katastrophe für alle Menschen im Nahen Osten werden.“

Einig konnten sich solche Befürchtungen in der österreichischen und deutschen Linken mit den „Nahostexperten“ bürgerlicher Massenmedien wie Peter Scholl-Latour sein, der schon in den Achtzigerjahren die islamistischen Horden in Gestalt türkischer GastarbeiterInnen über Europa hereinbrechen sah. Im *Rheinischen Merkur* hatte dieser „eine Verewigung des Krieges“ vorausgesagt, bei dem Bagdhad „dann natürlich das dicke Ende sein“ wird. Kein Wunder, dass solche „Nahostexperten“ dann selbst von der aus der Linken stammenden nationalbolschewistischen Tageszeitung

Junge Welt interviewt werden und dort vorgeben, über den Angriffstermin der USA genau Bescheid zu wissen.

Tatsächlich traten all diese Horrorszenarien nicht ein. Der Krieg wurde innerhalb weniger Wochen von den USA und ihren Verbündeten gewonnen. Obwohl bis heute die Opferzahlen nicht genau feststellbar sind und jede und jeder Tote selbstverständlich eine/einer zu viel ist, belaufen sich alle Schätzungen auf wenige tausend ZivilistInnen und Soldaten, gemeinsam jedenfalls weniger als 10.000 und damit kaum mehr als das Regime in einem durchschnittlichen Monat seiner über 30-jährigen Terrorherrschaft ermorden ließ.

Aber auch nach dem Krieg brachte die deutschsprachige Medienlandschaft mit wenigen Ausnahmen kein Eingeständnis über die Lippen, sich geirrt zu haben. Ganz im Gegenteil: War der „Flächenbrand“ noch nicht eingetreten, müsse er nun folgen, und so wurden als nächste Stufe der Apokalypse der „Bürger-

krieg“ und die „schiitischen Islamisten“ herbeigeschrieben. Schließlich können sich österreichische und deutsche JournalistInnen genauso wenig rational handelnde SchiitInnen vorstellen wie mitteleuropäische Linke. Fast schien es in manchen Publikationen, als nähme es der mitteleuropäische Amerikahasser den irakischen Schiiten übel, sich nicht heldenmütig mit Selbstmordattentaten ihren Befreiern entgegenzustellen. SchiitInnen, die nicht als blindwütige fanatische Mullahs oder bewaffnete Hisb Allah-KämpferInnen gegen Israel auftraten, gingen einmal mehr über die Vorstellungskraft deutschsprachiger PublizistInnen. Aus der Erklärung Ayatollah al-Hakims, dem spirituellen und politischen Oberhaupt des *Hohen Rats des islamischen Widerstands*, SCIRI, der größten überwiegend schiitischen islamischen Bewegung des Iraq, dass SCIRI einen möglichst baldigen Abzug der fremden Truppen und eine Übergabe der Macht an die irakischen Parteien, die sich zuvor in Lon-

don und Salah ad-Din auf eine Übergangsverwaltung geeinigt hatten, forderte, zimmerten fast alle deutschsprachigen Medien den Auftakt zum militärischen Aufstand der SchiitInnen gegen die USA und ihre Alliierten und wahlweise den baldigen Ausbruch eines Bürgerkrieges oder die Errichtung eines islamischen Gottesstaates.

Selbst die bis zum Anbrechen der deutschen Friedensbewegung deutlich antiba'thistische Wochenzeitung *Jungle World* sah aus der Feder Martin Schwarz' nun den Islamismus über den Iraq hereinbrechen. Für Schwarz ist „die Mitbestimmung der irakischen Bevölkerung an der politischen Planung auf ein Niveau der Epoche Saddams zurückgefallen.“

Um solche Horrorszenarien herbeischreiben zu können, musste geflissentlich unterschlagen werden, dass SCIRI von Anfang an in die Allianz der irakischen Opposition und in die Beratungen über das politische System des zukünftigen Iraq eingebunden war und sich dezidiert zu einem parlamentarischen Mehrparteiensystem bekennt. Auch die Erklärung Al-Hakims, die den Abzug der US-Truppen forderte, durfte dafür nur verstümmelt wiedergegeben werden. Der Aufforderung zum raschen Abzug und der Übergabe der Macht an die irakischen Parteien war nämlich die Erklärung hinzugefügt worden, dass SCIRI keinerlei Absichten habe, bewaffnet gegen die Besatzer zu kämpfen und sich an die gemeinsamen Beschlüsse von London und Salah ad-Din halten werde.

Als sich auch der angekündigte Bürgerkrieg nicht einstellen wollte, fand die deutschsprachige Medienwelt



Fotostammlung DÖW

in den Plünderungen von Privathäusern von Ba'thisten, Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen ein neues Beispiel für die vermeintlich ausgebrochene Barbarei. Selbst AnarchistInnen und diverse andere Linksradikale, die sonst jeden Ladendiebstahl als revolutionäre Umverteilung betrachten, echauffierten sich über die „plündernden Horden“, die über die Städte des Iraks angeblich hergefallen wären. Während fast täglich neue Massengräber gefunden wurden, in denen das Regime seine mittlerweile zwischen 2 und 4 Millionen geschätzten Ermordeten verscharrt hatte, kannten österreichische und deutsche Medien von der *Jungen Welt* bis zum *Kurier* nichts Schlimmeres als die angeblich gestohlenen Gesetzestafeln Hamurabis und andere Kunstgegenstände, die aus dem Nationalmuseum entwendet worden seien. So berichtete etwa der ARD-Kulturreport von einer „Vernichtung des Weltkulturerbes“ nachdem das iraqische Nationalmuseum „in die Hände der Amerikaner fiel.“: „Die Plünderer brachen ungestört Magazine auf, deren Bestände insgesamt 170.000 Inventarnummern umfassten [...] der größte Teil der Kollektionen dürfte geraubt worden sein.“ Aus den 170.000 Inventarnummern des ARD machte der *Standard* am 14. April gleich: „170.000 Exponate fehlen oder sind zerstört, auch die Gesetzestafel des Hammurabi ist verschwunden.“ Hamza Hendawi berichtete in seinem Artikel für die angebliche Qualitätszeitung: „Der größte Teil der Plünderungen geschah bereits am Donnerstag, als US-Truppen Bagdad besetzten. Hilflos musste der Wachmann mit ansehen, wie Horden von Men-

schen mit Schubkarren in das Museum eindringen und alles raubten, was einen Wert zu haben schien. Die US-Truppen hätten ihre Bitte um Schutz ignoriert. „Die Amerikaner hätten das Museum schützen sollen. Wenn sie nur einen Panzer und zwei Soldaten abgestellt hätten, dann wäre so etwas nie passiert. Sie wissen, dass das ein Museum ist. Sie schützen das Erdölministerium, aber das kulturelle Erbe nicht“, schimpft Midal Amin.“ Zwei Tage später meinte Christoph Prantner ebenfalls im *Standard*: „Die Amerikaner sicherten das Ölministerium statt den ‚Palast der Weisheit‘. Tausende Plünderer konnten das Museum ungehindert verwüsten.“ Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb im Zusammenhang mit diesen vermeintlichen Plünderungen gar von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Als sich Mitte Juni herausstellte, dass die meisten und wichtigsten der scheinbar gestohlenen Exponate vom mit der Ba'th-Partei sympathisierenden Museumspersonal in einen Safe gesperrt und von den US-Truppen geheimgehalten wurden, verschwand diese Tatsache meist als Kurzmeldung in sonstigen Medienalltag.

Fast könnte dies als Entschuldigung dafür gewertet werden, dass dann auch honoräre Wissenschaftsinstitutionen wie die *Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall* nichts von der Wiederauffindung der Kunstgegenstände „bemerkt“ haben könnten, hätte diese nicht schon zuvor eng mit den ba'thistischen Eliten des Iraq zusammengearbeitet. Die *Orient-Gesellschaft* schrieb in einer Aussendung an ihre Mitglieder und AbonnentInnen nämlich noch Mitte Juli in abgehacktem Sensationspresse-Stil: „Geplün-

derte Museen. Zerstörte Infrastruktur. Kein Strom. Keine Gehälter. 40 Grad im Schatten. Sommer 2003 im Irak. Die Wiege der Hochkultur stirbt.“

Die Menschen im Iraq hatten diese Gesellschaft nie interessiert. Noch wenige Wochen vor dem Krieg hatte sie unter dem Ehrenschatz der iraqischen Botschaft ein „Iraq-Symposium“ durchgeführt, auf dem u.a. der Mitarbeiter des *Deutschen Orient Instituts*, Generalsekretär der *Deutsch-Irakischen Gesellschaft*, Gründer und Vorsitzender der *Irakischen Initiative für Gerechtigkeit und Völkerverständigung* (IGV), sowie Vizepräsident des *Kongresses der Auslandsiraker* (al-Mughtaribin), dessen Funktion laut den deutschen Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen Medico International, PRO ASYL, IMK und WADI primär darin bestand, ExiliraquerInnen auszuspionieren, Aziz Alkazaz, iraqische Regierungspropaganda verbreiten konnte. Kein Wunder, dass diese Organisation, für die sich Zusammenarbeit mit der arabischen Welt immer als Zusammenarbeit mit Botschaften und Regierungen darstellt, nie um die Lage der Menschenrechte im Iraq besorgt war, als Saddam Hussein Tausende KurdInnen mit Giftgas vernichten ließ, Zehntausende SchiitInnen im Südiraq abschlachten ließ oder die kommunistische, demokratische, kurdische, assyrische und islamische Opposition mit Methoden ausschaltete, die während der letzten 35 Jahre über eine Million Irakis das Leben kosteten. Die humanitäre Lage im Iraq interessiert in einem gemeinsamen Aufruf mit der *Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen* (GÖAB), die eben-

falls jahrelang enge Beziehungen zur iraqischen Regierung

unterhalten hatte, nur als Möglichkeit der antiamerikanischen Mobilisierung: „Die humanitäre Lage der irakischen Bevölkerung hat sich durch den Angriffskrieg der USA und Großbritanniens [...] weiter verschlechtert.“

Diese Beispiele sind keine isolierten Fälle einiger proba'thistischer OrientalistInnen, die die Niederlage des Ba'th-Regimes und die Freude der iraqischen Bevölkerung über dessen Ende nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie sind symptomatisch für die Wirklichkeitsverweigerung bei österreichischen und deutschen Medien, akademischen Institutionen und politischen Gruppen. Die Speerspitze dieses neuen proba'thistischen Antiamerikanismus in Österreich stellt jedoch einmal mehr die „Anti-imperialistische Koordination (AIK)“ dar, die Mitte Juli einen Vertreter des iraqischen „Widerstandes“ nach Wien lud, der hier den „religiösen Führern Landesverrat“ vorwarf, da sie mit den USA verhandeln würden und nicht „Widerstand“ leisten würden. Für die AIK sind mittlerweile alle außer den unmittelbaren AnhängerInnen Saddams Husseins VerräterInnen. In einer ihrer Aussendungen hieß es: „Dass Achmed Tschalabi, die kurdischen Parteien KDP und PUK und die IKP Kollaborateure seien, sei weit hin bekannt. Doch auch die Parteien des schiitischen Klerus Sciri und Dawa hätten schon vor dem Angriff in Teheran mit den USA verhandelt. Die Differenzen gingen nur um den Preis des Geschäfts, nicht um dieses selbst. „Auch die Moslembrüder sind nicht besser.“

Auf den Kopf gestellt

Zur Wahrnehmung des Nachkriegsirak in Europa

VON THOMAS VON DER
OSTEN-SACKEN UND
THOMAS UWER

Liest man die Schriften anti-imperialistischer Gruppen aller Couleur zum Irak, so fühlt man sich zurückerinnert an den Wahn, mit dem christliche Sekten Schallplatten der Beatles oder der Rolling Stones rückwärts abspielten, um einer geheimen Botschaft auf die Spur zu kommen. In etwa gleichermaßen stellt sich das Verhältnis dieser Schriften zur Realität im Lande selbst dar, als auf den Kopf gestelltes Abbild gewissermaßen, das nur verständlich ist, nimmt man von allem, was hier apostrophiert wird, das genaue Gegenteil an. Jene, die seit Jahren erklären, es ginge ihnen einzig um das Wohl des „irakischen Volkes“, weshalb sie entgegen allen aus dem Lande vorliegenden Informationen und dem gesunden Menschenverstand zum Trotz nicht die Diktatur Saddam Husseins zu bekämpfen erklärten, sondern die jeweilige US-Administration, stehen spätestens seit dem 9. April vor einem Dilemma. Ganz offensichtlich nämlich begrüßten die Irakis mehrheitlich amerikanische Truppen als Befreier und votieren auch Monate später Umfragen zufolge mit absoluter Mehrheit für einen weiteren, wenn auch temporären Verbleib dieser Truppen in ihrem Land. Schlimmer noch, der sogenannte US-Imperialismus, der in den vergangenen Monaten nicht nur von einer deutschen Justizministerin in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt wurde, machte sich als Besatzungsmacht im Irak

keineswegs daran, eine neue Diktatur zu errichten, wie auch einige irakische Exilintellektuelle im Vorfeld gefürchtet hatten. Kanan Makiya, Autor des Buchs „Republic of Fear“ etwa hatte gewarnt, Teile des US-Establishments planten mit Hilfe der alten Eliten einen „Ba'thismus ohne Saddam“ zu errichten und sowohl Armee als auch Geheimdienste, die Hauptinstrumente des baathistischen Terrorapparates, mehr oder weniger intakt zu lassen, um nur die Führungsspitze auszutauschen. Es geschah das Gegenteil. Anstatt alte Eliten und ihre Apparate zu absorbieren, wurde die Ba'thpartei verboten, Armee und Geheimdienste aufgelöst. Der amerikanische Übergangsverwalter Paul Bremer unternahm den entscheidenden Schritt, den die irakischen Revolutionäre und Putschisten der letzten sieben Jahre zu gehen niemals gewagt hatten – den angekündigten umfassenden Neuanfang des Landes ohne die Maxime der Bewahrung überkommener Staatsapparate und -eliten zu unternehmen. Ein Schritt, den der irakisch-kurdische Autor Kamal Mirawdeli zu Recht als revolutionär bezeichnete: Erstmalig sei in der modernen Geschichte des Nahen Ostens ein alter Herrschaftsapparat legal aufgelöst worden, anstatt, wie selbst noch nach der iranischen Revolution, diesen zu kooptieren. Eine Entscheidung, die ersten freien Meinungsumfragen im Irak zufolge, auf eine überwältigende

Zustimmung der Bevölkerung stieß. Die allerorten geäußerte Kritik an der amerikanischen Verwaltung richtet sich entsprechend vor allem gegen die als zu liberal empfundene Politik gegenüber den Ba'thfunktionären von einst, die vorerst nicht verhaftet wurden und deren Tribunalisierung von der US-Verwaltung als Aufgabe eines künftigen irakischen Staates verstanden wird. Die Anhänger des alten Regimes spüren, dass für sie kein Platz in einem neuen Irak sein wird. Folgerichtig haben sie mit konterrevolutionären Attacken auf Koalitionstruppen und Irakis begonnen, die für die USA arbeiten. Nur eine weitgehende und schnelle Destabilisierung des Landes und der militante Versuch, die Wiederherstellung der Infrastruktur zu zerstören, bietet ihnen noch eine letzte Chance. Unterstützt werden diese Aktionen von arabischen Freiwilligen und sunnitisch-islamistischen Gruppierungen, die schon unter Saddam Hussein legal operieren konnten und nun aus Saudi-Arabien Unterstützung erhalten.

Das Dilemma für die Kritiker des Krieges, die sich auf die Suche nach den „wahren“ Motiven für den Waffengang spezialisiert haben, besteht darin, dass es die USA mit ihrem Plan, den Irak in eine „Musterdemokratie“ des Nahen Ostens zu verwandeln, ganz offenbar ernst meinen. Dass es dagegen den deutschen und anderen Anti-imperialisten keineswegs um eine Demokratisierung des

*) Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken sind Mitarbeiter der schwerpunktmäßig im kurdischen Nordirak tätigen entwicklungspolitischen Organisation wadi e.V. (www.wadi.net), Autoren von KONKRET und Verfasser verschiedener Studien über den Irak.

Irak geht, bewiesen sie nach dem 9. April. Um der Attitüde, auf der Seite des irakischen Volkes zu stehen, treu bleiben zu können, musste ein anderes „Volk“ her, am besten eines, das sich in einem Kampf von verzweifelter Ausichtslosigkeit befindet, ein Zustand, der dem antiimperialistischen Empfinden hier am nächsten kommt. Im ersten Schritt mussten dazu die Irakis von der Masse des kämpfenden „Volkes“ ausgeschlossen werden. Die Grüne Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, Antje Vollmer, einst Unterstützerin des ewigen Kim Il-Sung und heute staatlich alimentierte Armutsprophetin, hatte für die Menschen, die sich in Bagdad und anderen irakischen Städten über die Befreiung freuten, nichts als Zorn und Spott über: „Jubeliraker“, so Vollmer, seien durch die Straßen gezogen, von den USA „gestützte Straßengangs“, und *Le Monde Diplomatique*, intellektuelles Flaggschiff der Antiglobalisierungsbewegung, erklärte, die wirklichen Irakis wollten gar keine Demokratie. Dort breitete Ignacio Ramonet aus, was als Programm der neuen antiamerikanischen Bewegung nach dem 9. April bezeichnet werden kann: „Der Neoimperialismus der Vereinigten Staaten knüpft an die altrömische Auffassung an, die mehr oder weniger als minderwertig betrachteten Völker bedürften moralischer Anleitung, militärischer Zucht und medialer Vormundschaft – natürlich auf den Grundlagen von Freihandel, Globalisierung und westlicher Kultur. Nach dem Sturz der schrecklichen Diktatur versprach Washington im Irak eine exemplarische Demokratie zu errichten, deren Aus-

strahlung den Fall aller diktatorischen Regime der Region nach sich ziehen werde. Wozu auch die Diktaturen in Ägypten und Saudi-Arabien zählen, wie der ehemalige CIA-Direktor und Bush-Vertraute James Woolsey versicherte.

Ist dieses Versprechen glaubwürdig? Offenkundig nicht. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beilegte sich denn auch mit der Auskunft, Washington werde ein islamisches Regime im Irak nicht anerkennen, selbst wenn es den Wunsch der Mehrheit im Irak und das Ergebnis eines Urnengangs widerspiegele.“

In den Redaktionsstuben und Parlamenten Europas wusste man schon immer, was die gedemütigte arabische Seele will und auf der Straße in Massenaufmärschen fordert: Selbstbestimmung, die sich in der Verteidigung des heiligen islamisch/arabischen Bodens gegen fremde Aggressoren und Scharia ausdrücke. Dass die Irakis seit langem, wie der Rest der viel beschworenen arabischen Straße übrigens auch, diesem Bild nicht entsprechen, muss deshalb zwingend ignoriert werden. Würden die „arabischen Massen“ nicht mehr Wunschvorstellung und Schreckbild zugleich abgeben, ließe sich vermittels ihrer nicht mehr mit Antisemitismus, Tugendterror und selbstaufopferndem Kampf drohen, kein Mensch nähme sich ihrer an. So kommt es, dass der panarabische Fernsehsender *Al-Jazeera* sich noch wundert, warum der schiitische Klerus im Irak keine Fatwa zur Bekämpfung der Amerikaner erlässt, während man bei der deutschen Hilfsorganisation *medico international* schon längst weiter ist: „Zehn-



Fotosammlung DÖW

tausende von Irakern, viele von ihnen Angehörige der schiitischen Mehrheit, sind in Bewegung.“, weiß Geschäftsführer Thomas Gebauer. Und Bewegung, so unkt es aus dem bewegungslinks geschulten Entwicklungsverein, bedeutet Gefahr. Die Forderung nach einem „sofortigen Rückzug der US-Streitkräfte“ werde täglich lauter. In seiner Ambivalenz, selbst über Monate gegen die US-Präsenz im Irak mobil zu machen und dann den herbeifaszinierten Antiamerikanismus der Irakis als Gefahr zu brandmarken, gleicht Gebauer einem vereinsamten Kind, das sich das fehlende Gegenüber als unsichtbaren Freund erfindet, um ihn dann für alle selbst erfahrenen Misslichkeiten verantwortlich zu machen.

Da er sich nur jenem offenbart, der an ihn glaubt, muss der irakische Volkswillen allgemein gültig gedeutet und interpretiert werden. Die

von Amerika importierte Demokratie wird zur wahren Diktatur, lautet die naheliegende Variante, wo sie den qua kultureller Determination festgeschriebenen Willen der Araber zum Islamismus ignoriert. Denn „Demokratie“ – das wissen die Deutschen aus eigener Erfahrung nur zu gut – „gründet sich nicht auf Bomben und militärischer Besetzung“, erklärt Gebauer weiter. Was damit gemeint ist, deutete Horst Eberhard Richter auf dem diesjährigen Kongress der „Ärzte in sozialer Verantwortung“ aus: Wenn den Amerikanern „durch den Sieg über Hitler gelungen ist, Europa zu amerikanisieren, warum sollte (ihnen) nach der Niederwerfung Saddam Husseins in der dortigen Region nicht das Gleiche gelingen?“ Amerikanisierung nämlich ist das Gegenteil von Demokratie, die Gebauer zufolge von der „Partizipation der Menschen und der Stärke des Rechts lebt.“ Amerikanische Demokratie aber fußt, wie der Bundeskanzler kurz vor Kriegsausbruch noch erklärte, auf dem „Recht des Stärkeren“.

Folgerichtig verteidigen die Überreste des alten Regimes nicht nur „den heiligen Boden des Irak gegen die ungläubigen Invasoren“ (Saddam Hussein), sondern auch jene autochthone Schattenwelt des erfundenen irakischen Volkes, die der „Amerikanisierung“ durch Demokratisierung entgegensteht. Ein antiimperialistisches Sommercamp richtet folgendes Forum ein: „Gegen die imperialistische Besatzung; ein irakischer Fedayin erzählt.“ Vielleicht erläutert er, warum „die Bilder, auf denen (in Bagdad) fremde Soldaten als Befreier zu sehen waren, (...) regelrecht inszeniert“ werden mussten (Gebauer)? „Zeit-

gleich schlägt die deutsche Friedensbewegung vor, im Irak keine humanitäre Hilfe zu leisten, eine Forderung, die den Fedayin durchaus in die Hände spielt, setzen diese doch mit Anschlägen und Sabotageakten darauf, Elektrizitätswerke und andere Versorgungseinrichtungen zu zerstören, um die Bevölkerung in einem Elend zu halten, das den für die Aufrechterhaltung der Versorgung nunmehr verantwortlichen amerikanischen Truppen zu einem immer schwieriger zu bekämpfenden Feind wird. Peter Strutzynski, Sprecher der Bundeskoordination Friedensratschlag, fordert deshalb, dem faschistischen Untergrund die Waffe Armut nicht zu nehmen, sondern die Bevölkerung das volle Elend des von Ba'thisten, Fedayin und arabischen Freiwilligen angerichteten

Terrors auskosten zu lassen: „Wir können nicht einfach zur Tagesordnung des 'Aufräumens' und der humanitären Hilfe für die geschundene Bevölkerung übergehen, solange die Invasoren das Land besetzt halten und mit anderen Mächten um die Verteilung der 'Kriegsbeute' schachern“. Das in Anschlag gebrachte Verb „schachern“ zielt genau: Es trifft die zentrale Angst der europäischen Kriegsgegner, hier könnte außer Zerstörung jemand etwas aufbauen. Eine der letzten vom fetischisierten Bösen „Weltmarkt“ abgeschirmte Insel autochthoner Barbarei wird verteidigt, Saddam Hussein soll zurückkehren oder sich das Land in eine islamistische Diktatur verwandeln, dann ruft die deutsche Friedensbewegung zu Spenden für die Kriegsoffer auf. Humaner ist da selbst Jörg Haider, der kürzlich mit einer „Pace“-Fahne

ein paar Kilometer medienwirksam joggte, um auf diese Art Geld für „Kriegsverletzte Kinder“ zu sammeln.

Wie human erscheinen da die Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht. Kürzlich gab Jay Garner ein längeres Interview, in dem er die Fähigkeiten der Irakis zur Selbstverwaltung lobte. Er liebt es, den seit 1991 befreiten Nordirak zu besuchen, wo die Menschen meist in westlicher Kleidung herum liefen und begonnen hätten, sich demokratisch zu verwalten, ohne dass ihnen von Außen namhafte Hilfe zugekommen wäre. Man müsse, erklärte Garner, nicht viel tun, um den ganzen Nahen Osten zu revolutionieren, nur den Irakis die Möglichkeit geben, ihr Land zu entwickeln. Er habe ein tiefes Vertrauen in die Menschen im Irak, in wenigen Jahren erkenne man das Land nicht mehr wieder: *„In two years, it will be amazing. In five years, it will be an entirely different country. What the macro thing here is, if we are successful, and we will be, we're going to change the entire landscape of the Middle East – not by what we are going to do in the Middle East but by the example of what Iraq is going to become. Because you have a democratic government in Iraq, you have a good economy in Iraq and you got the money to rebuild things and you are electing your own form of government and if you don't like them you can throw them out at the will of the people. That's happening in Iraq and you're sitting in Iran and seeing that, you're sitting in Syria and seeing that, in Saudi Arabia, Egypt looking at that: that's going to change the whole landscape. Not by us doing anything to these*

other countries but by us taking care of this one country.“

Abgesehen von dem Talent, das neokonservative Programm in wenigen einleuchtenden Sätzen formuliert zu haben, gelingt es Garner all jene Völkerfreunde und Europäer als das dastehen zu lassen, was sie sind: Freunde der bisherigen antisemitischen, islamistischen und panarabischen Herrschaft.

In den letzten Monaten spürte jeder, dass Irakis im Exil einen gewissen Optimismus verstrahlten, den Politiker der republikanischen Partei im Gegensatz zur liberalen Presse und den Demokraten im Senat teilten. Solange die USA im Irak gewillt sind, sich auch unter eigenen Verlusten der von Europa gestützten Konterrevolution entgegenzustellen, haben sie dazu auch allen Grund. Ehrliches Erstaunen herrscht derweil auch beim *Spiegel*, der sich in den vergangenen Monaten einen ähnlich antiamerikanischen Irak erfunden hat. In einer Kurzmeldung verlautet dort: „Ein neu gegründetes ‚Irakisches Zentrum für Forschung und strategische Studien‘ befragte 1100 Menschen in Bagdad und kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: Die meisten Iraker wollen offenbar die Besatzung ihres Landes bis zur Bildung einer ständigen Regierung.“ Das „Iraq Institute for Democracy“ führte zeitgleich eine Umfrage durch, ob sich die Irakis einen säkularen Staat wünschten oder die Einführung der Scharia. 60% votierten für die strikte Trennung von Staat und Kirche, 20% für die Scharia, 20% hatten keine Meinung. „Die zunehmende Islamisierung wird es den USA immer schwerer machen“ meint dagegen Gebauer, „rasch ein Vasallenregime zu etablieren.“

Dort, wo man Fahnen verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen

VON KARL PFEIFER*

Markus Kemmerling brachte es auf den Punkt: „In einem Land, in welchem nicht nur vereinzelte Rechtsextreme mit Befreiung den Abzug US-amerikanischer Truppen assoziieren, kann es niemanden ernsthaft überraschen, wenn im Großdeutschen und Antijüdischen fußende Ressentiments durchbrechen, sobald US-amerikanischer Politik Kritik entgegengebracht wird.“

Was mich trotzdem überrascht hat, war die Tatsache, dass bei der großen Friedensdemonstration in Wien am 22. März z.B. Poster zu sehen waren mit einem Hakenkreuz und in dem Sharon, Bush, Blair und Aznar als „Neonazi“ hingestellt wurden oder die Befreiung unter „Hiroshima-Nagasaki“ subsumiert und dann mit Bagdad heute verglichen wurde. Da konnte auch ein bärtiger, mit Palästinensertuch geschmückter Mann auf seinem Kopf unmögliche Vergleiche zwischen Österreich 1938 und 1945 und dem Irak heute propagieren. Die Wiener Friedensbewegten störte das überhaupt nicht, denn die große Begeisterung hatte, so behaupte ich, bei vielen weniger mit dem Frieden, als mit den von Kemmerling erwähnten Ressentiments zu tun und mit dem Wunsch, doch wenigstens diesmal auf der Seite der Gerechten zu stehen.

Wir erlebten in den neunziger Jahren einen blutigen Konflikt in einem

Nachbarland und ich kann mich nicht erinnern, dass da die Friedensbewegung Massendemonstrationen für die friedliche Beilegung der Interessenkonflikte der Völker Jugoslawiens durchgeführt hätte. Es passte natürlich zu den weit verbreiteten Vorurteilen der österreichischen Volksgemeinschaft, dass der „künstliche“ Vielvölkerstaat Jugoslawien zerschlagen wurde. Zu dieser Friedensdemonstration kamen viele Katholiken, die nicht zufällig seinerzeit keine Demonstration für die Einheit Jugoslawiens durchgeführt hatten. Gewisse katholische Kreise, zu denen auch Otto Habsburg gehört, hatten im Gegenteil die kroatischen Separatisten mitunter auch Ustaschanazi mit Rat und Tat unterstützt. Und nun waren diese gleichen Leute plötzlich sehr besorgt um die Einheit des „künstlichen“ Iraks, in dem sich einige Völker und Religionsgemeinschaften befinden. Können wir die deutschen Politiker vergessen, die sich auf Auschwitz berufen haben, um die deutsche Teilnahme am Krieg 1999 zu begründen und sich nur vier Jahre später als Friedensengel aufspielten?

Aber zurück zur Diskussion in der letzten **Context XXI**. Markus Kemmerling unterstellt Heribert Schiedel „Denunziation“, ohne eine Stelle aus seinem Beitrag zu zitieren und denunziert selbst. Es ist eine be-

liebte Methode, dem Gegner etwas zu unterstellen, was er nicht oder nicht so gesagt hat, um es dann einfach zu widerlegen.

Zum Beispiel:

1. „Seine Methode ist Dämonisierung (...) durch sein reflexhaftes ‚Auschwitz‘ als Antwort auf jede Gewaltkritik;“ so Kemmerling. Schiedel aber schrieb: „Bar jedes historischen Bewusstseins, wurde mir entgegengehalten, dass Krieg keine Lösung sei. Ganz so, als ob Auschwitz durch ökumenisches Wettbeten oder pazifistisches Sitzstreiken befreit worden wäre, Vietnam nicht zurecht mit der Intervention in Kambodscha dem Schlachten dort ein Ende bereitet hätte.“ Kemmerling geht auf solche Argumente gar nicht ein, lieber qualifiziert er Schiedels Argumente als „dumm“ und als „Quatsch“ ab.

2. Kemmerling wirft dann Schiedel vor, „Rudolf Burger zum Sprecher einer Friedensbewegung“ erhoben zu haben. Doch Schiedel hat nichts dergleichen getan, als er schrieb: „Der Wiener Philosoph Rudolf Burger, dieser organische Intellektuelle der sekundären Volksgemeinschaft ...“

3. Kemmerling unterstellt Schiedel, er meine „eine Antikriegsdemonstration könne schon deswegen nicht fortschrittlich sein,

*) Karl Pfeifer, ehemaliger Redakteur der Zeitschrift *Die Gemeinde*, lebt als freier Journalist in Wien.

weil auch Freiheitliche gegen den Krieg seien.“ Schiedel aber beklagte u.a. auch konkret die Teilnahme rechtsextremistischer oder sogar neonazistischer Gruppen an Friedensdemonstrationen.

4. Kemmerling schreibt von „grotesken Unterstellungen, dass wer Fahnen verbrenne, in Gedanken bereits Menschen anzünde.“ Schiedel bemerkte meiner Meinung nach treffend: „Wer US-amerikanische und/oder israelische Fahnen verbrennt, zeigt damit seine/ihre Bereitschaft, am Ende auch US-AmerikanerInnen und jüdische Israelis zu verbrennen.“

Kein geringerer als Heinrich Heine formulierte 1820 im Rückblick auf das Wartburgfest in seinem Trauerspiel „Almansor“ die Prognose „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“. Heine kannte das Beispiel der Inquisition, die zuerst die Bücher der Juden und Ketzer verbrannte, dann aber auch die Menschen. Die Nazi, die 1933 (in Österreich 1938) Bücher verbrannten, kamen oft genug aus den völkisch-deutschnationalen schlagenden Burschenschaften, die sich bis heute stolz zu ihren Mitgliedern bekennen, die sich als Täter des Holocausts einen Namen gemacht haben.

Es besteht gerade in Österreich kein Grund zur Toleranz oder Verständnis für Menschen, die glauben ihrer politischen Meinung durch Fahnenverbrennen Ausdruck zu verleihen. Auch und gerade dann nicht, wenn es sich um Linke handelt. Was denkt Kemmerling, wenn er Linke sieht, die das nationale Symbol Israels aber auch des jüdischen Volkes verbrennen? Wollen diese „lediglich“ den jüdischen Staat symbolisch vernichten?

Kemmerling zitiert zustimmend Gaston Kirsche, der meint „die Akteure nehmen ihre bürgerlichen Ideologien mit in die Bewegung“. In Österreich nehmen doch ei-

nige die antisemitische und völkische Ideologie mit, in der sie sozialisiert worden sind. Und das sind leider in der Mehrzahl solche Menschen, die nach 1945 geboren worden sind. Ich erlebte mal, bei einer Diskussion in einem linken Klub in Wien, einen jungen Mann der bemerkte: „Das Verhalten der Israelis gegenüber den Palästinensern gibt Adolf Hitler im nachhinein recht.“ Die einzige Antwort eines Diskussions-teilnehmers war: „Das kann man so nicht sagen“.

Schiedels großer Verdienst ist es, konkret aufzuzeigen, dass diese mörderische Ideologie leider auch bei Linken vorhanden ist.

Auschwitz ist die Antwort

Anmerkungen zur Friedensbewegung

VON HANNAH FRÖHLICH

Dass die Friedensbewegung weniger eine Bewegung des Friedens als viel mehr eine Manifestation des „massenhaften Antiamerikanismus“ – „eng verwoben mit Antisemitismus“ – war und ist, hat Heribert Schiedel in seinem Beitrag „Warum ich auf keine Friedensdemonstration differenziert ausgeführt und damit eigentlich alles gesagt. Markus Kemmerling konnte in seiner Antwort die zentrale Aussage von Heribert Schiedel nicht entkräften. Vielmehr zeigt er in seinem Beitrag „Kritisieren, nicht denunzieren“ unge- wollt, in welchem Zustand die Bewegung ist: Es fällt kein einziges Argument für die Sinnhaftigkeit der Demos,

sondern durchaus Kritik an diesen, und dennoch ertönen lauter Angriffe und Übertreibungen. Wenn nun sogar Menschen, die der Friedensbewegung eigentlich kritisch gegenüberstehen, zu solchen heftigen Reaktionen fähig sind, wie muss es dann erst um die TrägerInnen der Bewegung selbst stehen?

Wie weiters die Weigerung, – in der Frage Irakkrieg: dagegen oder dafür – Standpunkt zu beziehen, immer noch aufrechterhalten werden kann, wie das in dem Beitrag „Fähnchen im Kopf“ von Günter Hefler zum Ausdruck kommt, ist mir ebenso schleierhaft wie sie mir verwerflich erscheint. Die Fakten sprechen jetzt schon

eine zu deutliche Sprache: Der Krieg im Irak ist eine Chance und obwohl wir noch nicht wissen, ob diese auch im Sinne der leidgeplagten Bevölkerung genutzt werden wird, steht jetzt schon fest, dass die Menschen im Irak über Husseins Verschwinden froh sind.

„Natürlich hat auch dieser Krieg viel Tote gebracht“, sagt Nareman Darbandi, Aktivist der PUK, gegenüber der Ökoli Wien und bringt damit alles auf den Punkt. „Aber wer spricht von den vielen Toten, die es gegeben hätte, wäre Saddam weiter an der Macht geblieben?“

Für mich war die Frage, ob nun ein Krieg zum Sturz von Saddam Hussein geführt

werden sollte oder nicht, von Anfang an eine ziemlich klare Angelegenheit. Nicht nur für die Menschen im Irak war und ist der Krieg eine Chance, sondern auch für die gesamte Region: eine Chance für Israel, für Palästina, eine Chance auf eine veränderte Sicherheitslage und damit auf Frieden im Nahen Osten. Doch dass die Friedensbewegung „auch oder vor allem eine Bewegung gegen Israel“ ist, auch das hat Heribert Schiedel in seinem Beitrag ausgeführt.

Aber abgesehen davon – wie überzeugend ist eine Demonstration gegen den Irakkrieg, wenn sich ExilirakerInnen daran nicht beteiligen, wenn also jene Menschen, um

deren Wohl es vorgeblich geht, für die sich sogar menschliche „Schutzschilder“ mit ihrem Leben einsetzen, lieber zuhause bleiben?

An den Demonstrationen hatte sich einmal mehr gezeigt: Die, um die es angeht, sind gewollter Weise und ungewollter Weise ausgeschlossen. Das passiert regelmäßig hierzulande und ist offenbar noch nie ein Grund gewesen, politische Inhalte zu hinterfragen. Zum Beispiel die Kundgebungen zum 9. November im Gedenken an die Pogromnacht 1938. An der „traditionellen“ Kundgebung am Aspangbahnhof treffen sich alle möglichen Gruppen, jüdische Organisationen sind keine dabei. Auch hier frage ich mich: Wie überzeugend ist eine Kundgebung, die der Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden gedenkt, wenn diese daran nicht teilnehmen? In dem einen Fall fehlt das klare Bekenntnis zur Existenz Israels und die eindeutige Verurteilung islamistischer Terroranschläge, im anderen Fall ein klares Bekenntnis für eine Verbesserung der Situation für die irakische Bevölkerung und eine eindeutige Verurteilung des Diktators Saddam Hussein.

Was hätte das aber bedeutet für die Friedensbewegung, was hätte sie tun, sagen, postulieren müssen, um es exilirakischen Organisationen möglich zu machen, an den Demonstrationen teilzunehmen? Sie hätte wohl ihre Inhalte überdenken und sie letztlich entsorgen müssen.

Und dann ist da noch was. „Wenn die FriedensdemonstrantInnen Krieg in jedem Fall ablehnen, dann wären sie wohl auch dagegen gewesen, dass die USA Europa vom Nationalsozialis-



Fotosammlung DÖW

mus befreien,“ sagt Nareman Darbandi.

Ich kann Amerika nicht hassen. Amerika ist das Land, in dem meine Verwandten in Frieden und Freiheit leben konnten und können, es ist das Land, in dem jüdisches Leben in seiner ganzen Vielfalt existieren, sich entwickeln und verändern konnte und kann. Aber Hauptsache die linken Nachkommen der TäterInnen können Amerika weiterhin hassen, gegen jeden Krieg unter allen Umständen demonstrieren, gedankenlos gegen Israel hetzen oder – die etwas abgemilderte Form von abwehrhafter Geschichtsbewusstseinslosigkeit – eine weinerliche Ich-bin-ja-so im-Dilemma-Haltung einnehmen.

Das ist ja auch viel einfacher. Denn: Geschichtsbewusstsein bedeutet, Auschwitz eine Relevanz zu geben im Heute und Jetzt, heißt historische Tatsachen wie die sechs Millionen nicht beliebig aus- oder einzublenden, heißt zu erkennen, dass es in diesem Land kein Zuhause gibt, nur eine handvoll vertrauenswürdiger Menschen, heißt Abschied nehmen von Menschen und Gruppierungen, die kein Problem haben, aus Gründen der massenwirksamen Verständlichkeit

komplizierte politische Zusammenhänge zu vereinfachen und möglichst viele Menschen zu binden, auch wenn diese Rechtsextreme sind, heißt Abschied nehmen von Menschen und Gruppierungen, mit denen man sich früher wohl zu fühlen glaubte. Auschwitz eine Relevanz zu geben im Heute

und Jetzt heißt zu brechen: mit dem Land der TäterInnen und der Kontinuität des Antisemitismus in seinen vielen und ständig neuen Erscheinungsformen. Auschwitz ist kein Reflex. Auschwitz ist die Antwort. Wer von Gewalt(kritik) redet, darf von Auschwitz nicht schweigen.

Demokratie statt Ba'thismus?

Die Zukunft des Iraq nach Saddam Hussein

Radio Context XXI – 22. September 2003

Während der Krieg im Iraq als mediales Großereignis über die Bildschirme flimmerte, wurden die Positionen der irakischen Opposition von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen oder, wenn überhaupt, oft nur sehr verzerrt von sogenannten „NahostexpertInnen“ transportiert. Dabei wären es gerade die Betroffenen selbst gewesen, die zum ba'thistischen Regime Saddams Husseins, zu dessen militärischen Sturz durch die USA und ihre Verbündeten und zu den Vorstellungen über einen zukünftigen Iraq einiges zu sagen gehabt hätten. Um die Positionen aller relevanten politischen Parteien und Strömungen im Iraq authentisch wiederzugeben, ihre Programme für den zukünftigen Iraq vorzustellen und diese zu diskutieren, fand Anfang Juli 2003 eine Podiumsdiskussion mit den Vertretern der irakischen Parteien an der Universität Wien statt.

Eine Sendung der Ökologischen Linken (ÖKOLI)
www.oekoli.cjb.net

10 Uhr Radio Helsinki 92,6 in Graz • 13 Uhr Radio Orange 94,0 in Wien • 23 Uhr Radio Agora 105.5 in Klagenfurt

Frieden oder Appeasement?

Die Friedensbewegung verteidigte alles andere als Frieden

Die Kommentare zur Friedensbewegung und Positionierung der Linken im Irakkrieg, wie sie in der letzten Nummer von Context XXI erschienen sind, sagen vieles zur Situation der österreichischen Linken, aber wenig zur Situation im Irak.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Die Friedensbewegung hierzulande verteidigte einen Frieden, den es für die irakische Bevölkerung seit mindestens 12 Jahren nicht gab. Das faschistische Ba'th-Regime Saddam Husseins hatte schon mit seiner Machtübernahme in den Sechzigerjahren einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung begonnen. Bereits nach dem ersten Putsch der Ba'th-Partei 1963 ließ das Regime tausende KommunistInnen und andere RegimegegnerInnen in Stadien und Gefängnissen zusammentreiben und erschießen. Nicht viel weniger blutig verlief die erneute Machtübernahme der Ba'th-Partei im Juli 1968, aus der schließlich Saddam Hussein als starker Mann hervorgehen sollte. Seither überzog sein Regime den Irak mit einem jahrelangen Krieg gegen kurdische Peschmergas und ZivilistInnen, löste mit dem Angriff auf den Iran den blutigsten Krieg des Nahen Ostens aus, der über einer Million Menschen das Leben kostete, und begann mit der Besatzung Kuwaits im Herbst 1990 jenen Krieg, der nun mit dem Sturz des Ba'th-Regimes sein Ende fand.

Entgegen der medialen Wahrnehmung des Iraks in Europa dauerte dieser jüngste Krieg des Regimes für die irakische Bevölkerung nämlich an. Der Niederlage der irakischen Armee gegen eine breite Koalition arabischer und europäischer Staaten unter Führung der USA folgte

für die Irakis kein Frieden, sondern ein dreifacher Krieg: ein verschärfter Krieg des Regimes gegen die eigene Bevölkerung im Inneren des ba'thistischen Herrschaftsbereiches, ein schleichender Krieg durch Sanktionen, die kaum das Regime, sehr wohl aber die einfache Bevölkerung trafen, und ein Krieg des ba'thistischen Regimes gegen die nach Aufständen kurz- oder längerfristig autonomen Gebiete im Süden und Norden des Landes.

Für die Bevölkerung des Südiraks bedeutete die Tatsache, dass George Bush Sen. sie nach ihrem Aufstand 1991 im Stich ließ und den Militärschlag gegen Saddam Hussein nicht zu Ende führte, ein blutiges Massaker durch Ba'th-loyale Truppenteile. Die kurdische, assyrische und turkmenische Bevölkerung des Nordirak konnte vor einem ähnlichen Schicksal lediglich durch die Errichtung einer autonomen Schutzzone bewahrt werden. Aber auch diese umfasste nur einen Teil des Siedlungsgebietes der dem nationalistischen Regime verhassten Minderheiten. Dort, wo dem Regime die Rückeroberung kurdischer Gebiete gelang, fiel diese kaum unblutiger aus als die Niederschlagung des Aufstandes im Südirak. Was folgte, war eine rücksichtslose Arabisierungspolitik. So wurden aus Kirkuk und der Umgebung dieser wichtigen Erdölstadt tausende KurdInnen vertrieben. In

deren Häusern wurden PalästinenserInnen und AraberInnen aus dem Zentralirak angesiedelt. Saddam Hussein erklärte offen, dass sich die Araber nun jenes Land von den Kurden zurückholen würden, das sie an die Israelis verloren hätten. Dies hinderte ihn aber nicht daran, gleichzeitig seine Vernichtungsphantasien weiterhin gegen Israel zu wenden und im Inneren seine antisemitische Politik gegenüber den irakischen Jüdinnen und Juden fortzusetzen.

Zudem stellte allein die Existenz des Ba'th-Regimes eine ständige Bedrohung für das kurdische Autonomiegebiet im Nordirak dar, was sich im innerkurdischen Bürgerkrieg Mitte der Neunzigerjahre besonders fatal auswirkte. Damals rief die KDP gegen die PUK das Regime zur Hilfe, und dieses rückte umgehend mit Truppen in das Autonomiegebiet ein.

Für die irakische Bevölkerung stellte der Zustand der letzten 12 Jahre somit alles andere als „Frieden“ dar. Vielmehr war sie einem Mehrfrontenkrieg ausgesetzt, der erst mit dem Sturz Saddam Husseins sein Ende fand. So wundert es auch nicht, dass trotz teilweise berechtigter Vorbehalte gegen die USA sich sämtliche Oppositionsparteien an der Vorbereitung für einen Irak nach dem Sturz des Ba'th-Regimes beteiligten. An den Konferenzen in London und Salah ad-Din im Nordirak nahmen

neben den kurdischen Parteien PUK und KDP, dem *Irakischen Nationalkongress* (INC), dem *Hohen Rat des Islamischen Widerstands* (SCIRI) und der *Assyrischen Demokratischen Bewegung* (ZOWAA) auch inoffizielle Vertreter der Irakischen Kommunistischen Partei und der schiitischen Dawa-Partei teil. Lediglich die beiden letzteren lehnten das erneute militärische Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten ab, erklärten jedoch nach dem Sturz des Regimes ihre Genugtuung über das Ende der ba'athistischen Herrschaft und beteiligten sich nun wie alle anderen relevanten Oppositionsparteien an der Übergangsverwaltung. Alle diese politischen Gruppierungen bekennen sich heute zu einer Mehrparteiendemokratie.

Aus Sicht der irakischen Bevölkerung glich die Position Deutschlands, Frankreichs und Russlands – nicht zufällig die Hauptgläubigerstaaten des alten Regimes, denen dieses schon manche Ölkonzession versprochen hatte – eher einer Appeasement-Politik als einer Friedensposition. Dass ausgerechnet Staaten, die (wie Deutschland) Giftgas-Technologie oder (wie Frankreich) Nukleartechnologie in den Irak geliefert hatten, sich zu Verteidigern des irakischen Regimes aufschwangen, wird den Opfern deutscher und französischer Rüstungsindustrie in Erinnerung bleiben. Ähnliches Unverständnis erntete eine Friedensbewegung, die einen Frieden, den es im Irak schon längst nicht mehr gab, verteidigen wollte. Schließlich konnten größtenteils sinnige faschistische Diktatoren noch nie mit einer Appeasement-Politik in die Schranken gewiesen wer-

den. Auch wenn Saddam Hussein noch nicht an sein Vorbild Adolf Hitler herankommt, so stand seine Ideologie und Praxis doch in einer faschistischen Tradition, die teilweise direkte ideologische Anleihen am nationalsozialistischen Deutschland nahm. Die Ba'th-Partei konnte im Irak aus einem Pool arabischer NationalistInnen, die bereits in den Dreißiger- und Vierzigerjahren des 20. Jahrhunderts bewiesen hatten, dass sie zum Massenmord fähig sind, schöpfen und stand fest in der Tradition eines völkischen antisemitischen Nationalismus.

Die Geschichte arabischnationalistischer Massenmorde begann im Irak bereits im August 1933 als irakische Truppen unter General Bakr Sidqi über 60 Dörfer der assyrischen Minderheit zerstörten und hunderte AssyrierInnen ermordeten. 1941 folgte einem NS-freundlichen Putsch der als *Farhud* bekannte Pogrom an der jüdischen Bevölkerung Bagdhads, bei dem zahlreiche Häuser und Geschäfte verwüstet und über 170 Jüdinnen und Juden ermordet wurden. Vor diesem politischen Hintergrund rekrutierte der in Syrien entstandene und bereits in den Vierzigerjahren mit dem deutschen Nationalsozialismus sympathisierende Ba'thismus seine AnhängerInnen, die er zu einer paranoiden Gemeinschaft völkischer NationalistInnen, welche sich immer gegen neue FeindInnen innerhalb und außerhalb des Landes richten musste, zusammenschweißte.

Einmal waren es Juden und Jüdinnen, dann KurdInnen, IranerInnen, SchiitInnen oder „Sumpfbarber“, die – als „zionistische Agen-

ten“ oder „Volksschädlinge“ enttarnt – bis zur Vernichtung bekämpft werden sollten. Um nicht missverstanden zu werden: Im Irak gab es keine industrielle Massenvernichtung von Menschen. Dazu fehlte dem Land auch die ökonomische und verwaltungstechnische Struktur. Auschwitz bleibt weiter eine bislang einzigartige Tat deutscher und österreichischer AkteurInnen der Vernichtung. Die Frage, ob es erst eines Auschwitz' bedarf, um einen militärischen Sturz eines faschistischen Regimes für gerechtfertigt zu halten, müssen all jene beantworten, die gegen den militärischen Sturz Saddam Husseins auf die Straße gegangen sind.

Selbstverständlich gab es vor dem Angriff der USA und Großbritanniens eine

Menge guter Gründe gegen diesen Krieg zu sein. Niemand konnte wissen, wie lange dieser Krieg dauern und wie viele Opfer er kosten würde. Wer nun nach dem positiven Ende des Krieges und dem Jubel der irakischen Bevölkerung über die Niederlage des Ba'th-Regimes, aus antiamerikanischen, völkerrechtsfundamentalistischen oder pazifistischen Gründen immer noch daran festhält, dass das Eingreifen der „Koalition der Willigen“ nicht gerechtfertigt werden könne, muss sich die Frage einer meiner irakischen Freunde stellen lassen. Dieser fragte mich angesichts der „Friedensbewegung“ in Österreich: „Hätten diese Leute auch gegen die militärische Befreiung Europas vom Faschismus demonstriert?“



Fotostammlung DÖW

Antiisraelischer Antirassismus

Was auf den ersten Blick als unvereinbar erscheint und doch möglich ist, soll im Folgenden dargelegt werden. Dass dabei der Antirassismus seinem Namen nicht gerecht wird, liegt auf der Hand.

VON ROLAND STARCH*

kämpft werden. Daraus wird ersichtlich, dass Ideologiekritik nicht zu den Themen des Vereins gehört. Doch ohne Kritik der christlichen, wie auch der islamischen „Kultur“ ist eine Zurückweisung des Huntington'schen Konzepts nicht machbar.

Benannt wurde der Verein nach Ghassan Kanafani (1936-1972), einem palästinensischen Schriftsteller, Mitglied der PFLP und Verfasser von Erzählungen wie etwa „Das Land der traurigen Orangen“, „Bis wir zurückkehren“ und Kurzromanen wie etwa „Rückkehr nach Haifa“. Die Titel dieser „Vertriebenenliteratur“ sind selbstredend, der Stil ist, gelinde gesagt, schwülstig. Er wurde in Beirut durch eine Autobombe getötet.

Am 07. 06. 2003 präsentierte der Verein an der Uni Wien das Buch „Der Tod ist ein Geschenk“ von Raid Sabbah, einem gebürtigen Deutschen mit palästinensischen Vorfahren. In diesem, dem Totenkult huldigenden Werk findet sich ein in Jenin geführtes Interview mit einem potenziellen Selbstmordterroristen, dessen Name geändert wurde. Dieses in der Ich-Form geschriebene Buch ist aber nicht authentisch; es wurde aus vielen Biographien zusammengebastelt und beinhaltet Eindrücke des Autors und die Historie verfälschende Einschübe.

Auf der Buchpräsentation selbst wurde um Empathie für die Selbstmordattentäter geworben. Die Terroranschläge wurden vom Autor zwar abgelehnt (und ihr religiöser Inhalt bezweifelt), aber nur des-

halb, weil „diese Leben sinnlos zerstört werden“. Die Legitimität der Anschläge stand für ihn und für das Publikum außer Zweifel.

Die Diskussion danach bot fast die gesamte Palette an antizionistischen und antisemitischen Ressentiments. Die ÖsterreicherInnen müssen sich endlich von Schuldgefühlen gegenüber den Jüdinnen und Juden lösen, jammerte es aus dem Publikum. Die ahistorische Betrachtung des Nahost-Konflikts schlug sich unter anderem in einer Aussage aus dem Publikum, dass 1948 ein „friedliches Volk“ (d.h. die PalästinenserInnen) überfallen wurde, nieder. Das Westjordanland wurde mit dem Warschauer Ghetto verglichen, die „Auschwitz-Keule“ verhindere eine objektive Berichterstattung, usw., usw. Die Shoah wurde, wenig verwunderlich, in Frage gestellt und nach Widerspruch einer Frau, schwenkte der Zuhörer ein und relativierte nur mehr das Ausmaß!

Die Ideologie vom Jihad, dem der Interviewte angehörte, war kein Thema, um keine Kritik daran üben zu müssen. Vom Frieden wurde geredet, aber gleichzeitig zumindest Verständnis für antisemitischen Terror eingefordert. KritikerInnen können da schnell zu RassistInnen und KriegstreiberInnen werden.

Eingebettet war diese Veranstaltung in eine mehrwöchige Reihe, bestehend aus Frauentanzfesten, Vorführungen der Filme „Hasenjagd“ (Ö, 1994) von Andreas Gruber und „Harold und

Maude“ (USA, 1971), mit der Musik von Cat Stevens. Letzterer wurde aber nicht als Reminiszenz an die Hippieära beworben; auf dem Flyer wurde der in den 80er Jahren zum Islam konvertierte Stevens, der sich nunmehr Yussuf Islam nennt, präsentiert!

In „Hasenjagd“ wird die wahre Geschichte der „Mühlviertler Hasenjagd“ dargestellt. 1944/45 wurden sowjetische Kriegsgefangene, die aus dem KZ Mauthausen flüchten konnten, von der Bevölkerung gejagt und grausam ermordet. Der Einladungstext legt viel Wert auf die Bedeutung der Opferung des eigenen Lebens für die Gruppe; diese Opferrolle wird im Film keineswegs betont und entspringt eher der Märtyrergeilheit der VeranstalterInnen. Die Opferung des eigenen Lebens hatte den Sinn, anderes Leben zu retten, stand also im krassen Gegensatz zu den heutigen „Märtyrern“.

Die Verbindung dieses Films mit dem Buch soll wohl suggerieren, dass die PalästinenserInnen heute in einer ähnlichen, wenn nicht gar gleichen Situation seien, wie damals die sowjetischen Häftlinge. Der Einladungstext vermittelt unweigerlich diesen, vermutlich gewollten und darum umso zynischeren Eindruck.

Derartige Formen von „Interkulturalität“ wurden nicht nur von diversen islamischen Vereinen, sondern bedenkllicherweise von der ÖH und, weniger verwunderlich, der SPÖ Wien unterstützt!

Beim Kulturverein Kanafani sind laut Eigendefinition Leute aus den arabischen Ländern, der Türkei und aus Österreich „mit unterschiedlichen Weltanschauungen“ aktiv, um gegen institutionellen Rassismus aufzutreten. Der „Kampf der Kulturen“ wird abgelehnt und der „antislamische“ und antiarabische Rassismus soll speziell be-

*) Roland Starch studiert Geschichte und Politikwissenschaft und lebt auf der Erde.

Vorläufig die Amerikaner

VON GEORG KREISLER*

Der österreichische Moderator der Sendung „Kulturzeit“ in 3SAT, Herr Grandits, sagte gestern sinngemäß: Da die Amerikaner im Irak das Recht mit Füßen treten, machen es ihnen andere Völker nach. In Thailand erschießt jetzt die Polizei die Drogenhändler, ohne sich die Mühe zu machen, sie zu verhaften, eine klare Rechtsverletzung, und daran ist Amerika schuld – noch nicht die Juden, nein, vorläufig nur die Amerikaner, sagt er.

In den 20er Jahren schrieb Friedrich Holländer einen Text zur Melodie der Habanera aus der Oper Carmen:

*An allem sind die Juden
schuld,
die Juden sind an allem
schuld,
an allem schuld.*

*Warum sind denn die Juden
schuld?*

*Kind, das verstehst du nicht,
sie sind dran schuld.*

Die Hetze gegen Amerika war in der Sendung, die behauptet, etwas mit Kultur zu tun zu haben, in den letzten Wochen gnadenlos. Die abstrusesten Themen, wie oben, kamen da zur Sprache, nur um Amerika eins auszuwischen. Vielleicht sollte man allerdings Herrn Grandits zugute halten, dass er zumindest so aussieht, als merkte er das nicht. Die Augen starr auf den Teleprompter gerichtet, leierte er seine Ansagen herunter, verspricht sich, zögert vor Worten mit mehr als drei Silben und betont immer wieder das Falsche. Nun gut, sagt man sich, er und diese Sendung sind halt ein

weiteres Indiz der Unkultur, die sich in Europa ausbreitet, des Dilettantismus und somit des Kampfes gegen Kunst und Kultur.

Im Fernsehen ist es die „Quote“, die gegen die Kunst kämpft, im Theater die traditionsverachtenden Regisseure mit ihren ahnungslosen, sich wichtig machenden Zeitungskritikern, in der Literatur die profitverhafteten Verlage mit ihren immer ungebildeter werdenden Lektoren, die um ihre Posten bangen und vermeinen, sich den kulturlosen Zeitläufen anpassen zu müssen, in der bildenden Kunst sind es die Leute, die neue Ideen schon für Kunst halten, in der Musik die Experimentierer und so weiter. Aber wenn man genau hinschaut, ist es mehr als das: es ist das Böse, das gegen Kunst und Kultur kämpft und zumindest kurzfristig auch triumphiert. Und jetzt ist dieses Böse eben wieder auf den Antisemitismus gestoßen, im Westen nichts Neues.

Natürlich hat das auch mit Quote zu tun. Endlich kann man laut sagen, was man bisher nur heimlich dachte.

Man kann sogar Massendemonstrationen veranstalten, und die Leute wissen schon, wer gemeint ist, nämlich vorläufig die Amerikaner. Laut einer Umfrage in Frankreich, denkt jeder dritte Franzose, dass es besser gewesen wäre, wenn die Iraker gesiegt hätten. Und ein Schweizer Künstler sagte dieser Tage zu mir: „Georg, du bist mein Freund, aber Sharon ist ein Kriegsverbrecher.“

Es gibt also wieder „auch anständige Juden“, und einer von denen bin diesmal ich.

Fast alle meine Freunde hier in der Schweiz und anderswo sind Christen, und sie wünschen mir bestimmt nichts Böses. Ich bin überzeugt, dass sie mich in künstlerischer Hinsicht wie auch charakterlich schätzen, ja sogar lieben. Sie zeigen mir immer wieder, dass sie es gut mit mir meinen, sie sind hilfreich und ehrlich, obwohl sie wissen, dass ich Jude bin. Sie sind nicht die einzigen, ich treffe auch fremde Leute, die nichts von mir wissen, außer, dass ich Jude bin.

Sie kennen weder meine Lebensgeschichte, noch meine Ansichten, sie wissen nicht, ob ich verheiratet, homosexuell oder Erotomane bin, aber sie wissen, dass ich Jude bin. Sie haben manchmal noch nie einen Juden zu Gesicht bekommen, aber sie wissen, dass ich einer bin. Sie lehnen jeglichen Antisemitismus ab, aber sie wissen, dass ich Jude bin.

So viele Parallelen zur Hitlerzeit fallen einem alten Menschen wie mir ein, so viel hat man schon damals im „Stürmer“ und im „Völkischen Beobachter“ gelesen. Der Urfeind ist wieder da, egal ob er da ist oder nicht. Der Stumpfsinn mündet wieder in die Barbarei, der Abstand zwischen Kapitalismus und Kannibalismus wird von Tag zu Tag kürzer.

Während der Hitlerzeit war ich in Amerika. Ich fühlte mich wohl dort, wenn auch ein wenig fremd. Nach dem Krieg kam ich zurück

nach Europa, aber ein Zuhause-Gefühl wollte sich auch da nicht einstellen. In den letzten Wochen hat sich das jedoch geändert. Ich werde wieder verfolgt, denke wieder an Flucht, habe wieder Angst, kurz, ich fühle mich wieder zuhause.

*) Nachdruck aus *Campo de Criptana* 2/2003.

Georg Kreisler, 1922 in Wien geboren, 1938 in die USA emigriert; Kabarettist, Schriftsteller, Schauspieler und mehr. 1942 erhielt Kreisler die amerikanische Staatsbürgerschaft und lebt seit einigen Jahren in der Schweiz.

Alternative Selbst-Findung?

„Wirtschaft im Dienste des Lebens. Ökumenischer Bekenntnisprozess“, „Marx im Bioladen“, „Lifestyle 4 Peace“, „Tier-Mensch Beziehungen“, „Kreativer Aktionismus – Lichtarbeit für eine bessere Welt“ ... raten sie, wo sie sich gerade befinden! Auf einem Forum für Meditation? Für Mediation? Auf einem Workshop für alternative Selbst-Findung?

VON KARIN GLASER UND
TOBIAS OFENBAUER

Der was versteckt sich denn hinter dem Kürzel ASF? Offiziell als „Austrian Social Forum“ betitelt, nahmen etwa 1500 „Linke“ diese Veranstaltung vom 29.5. bis 1.6. in Hallein zum Anlass, ein kollektives Brainstorming zu betreiben, wie denn „eine andere Welt möglich“ sei. Entlang der vier Themenschwerpunkte „Arbeits-sinn & Arbeitslast“, „Neoliberalismus“, „Herrschaft“ und „Krieg & Frieden“ fanden Konferenzen, Workshops und Seminare statt. Die Inhalte gestalteten sich, wie man den oben angeführten Workshoptiteln bereits entnehmen kann, durchaus pluralistisch. Angefangen bei Anregungen, wie mensch „die Angst-Programme und Konditionierungen der alten Welt“ in sich „löschen“ könne, über Reflexionen zu den Herausforderungen der Globalisierung für die christlichen Kirchen, die – wie wir spätestens seit Freud wissen – ohnehin jeglicher Aufklärungstendenzen mit metaphysischer Sinnstiftung entgegengetreten, bis hin zu Ausführungen, warum Tiere keine Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind, konnte mensch sich über Einseitigkeit des Veranstaltungsangebots und Mangel an Antirationalismus nicht beklagen, sodass überraschender Weise der Leiter des Workshops „Aufstand der Vernunft“ gleich zu Hause blieb. Eine Vielzahl der profanereren Veranstaltungen beschäftigte sich mit sozial-

staatlichen Alternativen zur neoliberalen Weltordnung oder mit aktuellen Erscheinungsformen „des Imperialismus“. Auf eine Analyse des gegenwärtigen kapitalistischen Weltsystems und dessen Verhältnis zu nationalstaatlicher Politik, sprich auf die theoretische Arbeit am Begriff, wurde dabei weitgehend verzichtet. Stattdessen suchte mensch nach praxisorientierten Vorgaben, die zu gerechteren Verhältnissen führen sollen. Der Sozialstaat sollte nicht zurechtgestutzt, sondern ausgeweitet werden; die Märkte, vor allem die Finanzmärkte, sollten besser kontrolliert werden, um die Auswirkungen der zunehmenden Internationalisierung der Marktbeziehungen abzufedern. Nicht zufällig verzichtete mensch auf die materialistische Analyse: denn sie würde aufzeigen, wie unhaltbar diese im schlechtesten Sinne idealistischen Vorgaben sind. Die Aufgabe des Staates ist primär, die Akkumulationsbedingungen für die kapitalistische Entwicklung zu regulieren und zu garantieren, und nicht umstandslos für das Wohl der Menschen zu sorgen. Diese Akkumulationsbedingungen werden derzeit nicht zufällig über Einschnitte im Sozialsystem verbessert. Die Rücknahme der materiellen Absicherung der lohnarbeitenden Bevölkerung soll deren Produktivität steigern und gleichzeitig die staatlichen Aufwendungen minimieren.

Der Markt selbst ist keineswegs Instrument, das nur der sorgsamsten Handhabung bedarf, um den Menschen Wohlstand und materielle Sicherheit zu bringen. Unge-rechte Verteilung von Kapital ist vielmehr eine notwendige Voraussetzung marktwirtschaftlicher Distribution, als deren Folge. Die Argumentation, durch staatliche Kontrolle des Marktes zu gerechteren Bedingungen gelangen zu wollen, entbehrt damit bereits in ihrem Ansatz jeglicher Plausibilität. Die Verselbstständigung der Finanzmärkte ist in diesem Zusammenhang nicht als böswillige, im Dienste des Neoliberalismus stehende Strategie, sondern als der marktwirtschaftlichen Ver-gesellschaftung implizite Entwicklung zu begreifen. Sollte also der Anspruch einer Globalisierungskritik jener sein, durch Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu einer besseren Welt zu gelangen, so kann dies nicht auf dem Wege einer Stärkung des Wohlfahrtsstaats und einer damit zusammenhängenden Bejahung des marktwirtschaftlichen Prinzips geschehen, sondern nur durch Ablehnung einer Gesellschaft, die insgesamt zwar auf freiem und gleichem Tausch beruht, aber dennoch unentwegt Ungleichheiten produziert. Das Ziel einer solchen Gesellschaftskritik wäre, möglichst viele Menschen über die herrschenden Verhältnisse aufzuklären und somit revolu-

*) KARIN GLASER STUDIERT POLITIKWISSENSCHAFT IN WIEN.

TOBIAS OFENBAUER STUDIERT POLITIKWISSENSCHAFT IN WIEN UND IST MITGLIED VON CAFÉ CRITIQUE.

tionäres Bewusstsein – die Bedingung der Möglichkeit einer besseren Welt – erst einmal zu schaffen.

Apropos Waffen der Kritik, Kritik der Waffen und die bessere Welt: Auch Pace-Fahnen durften auf dem ASF natürlich nicht fehlen, fühlten sich die OrganisatorInnen doch einheitlich der aktuellen Friedensbewegung zugehörig. Und auch hier wurden alle bekannten Plakattüden im handelsüblich moralisierenden Ton verkündet: Die USA würden „Krieg für Öl“ führen und ein buddhistischer Mönch (sic!) klärte über die omnipräsenten „wirtschaftlichen Hintergründe“ des letzten Irakkrieges auf. Auf der ASF-Demonstration und Blockade der Tauernautobahn wurde darauf hingewiesen, dass auf Österreichs Straßen Kriegsmaterial transportiert werde (gemeint waren damit allerdings wohl kaum die tagtäglich zur Arbeit in ihre Kasernen fahrenden Bundesheersoldaten), um sich damit einmal mehr als kritisches Gewissen der österreichischen Neutralitätspolitik aufzuspielen. Einig war mensch sich über die moralische Verwerflichkeit des US-amerikanischen Imperialismus, der sich neben dem Irak vor allem in der Existenz Israels manifestiere. Ein Seminar zum Israel-Palästinakonflikt wurde mit dem Ziel veranstaltet, die bedingungslose Solidarität mit der Al-Aqsa Intifada zu propagieren. Die Intifada sei der Inbegriff eines Volksaufstandes, nicht nur gegen die imperialistische israelische Repression, sondern auch gegen die eigene Palästinenserführung. In ihr läge das Potential zur sozialistischen Revolution im Nahen Osten und als bekennende(r) Anti-

imperialistIn und SozialistIn müsse mensch sich mit dem palästinensischen Volk solidarisch zeigen. In einem Vortrag, der die Differenz zwischen Antisemitismus und Antizionismus problematisieren sollte, wurde dies mit den Argumenten unterstrichen, dass israelitische oder jüdische Gemeinden in Europa „das Vorurteil des Antisemitismus“ schüren würden, indem sie lautstark die Politik Israels unterstützen. Außerdem gäbe es ja in Frankreich viel häufiger Übergriffe auf Muslime und Schwarzafrikaner, als auf Juden. Damit war die „Unterscheidung“ des Antizionismus vom Antisemitismus evident. Der angestrebte Versuch, beide fein säuberlich zu trennen, wurde wieder einmal zum Beleg, dass dies unter den Bedingungen einer postnational-sozialistischen Welt unmöglich ist. In der anschließenden Diskussion wurden offenen Waffen für die Intifada gefordert, „denn was hätten denn die Widerstandsbewegungen unter dem NS-Regime gemacht, wenn sie keine Waffen gehabt hätten“, die palästinensischen Flüchtlingslager wurden mit Konzentrationslagern gleichgesetzt, Verständnis für die „verzweifelte“ SelbstmordattentäterInnen wurde gefordert und eine Bemerkung eines Anwesenden, der „Solidarität auch mit Israel“ forderte, wurde ausgebuht. Zionismus sei nicht allein dem am Ende des 19. Jahrhunderts verbreiteten Antisemi-



Fotosammlung DÖW

tismus, sondern auch den imperialistischen Interessen Großbritanniens und später der USA geschuldet, sowie als Schwächung der revolutionären Bewegungen intendiert gewesen. Auf die Kritik, dass ein höchst undifferenziertes Bild der Problematik geboten wurde, reagierten die Veranstalter mit Empörung.

Bei soviel Ressentiment unter den ReferentInnen des ASF ist es nicht weiter verwunderlich, dass auf der Liste der Geladenen auch der Name Franz Alt auftaucht. Dieser hatte des öfteren in rechtsextremen Medien publiziert und war im Laufe des Irakkrieges von der neuen Überwindung der politischen Spaltung zwischen Rechten und Linken hellauf begeistert gewesen. Alle seien nun „vereint in ihrer Abscheu gegenüber dem zwangsläufigen Massenmord eines Krieges“. Bleibt zu fragen, ob die Rechte und Linke tatsächlich durch ihren Pazifismus, oder vielmehr durch das gemeinsame Feindbild USA und Israel geeint werden.

Was also bleibt den TeilnehmerInnen des ASF anderes als die Erkenntnis, dass mensch sich doch lieber mit Marx befasst, als im Bioladen zu shoppen?

Austrian Social Forum

Betrachtungen zum und Versuch einer Einschätzung des bisher größten Festivals gesellschaftskritischer Debatten in Österreich.

VON KURTO WENDT UND
MARKUS ZINGERLE

Als 1999 in Seattle Massen in neuen Organisationsformen gegen die WTO auf die Straßen gingen und im selben Jahr in Porto Allegre Zehntausende am ersten *World Social Forum* in ihren Diskussionen den Slogan „eine andere Welt ist möglich“ prägten, witterten viele Linke die Morgenluft einer neuen revolutionären Bewegung. Andere warnten und warnen davor, dass diese Bewegung systemstabilisierend und dem Bestehenden über Staatsaffirmation und reformistische Perspektiven verhaftet sei, andere glauben sogar, eine nicht etwa inhaltlich breitgefächerte und widersprüchliche sondern eine schlichtweg reaktionäre Bewegungskonstellation entstehen zu sehen. Alle diese theoretischen Zugänge beziehen sich auf unterschiedlich zu gewichtende Aspekte der Entwicklung und kommen in ihrer Verabsolutierung zu unangemessenen, teils falschen Schlussfolgerungen.

Auf die Vielzahl an Netzwerken, Protesten und „Festivals“, die seit Ende der 90er Jahre weltweit entstanden und passiert sind, wollen wir im folgenden nicht eingehen. Einzig: ihre Subsumtion unter den Begriff „globalisierungskritische Bewegung(en)“ verwischt die Differenzen zwischen den verschiedenen AkteurInnen und Ereignissen in einer Weise, dass die auf diese Homogenisierung aufbauende Analyse von den verschiedenen in diesen Bewegungen existierenden Tendenzen einige als fürs Ganze charakteristisch und unum-

stritten behauptet und damit teilweise fehl geht. So wird z.B. von vielen KritikerInnen der „Antiglobalisierungsbewegung“ (ein anderes verbreitetes Unwort) auf den verbreiteten Antiamerikanismus¹ zurecht hingewiesen, ohne darauf einzugehen, dass dieser in den Bewegungen nicht unwidersprochen bleibt und auf Gegenkräfte stößt, die Kritik an US-amerikanischem außenpolitischen oder wirtschaftlichen Vorgehen nicht mit Ressentiments verknüpfen.

Der Hinweis auf Vielfalt und Differenz soll aber nicht der Immunisierung gegen Kritik dienen, sie verweist auf eine sehr widersprüchliche Qualität der „Bewegung der Bewegungen“ (Fausto Bertinotti), die in die Analyse einbezogen werden sollte.

Nun aber zum Thema, zu einem kleinen Event, das sich in den Rahmen dieser weltweiten Bewegungen stellte. Abgeleitet von den Vorbildern Weltsozialforum und *European Social Forum* (an dem letzten November ca. 800 Menschen aus Österreich teilnahmen) fand Ende Mai in Hallein das erste „Austrian Social Forum“ statt.

Bei diesem für österreichische Verhältnisse gut besuchten und bereits von vielen Organisationen in der Vorbereitung getragenen Festival gesellschaftskritischer Debatten diskutierten etwa 1500 Menschen in über 200 Veranstaltungen ihre Vorstellungen einer „anderen Welt“. Die sehr offenen, fast basisdemokratischen

Strukturen in der Vorbereitung spiegeln sich auch am Forum selbst wider. Ein Zentrum konnte gar nicht, bestenfalls in einem kleinen technisch-administrativen „ASF-Büro“ ausgemacht werden, das ASF war ein buntes, allen Interessierten zugängliches Gelände, an dem fast (dazu weiter unten mehr) alles von Menschen unterschiedlichster Zugänge diskutiert werden konnte. Teilgenommen haben GewerkschafterInnen, feministische Gruppen, Autonome, MigrantInnengruppen, KommunistInnen, Grüne, AT-TAC-AktivistInnen und SozialdemokratInnen. Aber auch einige TierrechtlerInnen, EsoterikerInnen, teils konservative UmweltschützerInnen hatten Veranstaltungen angemeldet, drei als ReferentInnen Eingeladene wurden kurz vor und am ASF von TeilnehmerInnen und vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ als Rechte entlarvt. Für die Veranstaltungen und Einladungen trug aber kein Komitee oder dergleichen die Verantwortung, die Offenheit der Anmeldung von Beiträgen war Teil der in der Folge auch kritisierten basisdemokratischen Vorbereitungsarbeit.

Diese bunte Versammlung mit „Linke“ zusammenzufassen wäre Humbug, genauso wie ihr zuzuschreiben, sie wäre der Kern für fortschrittliche Gesellschaftsveränderung. Das ASF war nicht mehr und nicht weniger als die Verdichtung der Debatten über viele

Aspekte der gesellschaftlichen Formierung, ein Knotenpunkt zwischen WissenschaftlerInnen und AktivistInnen, ein Kennenlernen und Streiten zwischen unterschiedlichen politischen Kulturen. Emanzipatorische, antikapitalistische Positionen waren nicht hegemonial, ein Ringen darum war aber in sehr vielen Veranstaltungen bemerkbar und einige Organisationen und Gruppen luden zu sehr spannenden Diskussionen zu antirassistischen Themen, zu Fragen der Widerstandsformen und -organisation, zu Drogenpolitik, zu Patriarchatskritik und Frauenbewegung, zur Kritik von Re-Regulierungsperspektiven und vielem mehr. Wo notwendige theoretische Tiefe fehlte, konnte mensch sich Informationen zu Themen holen, die sonst nicht im Mittelpunkt des eigenen Interesses stehen, Diskurse analysieren, sie zu bereichern oder brechen versuchen.

Mehrmals wurden Veranstaltungen von TeilnehmerInnen gestört, gab es heftige Kritik an am ASF nicht zu duldenen Positionen. Etwa beim einzigen Workshop zum Nahost-Konflikt, in dem von der einladenden Gruppe heute formulierter Antizionismus pauschal gegen den Vorwurf des Antisemitismus in Schutz genommen wurde. An dieser Veranstaltung gab es bereits im Vorfeld Kritik, die sich nicht durchsetzen konnte, die Anregung ihr wenigstens eine weitere, kritische Diskussion entgegenzustellen wurde begrüßt, aber letztlich von niemandem aufgegriffen.

Eine weitere Diskussion wurde verhindert, indem zirka 30 AktivistInnen einem verschwindend kleinen Pu-

blikum und der rechtsextremen Referentin Hemma Poledna auf dem ASF keinen Platz für ihre Veranstaltung zu „mehr direkter Demokratie“ ließen. Es wurde keine autoritäre Instanz angerufen, sondern vor Ort selbst gehandelt.

Bereits in den Monaten vor dem ASF gab es Vorwürfe, die OrganisatorInnen seien offen für rechte Positionen. Ein weiteres Beispiel soll zeigen dass diese Kritik nur zum Teil stimmt: Nachdem das DÖW auf die Einladung des deutschen rechten und antisemitischen Publizisten Franz Alt aufmerksam gemacht hatte, bedankte sich der Workshopleiter für die Information über diese angeblich unbedachte und unüberprüfte Übernahme einer Empfehlung. So weit so schlecht. Seine nachgefügte Aufforderung an alle am kommenden ASF 2004 Beteiligten, durch mehr Aufmerksamkeit der Teilnahme solch unakzeptierbarer Personen vorzubauen und mehr Bedacht auf die Abgrenzung gegenüber Rechten zu legen, stieß auf große Beachtung und Zustimmung. Das nächste „Festival gesellschaftskritischer Debatten“ wird auch daran zu messen sein, inwieweit dieses Bekenntnis auch umgesetzt werden wird. Die bereits anvisierte früher angesetzte Frist zur Anmeldung von Veranstaltungen wird die Durchsicht der ReferentInnenlisten und die Auseinandersetzung über abzulehnende Beiträge jedenfalls erleichtern, die von allen in der Vorbereitung Beteiligten zu treffenden Entscheidungen über notwendige Grenzziehungen aber nicht erübrigen.

Verglichen mit den Sozialforen in Italien, Frankreich oder Griechenland wirkte



Fotosammlung DÖW

das ASF wie ein zaghafter Nachvollzug einer Mobilisierungs- und Auseinandersetzungsform, was aber auch nicht den OrganisatorInnen anzulasten ist, sondern eher eine Spiegelung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse darstellt. Nicht wenige GewerkschafterInnen diskutierten am ASF wohl das erste Mal mit KommunistInnen und anderen Linken über ihre Haltungen zu Sozialsystemen, gewerkschaftlichen Kampferfahrungen und über Rassismus und Sexismus in ihren Organisationen. Ob dieses Aufeinandertreffen fruchtbar war und die beginnende Bündnisarbeit und entschlossener Haltung der GewerkschaftsaktivistInnen fortgesetzt wird, werden wir sehen.

Im Gegensatz zu der in der Linken Italiens fest in der Tradition der Befreiungsbewegungssolidarität stehenden Solidarität mit den PalästinenserInnen, in der aber namhafte Stimmen (z.B. Fausto Bertinotti von der *Rifondazione Comunista*) differenzierte und keineswegs antisisraelische Positionen einbringen und die Methoden der 2. Intifada klar verurteilen, fiel am ASF bezüglich des Nahost-Konflikts vor al-

lem eines auf: der Mangel an Auseinandersetzung, markiert durch die oben erwähnte Veranstaltung zu „Antizionismus ist nicht gleich Antisemitismus – warum volle Solidarität mit der Intifada?“, die schon im Vorfeld kritisiert und am ASF von KritikerInnen gestört wurde.

Zu einem Forum wie dem ASF finden sich jedenfalls zwei Typen von Organisationen und Menschen ein: solche, die ihr leicht unterfüttertes aber fest geschnürtes Propagandaprogramm abspulen, ohne an Auseinandersetzung im wechselseitigen Sinne überhaupt interessiert zu sein; und solche, die in der Einsicht oder Ahnung kommen, dass ihre bisherige Praxis, ihre Gesellschaftserklärungen und Politikvorstellungen teilweise ins Wanken geraten sind und dass Kritik, Neuorientierung, und das Erstarken einer neuen umfassend herrschaftskritischen Bewegung notwendig und möglich sind. Sie schei-

1 Zur Begriffsklärung siehe Dan Diner: *Feindbild Amerika*, Propyläen Verlag, 2002 – rezensiert in *Context XXI* 2-3/2003.

nen uns in der Mehrzahl und auseinandersetzungs-, hinterfragungs- und veränderungsbegierig.

Das Fernbleiben von Initiativen, die mit ihren Beiträgen zu Antisemitismus, falscher Kapitalismuskritik in der globalisierungskritischen Bewegung, kritischen Kontrapunkten zu den unterschiedlichen Antikriegshaltungen, zur fehlenden oder schwächelnden Staatskritik etc. dieses Festival der inhaltlichen Auseinandersetzung nicht nur bereichert, sondern auch Gehör gefunden hätten, sei diesen freigestellt. Viele TeilnehmerInnen

des ASF hätten aber mehr Kontroversen begrüßt und sie auch aufgegriffen. Wie sich in der Debatte um einen sexistischen Übergriff am ASF gezeigt hat, dass viele TeilnehmerInnen nicht nur „problembewusst“ sondern auch veränderungswillig sind, zeigte sich ansatzweise auch in anderen Fragen eine nicht zu ignorierende Kritikfähigkeit.

Zivilgesellschaftliche Formierungen sind nicht per se links, über ihre inhaltliche Ausrichtung muss heftig gerungen werden. Wenig zielführend erscheint uns die Strategie,

abseits stehen zu bleiben und das zu kritisieren, was die Folge der selbstgewählten Abstinenz wäre: die Entwicklung nach rechts!

Marxistische Theoriebildung und Kritik, auch radikale Kritik an bestehenden Formationen und Positionen, sollte die Orte nicht meiden, denen sie ihre Auseinandersetzung (auch) widmet: die Orte real sich formierender, um gesellschaftliche Veränderung bemühter Bewegungen. Solange dies aufgrund innerlinker Verwerfungen und homogenisierender Zuschreibungen nicht möglich ist, tun jeden-

falls die verschiedenen OrganisatorInnen des *Austrian Social Forums* gut daran, Kritik von außen ernst zu nehmen, um das Einsickern von rechten Ökopositionen, antisemitischen Positionen im Kleide des Antiimperialismus oder antifeministischen Strömungen zu verhindern. Ebenso tun KritikerInnen gut daran, ihre Analysen dem Objekt, das nicht über einen Kamm zu scheren ist, anzupassen, der Differenziertheit ebenso Rechnung zu tragen wie dem eigenen Anspruch, die Kritik der herrschenden Verhältnisse voranzutreiben.

Selber Schuld!

Über den Umgang mit einem sexistischen, lesbenfeindlichen Übergriff am ASF

Es gab einen lesbenfeindlichen sexistischen Übergriff am ASF (Austrian Social Forum), das von 31. 5. bis 1. 6. 2003 in Hallein auf der Perner Insel stattfand. Was gerade in diesem Rahmen politisch problematisch ist, ist dennoch passiert.

VON DER DONNERSTAGS-
WENDO-GRUPPE

Wir als Wendo-Gruppe greifen nun Aspekte auf, die uns klassisch im Umgang mit sexistischen Übergriffen erscheinen und über diesen einzelnen Fall hinausgehen. Wir wollen dazu Stellung beziehen und aufzeigen, was uns daran und an der Rezeption bemerkenswert erscheint sowie schließlich Forderungen für ein nächstes ASF formulieren.

Definitionsmacht liegt bei der Frau

Von verschiedenen Seiten wurde der Vorfall in Frage gestellt, mit dem Prädikat „angeblich vorgefallen“ versehen und so diskutiert. Dass die Benennung als sexistisch und/oder lesbenfeindlich der Frau obliegt, ist ein immer wiederkehrendes von Feministinnen eingefordertes Thema.

Unterdrückungsverhältnisse, wie auch sexuelle Unterdrückungsverhältnisse, erfordern eine Kontextualisierung und eine Einbeziehung gesellschaftlicher Machtkonstellationen. Jede patriarchal strukturierte Gesellschaft setzt Frauen und Männer in spezifischer Weise miteinander in Beziehung, legt dem Mann den Subjekt- der Frau den Objektstatus nahe. Die vielfache Objektivierung von Frauen in Gewaltverhältnissen erschwert auch das generelle Setzen von Grenzen und das Benennen von sexistischen Übergriffen. Die herrschende Norm ist die Identifikation mit dem Blick des Täters, die Grenzziehung der betroffenen Frau dadurch nicht einfach. Wie in Selbstverteidigungsgruppen vielfach diskutiert und erkannt wurde, reagieren Frauen in

Übergriffssituationen mit folgenden Strategien: nicht wahrnehmen, relativieren, verharmlosen, negieren, sich selbst die Schuld zuweisen, etc. Der Prozess der Gegensteuerung – Wahrnehmen und Benennen – ist ein langwieriger und niemals abgeschlossener. Die Auseinandersetzungen in der zweiten Frauenbewegung haben zur Einsicht geführt, dass die Entscheidung über die eigenen Grenzen und deren Überschreitung von den Frauen selbst getroffen werden soll – die Definitionsmacht von sexuellen Übergriffen liegt demgemäß bei den Betroffenen. Das bedeutet auch, dass es keine objektiven Maßstäbe im Sinne des bürgerlichen Rechts gibt, wenn über konkrete Fälle von sexistischen Übergriffen gesprochen wird. Forderungen

gen nach einer *objektiven Messlatte* sind in einem spezifischen Herrschaftskontext zu lesen und das Ergebnis solcher Forderungen kann daher nur als Scheinobjektivität bezeichnet werden. Auch in gemischtgeschlechtlichen politischen Kontexten haben Frauen ihre Definitionsmacht vielfach eingefordert; dass dies immer noch nicht Konsens ist, zeigte ein weiteres Mal der Übergriff am ASF.

Lesbenfeindlichkeit

Im konkreten Fall hat der sexistische Übergriff auch noch eine weitere Komponente. Da es sich um ein lesbisches Paar handelte, ist der Übergriff also auch als eine Rückeroberung von abhanden gekommen Sexualobjekten zu deuten – eine weitere Variante der Objektivierung von Frauen. Das lesbische Begehren von Frauen wird nicht ernst genommen, ignoriert oder normativ als heterosexuell interpretiert. Der Mann bleibt Subjekt des Begehrens und kann sich als genießender Rezipient einer Performance à la Hetero-Softpornos angesprochen fühlen.

Was bisher geschah

Dieser Vorfall wurde von den beiden betroffenen Frauen unmittelbar danach am ASF öffentlich gemacht. Folgendes passierte: Die Volxtheaterkarawane, in deren Projekt A.nanas S.ozial Fabrik der Täter involviert war, wurde informiert und thematisierte dies im nächsten Plenum. Im Tagebuch der Karawanen-Homepage wird vermerkt, „der Verlauf der Diskussionen, die u. a. durch eine Äußerung einer an der A.nanas S.ozial Fabrik beteiligten Person zwei Frauen gegenüber ausgelöst

wurde, veranlasste mindestens eine Person aus dem Umfeld der A.nanas S.ozial Fabrik selbiges zu verlassen“ – was auch immer das bedeuten soll. Des weiteren fanden viele informelle Erzählungen auf dem ASF statt, der Vorfall wurde am gleichen Abend ins Frauenplenum getragen, das dann beschloss, auf dem Abschlussplenum des ASF Forderungen zu formulieren. Dort wurde der Übergriff diskutiert, ohne die Namen der beteiligten Personen zu nennen und auch ohne konkreten Output. Zurück in Wien wurde auf dem Plenum der *Plattform für eine Welt ohne Rassismus* der Täter mit dem Vorfall konfrontiert. Welche Auswirkungen die Debatte hatte, ist nicht bekannt. Wochen später kocht die Gerüchteküche noch immer, der Vorfall wird mittlerweile auch so tradiert: es gab am ASF einen sexistischen Vorfall, die betroffene Frau hatte „extrem wenig an“. Scurrilerweise erfährt dies genau eine der beteiligten Frauen. Auch an diesem Gerücht lässt sich die patriarchale Logik „sie ist doch selbst schuld“ als Opfer-Täter-Umkehr ausmachen. Als eine Auswirkung der Debatten gibt es die Einladung zu einem Seminar ohne Fixtermin mit dem kryptischen Titel „Die enthemmte Gesellschaft im Schatten des Sexismus- und Rassismuskurses“, die sich vor allem an ausgesuchte AntirassismusaktivistInnen richtet. Gleich im ersten Satz dieser Aussendung wird die Existenz eines sexistischen und lesbenfeindlichen Übergriffs am ASF mit der Formulierung „angeblich“ in Frage gestellt. Im Gesamten ist dies ein kümmerlicher Output.

Rassismus-Sexismus-Debatte

Nun stellt sich die Frage, wie so Rassismus in der Einladung zu diesem Seminar vorkommt, und mit dem sexistischen und lesbenfeindlichen Vorfall in Verbindung gebracht wird. Ist dies darauf zurückzuführen, dass der Täter dunkler Hautfarbe ist? Oder ist dies darauf zurückzuführen, dass die Betroffenen weiße Mehrheitsösterreicherinnen sind? Wie interagieren Rassismus und Sexismus? Diese Fragen sprechen komplexe Sachverhalte an, die an dieser Stelle nur angerissen bleiben können. Was wir jedoch ansprechen wollen, sind die Erfahrungen die die zwei betroffenen Frauen machten, als sie in verschiedenen Kontexten von dem Vorfall erzählten. Deutlich wurde hierbei, dass rassistische Stereotype und Phantasien auftauchen bei der Erzählung „schwarzer Mann und weiße Frau“. Die Typologisierung „sexistischer schwarzer Männer“ sowie der jeweils eigene Rassismus muss in diesem Zusammenhang immer mitbedacht werden, es gilt ganz einfach sensibel mit dem Thema umzugehen. Mit der Erwähnung dieses Sachverhaltes geht es uns darum aufzuzeigen, dass nur über die konkrete Benennung ein differenzierter Umgang möglich werden kann.

Worum es uns geht

Was wir mit diesem Text nicht wollen ist, dass eine einzelne Person zum Parade-sexisten abgestempelt wird: Es geht nicht um das Abwälzen des Themas auf einen Mann, weil damit ein strukturelles Problem individualisiert werden würde. Weiters greift eine ausschließliche Beurteilung der konkreten Situation

in Hinblick auf Sexismus und Lesbenfeindlichkeit zu kurz und tappt wiederum in die besagte Objektivitätsfalle. Vielmehr geht es um eine generelle Diskussion, wie in der Linken und in antirassistischen Kontexten mit den Themen umgegangen wird bzw. um eine persönliche Sensibilisierung für die Materie.

Unsere Forderungen

Gegenüber einem nächsten in Österreich stattfindenden Social Forum verlangen wir, dass bereits im Vorfeld Überlegungen angestellt werden, wie Sexismus in diesem Kontext zu begegnen ist; dass entsprechende Strukturen mit Entscheidungskompetenzen geschaffen werden, wie auch dass Workshops für Männer, die sich speziell mit Männergewalt beschäftigen, stattfinden. Kurz gesagt, es geht darum, zukünftige Strukturen zu entwickeln, aber auch im Sinne einer Nachbereitung und Reflexion Position zu beziehen. Es geht nicht, dass das ASF als offizielles Forum zum vorgefallenen Übergriff keine Stellungnahme abgibt!

Weiters fordern wir von folgenden Kontexten, in denen sich der Mann, der den Übergriff begangen hat, bewegt, Stellungnahmen zu dem am ASF erfolgten Vorfall: ANAR, Die Bunten, Volxtheaterkarawane, Plattform für eine Welt ohne Rassismus, Bunte Demokratie für Alle.

Das Einfordern dieser Stellungnahme sehen wir als eine Notwendigkeit, um eine breitere Diskussion über Sexismus in linkspolitischen Kontexten zu initiieren und eine Grundlage zu schaffen, auf der eine weitere Auseinandersetzung erst folgen kann!

„... eines konstruktiven Gedankens nicht fähig ...“

Zum Tod Johannes Agnolis

Professor XY: Wenn Sie an die Macht kommen, stellen Sie mich sicher an die Wand!

Agnoli: Wo denken Sie hin, Herr Professor.

Wenn wir an die Macht kommen, sind Sie auf unserer Seite. Sie sind doch immer auf der Seite der Macht.

VON FLORIAN MARKL *

Was machen Revolutionäre in Zeiten, die so gar nicht revolutionär sind? Die meisten passen sich an, suchen sich neue Ziele im Rahmen dessen, was der berühmte „Verfassungsbogen“ zulässt, freilich nicht ohne ihre Vergangenheit in die neue Identität zu integrieren, d.h. nicht ohne zu betonen, eigentlich ja schon immer für Rechtsstaat und Demokratie gewesen zu sein. Gut, gegen den Staat hätten sie schon einmal agitiert, aber nur, weil der Staat früher ja auch ganz schlimm gewesen sei und mit der freien, pluralistischen und gerechten Gesellschaft von heute nichts zu tun gehabt habe. Andere wiederum resignieren ob der Aussichtslosigkeit und Isoliertheit der eigenen Position, dichten sich konsequent gegenüber neuen Erfahrungen ab und werden Zyniker. Was auch immer auf der Welt geschehen mag, sie nehmen es mit einem uninteressierten Achselzucken zur Kenntnis, schließlich haben sie es ja schon immer gewusst. Ganz wenige nur sind in der Lage, sich weder von der Übermacht der Verhältnisse, noch von der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen.

Am 4. Mai dieses Jahres ist Johannes Agnoli 78jährig in Lucca verstorben, unweit jenes Hauses in den toskanischen Bergen, in das er sich nach seiner Emeritierung zu Anfang der neunziger Jahre

zurückgezogen hatte. Über dreißig Jahre hatte Agnoli am Berliner Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft unterrichtet. Als Staatsfeind auf dem Lehrstuhl hatte er gezeigt, dass der Zweck eines Studiums nicht darin bestehen muss, stromlinienförmige Karrieristen heranzuziehen. Seine Aufgabe sah er vielmehr darin, als radikaler Aufklärer ein Projekt Kants fortzusetzen: die Menschen über die wahre Beschaffenheit der politischen Ordnung, die „lügenhafte Publizität“ der Verfassung in Kenntnis zu setzen. Gemäß dem Marxschen kategorischen Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ ist, bestimmte Agnoli die Aufgabe seiner wissenschaftlichen Tätigkeit: „Die Abschaffung des objektiven, durchaus interessierten, also besonderen Interessen zweckdienlichen Zwangscharakters der Gesellschaft: zu diesem Ende soll Politische Wissenschaft betrieben werden.“¹

Kritik der Politik also: Diese dem jungen Marx entlehnte Formulierung war es, die Agnolis erfrischend unzeitgemäßes Thema charakterisierte. Während noch die vermeintlich am weitesten links stehenden WissenschaftlerInnen in den Jahren nach 1968 ihren ganz persönlichen

Marsch durch die Institutionen antraten, um auf je eigene Weise ihren Frieden mit den Verhältnissen zu machen, hatte Agnoli für den daraus resultierenden Reformismus nichts übrig. Weder beklagte er das Auseinanderfallen von Norm und Realität, wie etwa die „kritische Politikwissenschaft“ der Marburger Schule dies betreibt, noch hatte er auf andere Art und Weise der Politik irgendwelche, und seien es auch noch so kritisch gemeinte Vorschläge zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der Herrschaft von Menschen über Menschen zu machen. All diesen reformistischen Illusionen gegenüber hielt er an der unpopulären Perspektive einer revolutionären Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse fest. Und obwohl Agnoli Zeit seines Lebens Hegelianer geblieben ist, hielt er von einer „dialektischen Aufhebung“ der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Institutionen herzlich wenig. Er vertrat ein Programm der radikalen Abschaffung von Kapital und Staat als Vorbedingung der freien Assoziation freier Menschen, sollte diese tatsächlich einmal die geschichtliche Bühne betreten und die „Vorgeschichte des Menschen“ (Marx) beenden.

Dabei sah es zu Beginn nicht danach aus, als ob aus dem 1925 in Norditalien geborenen Agnoli ein hartnäckiger kommunistischer

*) Florian Markl lebt in Wien und studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie.

Kritiker werden sollte. Die erste Station seines politischen Lebens war eine Jugendorganisation, allerdings keineswegs diejenige der Kommunistischen Partei, sondern eine am ganz anderen Ende des politischen Spektrums beheimatete: Agnoli war im Alter von 17 Jahren Funktionär der „Gioventù Italiana del Littorio“, der italienischen faschistischen Jugendorganisation. Nach Querelen mit seinen Vorgesetzten meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht. Der Krieg endete für Agnoli in einer dreijährigen britischen Kriegsgefangenschaft in Ägypten – eine Zeit, die er im Rückblick stets als eine der wichtigsten und besten Jahre seines Lebens betrachtete. 1948 wurde Agnoli nach Deutschland gebracht und entlassen. Mangels Alternativen begann er als Hilfsarbeiter in einer Holzfabrik zu arbeiten, bis er die Erlaubnis zum Studium in Tübingen erhielt. In diese Zeit fiel der Beginn seiner Auseinandersetzung mit Marx: An der Universität hatte Agnoli Vorträge gehört, in denen klipp und klar bewiesen wurde, dass zuerst der Geist existiert habe und erst später die Materie entstanden sei – für den jungen Studenten Grund genug, sich anhand der Marxschen Schriften vom Gegenteil überzeugen zu lassen. Nach seiner Promotion zum Doktor der Philosophie unterrichtete Agnoli in Tübingen und Stuttgart, bevor er eine Assistentenstelle in Köln antrat. Lange sollte ihm diese freilich nicht erhalten bleiben: Im Zuge einer Diskussionsveranstaltung erklärte Agnoli, die Ostpolitik der Bundesrepublik sei gescheitert und diese solle endlich die DDR als Staat anerkennen. Eine Wo-

che später wurde ihm schriftlich mitgeteilt, er solle sich nach einer anderen Stelle umsehen. So kam der frisch entlassene Assistent nach Berlin, wo er über drei Jahrzehnte hinweg Studenten erfreute und Professorenkollegen verärgerte.

1967 veröffentlichte Agnoli zusammen mit dem Psychologen Peter Brückner ein schmales Bändchen mit dem Titel „Die Transformation der Demokratie“. Gegenstand von Agnolis Beitrag ist die „Involutionstendenz“ moderner Demokratien. Analysiert werden jene Mechanismen der westlichen Demokratien, die eine Aushebelung repräsentativ-demokratischer Verfahrensweisen nach faschistischem Vorbild überflüssig machen, weil jegliche Form fundamentaler Opposition mittels einer permanenten, präventiven Konterrevolution wirksam im Zaume gehalten wird. Das oftmals als „Bibel der APO“ bezeichnete Buch sollte innerhalb kürzester Zeit eine enorme Wirkung entfalten, nachdem am 2. Juni 1967 ein Polizist „in Erfüllung seines Amtsauftrages und durch Gebrauch seiner Dienstwaffe Benno Ohnesorg irrtümlich exekutierte und mit seinem Irrtum die Grenzen der subjektiven Rechte im objektiven Staatsrecht anzeigte.“² Agnolis Beschreibung eines autoritären Staates rechtsstaatlicher Prägung fiel bei den rebellierenden Studenten auf fruchtbaren Boden; der auf solche Art bekannt Gewordene machte sich indessen über die Chancen einer revolutionären Umgestaltung anno 1968 keine Illusionen.

Die „Transformation“ blieb die bei weitem bekannteste Schrift Agnolis. Erst mit der Herausgabe seiner gesammelten Schriften durch

den Freiburger ça-ira-Verlag sind einer breiteren LeserInnenschaft weitere, oftmals längst vergriffene Texte zugänglich gemacht worden. Vielfach handelt es dabei um mehr oder minder zusammenhängende Gedanken, die sich hauptsächlich um die immer wiederkehrenden Themen Staat, Kapital, Faschismus und Revolution drehen. In keinem einzelnen dieser Texte ist jedoch eine in sich schlüssige Theorie zu finden, und das hat zumindest zwei Gründe. Einerseits war das Schreiben allgemein nicht seine Sache, wie er selbst gerne mit der ihm eigenen Ironie zugab: „Ich bin ein fanatischer Leser, und da gerade liegt mein Fehler, wenn man da überhaupt von Fehler sprechen kann. Lesen kostet Zeit, während Habermas schreibt.“ Andererseits war Agnoli ein Anhänger der „kleinen Form“ und wäre als völlig unsystematischer Theoretiker zu einem ausführlichen, konsistenten Text vermutlich gar nicht in der Lage gewesen (man könnte auch sagen, er setzte sein ganz persönliches Recht auf Faulheit durch). Der Witz, der aus Agnoli nur so hersprudelte, wenn er Geschichten erzählte und in diese seine theoretischen Gedanken einflocht, ist am ehesten anhand jener Texte zu erraten, die ursprünglich auf freier Rede basierten, in erster Linie also an Interviews und Abschriften seiner Vorlesungen. Beispielhaft hierfür sei auf die „Subversive Theorie“ verwiesen.³ Agnoli demonstriert hier anhand einer Vielzahl von geschichtlichen Personen seine Antwort auf die Frage, was Revolutionäre in nicht revolutionären Zeiten zu tun haben: theoretisch wie praktisch subversiv

1 Agnoli, Johannes: *Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik* (1987), in: Ders.: *Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Gesammelte Schriften Band 1*, Freiburg i. Brsg. 1990, S. 11–20, hier S. 20.

2 Agnoli, Johannes.: *Zwanzig Jahre danach. Kommemorativabhandlung zur Transformation der Demokratie* (1986), in: Ebd., S. 163–221, hier S. 172.

3 Vgl. Agnoli, Johannes.: *Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte. Eine Berliner Vorlesung*, *Gesammelte Schriften Band 3*, Freiburg i. Brsg. 1996.



Fotostammlung DÖW

zu sein, die Grundlagen jeder Herrschaft zu untergraben und so den Weg zu bereiten für eine Zukunft, in der Menschen ein der menschlichen Vernunft nicht Hohn sprechendes Dasein leben können. Subversion und Negation waren Agnolis Programm: „Die Dürftigkeit der Zeit aber, die sich auf allen Ebenen in den eingefrorenen, erfolgreichen, stabilen Strukturen konkretisiert – diese Dürftigkeit, in der sich selbst Alternatives selbstzufrieden beruhigt, verlangt nach Destruktion. Das ‚Ordnungsgefüge‘ muss abgebaut, das Vertrauen muss ausgeräumt werden; der Zweifel und seine sprengende Kraft müssen wieder zu ihrem Recht kommen, damit endlich sich das satte Bild ändert und angesichts dramatischer Entwicklungen die Symbole des Positiven, des Guten und Schönen verschwinden.“⁴ Als Kritiker hatte er auf die Frage nach dem Positiven nur eine Antwort: „In der dürftigen Zeit finden wir es nur in der Negation, im Nirgendwo – in der sogenannten Utopie. In der Tat: Die Utopie, die aus der Destruktion aller Strukturen der Ungleichheit, der Unterdrückung, der Herrschaft entsteht, das ist heute der einzig mögliche Ausweg aus der sich anbahnenden Vernichtung. (...) Der gesell-

schaftliche Konflikt muss von seiner systemischen Stabilisierungsfunktion befreit, aus aller Verfassungsliebe entlassen, in seine gesellschaftliche Würde der Destabilisierung zurückgeholt werden. Die Verteidigung der Destabilisierung gehört zur Verteidigung und Verwirklichung der Freiheit.“⁵

Die gelebte Freude an der Negation unterschied Agnoli wohlthuend vom Großteil der immer auf Ernsthaftigkeit und Nüchternheit bedachten Restlinken in- und außerhalb der Universitäten. Er bewies, dass Gesellschaftskritik und Humor nicht notwendigerweise im Widerspruch zueinander stehen müssen. Dabei wurde seine Kritik nie-

mals mit Zynismus vorgetragen, wohl aber mit Ironie, der Verbindung von Kritik und Utopie: „Die Melodie, die die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen soll, braucht den basso continuo der Ironie – den sicheren Schutz gegen den konstruktiven Irrweg.“⁶

Auch wenn mit Agnolis Tod die Aufgabe für seine Freiburger Verleger mit Sicherheit nicht gerade leichter geworden ist, bleibt doch zu hoffen, dass sich in seinem Nachlass noch Manuskripte und Vorlesungsunterlagen befinden, sodass der vor zwei Jahren erschienene sechste Band seiner Gesammelten Schriften nicht der letzte bleiben wird.

Bisher erschienen folgende Bände:

Agnoli, Johannes: *Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Gesammelte Schriften Band 1, Freiburg i. Brsg. 1990.*

Ders.: *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Gesammelte Schriften Band 2, Freiburg i. Brsg. 1995.*

Ders.: *Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte. Gesammelte Schriften Band 3, Freiburg i. Brsg. 1996.*

Ders.: *Faschismus ohne Revision. Gesammelte Schriften Band 4, Freiburg i. Brsg. 1997.*

Ders.: *1968 und die Folgen. Gesammelte Schriften Band 5, Freiburg i. Brsg. 1998.*

Ders.: *Politik und Geschichte. Schriften zur Theorie. Gesammelte Schriften Band 6, Freiburg i. Brsg. 2001.*

Zusätzlich erschienen bisher zwei Festschriften für Johannes Agnoli:

Bruhn, Joachim/Dahlmann, Manfred/Nachtmann, Clemens (Hrsg.): *Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag, Freiburg i. Brsg. 1995.*

Bruhn, Joachim/Dahlmann, Manfred/Nachtmann, Clemens (Hrsg.): *Kritik der Politik. Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag, Freiburg i. Brsg. 2000.*

Letztes Jahr erschien der kleine Band Burgmer, Christoph: Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli, Freiburg i. Brsg. 2002.

In Kürze erscheint ein Sammelband, der folgenden Text enthalten wird:

Agnoli, Johannes: *Die Verhärtung der politischen Form: Das Kapital und die Zukunft des Faschismus am Ende der liberaldemokratischen Epoche, in: Grigat, Stephan (Hrsg.): Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus, Freiburg i. Brsg. 2003.*

⁴ Agnoli, Johannes: *Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit* (1990), in: Ders.: *Der Staat des Kapitals und andere Schriften zur Kritik der Politik. Gesammelte Schriften Band 2, Freiburg i. Brsg. 1995*, S. 10–20, hier S. 11.

⁵ Ebd., S. 19f.

⁶ Ebd., S. 20.

Das Fliegenglas zerschlagen!

Stefan Vater: Diskurs-Analyse-Intervention

GELESEN VON HEIDE HAMMER

Die Dekonstruktion herrschender Diskurse entwirft der Aktualität den Schleier der Notwendigkeit. Die hier verwendeten Ansätze operieren in einem Gefüge von Wahrheitsregimen, die ihre je eigenen Normalitäten konstituieren und das Wesen und die Tatsache ihrer Konstitution gerne verschleiern. Die Tatsache umfasst die Erkenntnis, dass es kein Außerhalb sozialer Praxis gibt, keinen privilegierten Ort der Kritik oder der wie immer gewünschten Fundierung. Die Vorstellung von Wahrheit: Wahrheiten sind das Resultat ständiger Wiederholungen in Sprachspielen. Die Performanz dieser Sprachspiele wird im Text von Stefan Vater auch an eindrücklichen Beispielen demonstriert; eine Praxis, die das Durchbrechen herkömmlicher Denk- und Rezeptionsschemata erleichtert. Die Erinnerung eines Kinderspiels, „Der Hase läuft über das Feld“, inkludiert viele der hilfreichen, theoretischen Entwürfe, die in geordneten Schleifen den Text durchziehen und das Erkenntnisinteresse deutlich werden lassen. Die Explizierung der analytischen Sprachphilosophie Ludwig Wittgensteins wird in diesem Kontext wichtig. Die auch darin enthaltene Möglichkeit des Schummelns im Sinne einer „Praxis ohne völlige Klarheit“ wirkt tröstlich in einem „immens machtstrukturierten Zusammenhang“, der „von wort-

gewaltigeren und brutaleren Kindern diktiert wurde“ und deutet die jedem Machtgefüge eingeschriebenen Versuche der Störung, des Stotterns und herbeigeführten Rauschens an:

„Ich spielte als Kind ‘Der Hase läuft über das Feld’ – ein Kinderspiel, dessen Regeln ich gar nicht aufschreiben möchte, weil ich sie nicht kenne. Dennoch habe ich ‘Der Hase läuft über das Feld’ als Kind gerne und überzeugt gespielt, obwohl es keine formulierbaren Regeln gab. Und ich habe ‘Der Hase läuft über das Feld’ gespielt, bevor ich auch diese nicht existierenden Regeln praktisch imitieren konnte und so tun, als wüsste ich, was gespielt wird.“ (S. 20)

Die üblichen Vorwürfe der Beliebigkeit oder Willkürlichkeit, die poststrukturalistischen Ansätzen – etwa im Rückgriff auf Foucault oder Deleuze – entgegengebracht werden, teilen weiterhin die Sehnsucht nach universeller Unterscheidung von richtig und falsch und beschwören die Auseinandersetzung im Zeichen des besseren Arguments, des rationalen Diskurses. Die widerständige – in der gewünschten Perspektive lustvolle – Praxis ist ebenso wenig Trägerin des per se Guten, weder der revolutionären Veränderung um ihrer selbst Willen noch des ganz Anderen, Utopischen oder der simplen Übernahme von Staatsgewalt/allgemein privilegierter

Positionen, wie die vorhandenen Dispositive („... die Tatsache, dass Macht eigentlich nirgends ist, als in der Anordnung der Gegenstände.“ S. 38) auf ihre negativen, beschränkenden und disziplinierenden Aspekte reduziert werden können.

Die Funktion der Diskursanalyse, die Gewalt herrschender Formationen in der Normalisierung strikter Grenzen des Sagbaren, Wünschbaren oder Erreichbaren zu dekonstruieren und dadurch die Fülle der Möglichkeiten zu eröffnen, wird im zweiten Teil des Werkes in eine methodologische Auseinandersetzung übertragen. Die stark an Foucault orientierte, angewandte Diskurstheorie von AutorInnen um die Zeitschrift *KultuRRevo-lution* vermittelt Werkzeuge der Demontage hegemonialer Diskurse, die als einzig vernünftig Praxis sozialer Ordnung erscheinen. Die Zerbrechlichkeit des nationalen bildungspolitischen Diskurses wird im Komplex der Auseinandersetzung um die Einführung von Studiengebühren an hiesigen Universitäten und deren Repräsentation in sozialwissenschaftlichen Expertisen nachgezeichnet; der Autor verfolgt entlang einer mikropolitischen Perspektive eine interventionistische Forschungsstrategie.

Die skizzierten theoretischen Bezugspunkte und Strategien bilden Vorlieben ab, deren Adäquanz in der



Stefan Vater
Diskurs-Analyse-Intervention
Europäische Hochschulschriften, Reihe XXI Soziologie, Bd. 380, Peter Lang, Frankfurt aM, 2002

Stefan Vater ist Soziologe, Philosoph, Lektor für Bildungssoziologie an der Universität Linz und wiss. Mitarbeiter der Pädagogischen Arbeits- und Forschungsstelle des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen.

Öffnung des Blicks liegt, der in einem letzten Teil zu „theoretischen Lockerungsübungen“ schweift, die das Gelingen „alternativer Verwendungen normalisierter Sinn-gitter“ etwa in der antidefinitorischen Strategie der EZLN offenlegt. Die Praxis der De- und Rekonstruktion provoziert die Wiederholung vielfältiger Singularitäten, um das Auftauchen von Formen der Subversion in der kulturellen Grammatik zu erleichtern, Erwartungshaltungen immer wieder zu enttäuschen.

„Gerade dieses Volk ...“

Dolores M. Bauer:
*Israel/Palästina:
Wenn aus Opfern
Täter werden.*
Eine Textanalyse.

VON JAMES R. MOSER

Das Buch der ehemaligen ORF-Reporterin Dolores M. Bauer: *Israel/Palästina: Wenn aus Opfern Täter werden* (Edition Va Bene, Wien-Klosterneuburg 2002) stellt sich als subjektiv-persönlicher Beitrag zu einem Frieden und mehr Verständnis im Nahen Osten dar. Es ist – milde gesagt – ein problematisches Buch. Bauers vermeintliche Friedensvision ist durchsetzt von unaufgearbeiteter NS-Schuld, Philo- und Antisemitismus, Ethnozentrismus (hier die Christenheit und das Christentum als dem Mittelpunkt der Welt), Verharmlosungen verschiedener Art, Teildarstellungen, Holocaustrelativierung, rassistischen und kolonialistischen Sujets und Sichtweisen und vor allem klarer Parteinahme für die palästinensische Seite insbesondere der palästinensischen Christen.

Wer sind die „Opfer“ und wer die „Täter“ in Bauers Buch? Bauer identifiziert sich klar mit den PalästinenserInnen und stellt die Juden/Jüdinnen bzw. Israelis als zu TäterInnen mutierte Opfer dar. Immer wieder werden Israelis und die *Zahal* (israelische Armee) mit den Nazis oder der SS verglichen. Dies geschieht durch Bauers Zitatmethode. Dazu später mehr. Auf S. 14 z.B. sieht sich ein traumatisierter Schoa-überlebender israelischer Offizier in einem Albtraum als SS-Offizier. Einige Zeilen weiter fragt sich Bauer dann, wie „die Enkel und auch schon die Urenkel der Opfer von gestern zu den Tätern von heute geworden sind.“ Selbstbezeich-

gungen werden in diesem Buch gezielt eingesetzt, denn sie dienen Bauers Sicht der Dinge. So z.B. sagt auf S. 18 ein israelischer Soldat, der im Libanon dienen musste: „*Ich war ein guter Nazi.*“

Der Vergleich israelischer Militäraktionen gegen palästinensische Zivilisten – so verwerflich sie sind – mit dem Nationalsozialismus und der Schoa ist unanständig, weil historisch revisionistisch. Er suggeriert, dass die Situation der europäischen Juden/Jüdinnen der 30er und 40er Jahre analog zur Situation der PalästinenserInnen der 80er und 90er Jahre (und umgekehrt) zu verstehen sei. Die Nazis planten die Vernichtung der Juden/Jüdinnen. Die Schoa war ein zentrales (wenn nicht *das* zentrale) Projekt des Nationalsozialismus. Nur wütesten Feinde des Staates Israels behaupten, dass eine planmäßige Vernichtung der PalästinenserInnen das Ziel israelischer Politik sei. Wie sehr diese Behauptung in strukturellem Antisemitismus verstrickt ist, wird folgend klarer.

Jeder Vergleich mit der Schoa ist unzulässig. Er versucht, die Vernichtung der europäischen Juden/Jüdinnen zu entschärfen und die Gewalt des Nahostkonflikts hochzuspielen. Dies hat zur Folge, dass der/die Vergleichende (hier: Frau Bauer) den Holocaust nicht mehr ernst nehmen muss. Frau Bauer begeht in ihrem Buch eine Relativierung des Holocaust aus dem Motiv der Entschuldung heraus, eine Relativierung in einem revisionistischen Kon-

text zum Zweck einer Entschuldung der eigenen Person, der Gruppe und Nation, der Frau selbst angehört.

Wenn weiters jemand mit Bauers sozio-historischer Disposition diesen Vergleich in deutscher Sprache trifft, erlaubt dies der deutschsprachigen „Beobachterin“ und ihrem Publikum, ihre historische Mitverantwortung an der Schoa zu vergessen und mit einem „Nu, Nu, Nu“ und katholischem Mitleid ihren Kopf herablassend entgegen den Staat Israel und „den Juden“ zu schütteln. Ist es Frau Bauer klar, dass solche Vergleiche (weil Manifestationen des Holocaust-Revisionismus) in Österreich strafbar sind und sich meist nur in rechtsextremen bis neonazistischen Medien befinden?

Bauer schreibt, dass das Land dem palästinensischen Volk heilig ist (S. 117), während sie gleichzeitig den Aufenthalt in und die Einwanderung nach Israel/Palästina durch Juden/Jüdinnen konsequent delegitimiert („*wie vieles im Bereich des jüdischen Volkes eher in das Reich der Phantasie gehört*“ S. 111). Im gesamten Buch erwähnt Bauer die Schoa und den europäischen Antisemitismus kaum, sodass ein/e LeserIn annehmen könnte, dass Juden/Jüdinnen einfach aus Witz oder Bosheit nach Erez Israel gegangen sind. Da stellt sich die Frage, welche historischen Quellen Bauer verwendet, wenn sie behauptet, „*daß das palästinensische Volk seit mehr als 2000 Jahren unter Fremdherrschaft lebte*“

(S. 75), und die Falangisten von den Israelis gegründet worden seien (S.83). Das folgende Zitat zeigt Bauers Geschichtsbewusstsein: *„In den vierziger Jahren intensivierte sich der Kampf der militanten Siedler gegen die britische Kolonialmacht. Besonders taten sich paramilitärische Untergrundorganisationen ... hervor, die ... auch gegen die Palästinenser vorgingen ... Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mischten auch die USA mehr und mehr in der Palästinafrage mit, was den Zionisten nur recht sein konnte, denn sie wußten die Amerikaner auf ihrer Seite“* (S. 76–77). Die Schoa kommt nicht einmal in einem Nebensatz vor.

Offenbar muss sich Frau Bauer mit der Schoa nicht auseinandersetzen. Das folgende Beispiel auf S. 51 illustriert Bauers Sicht der Dinge wie kein anderes: *„Da fragt man sich schon, wie es denn das geben könne, geben dürfe. Gerade in einer Zeit, in der allüberall von Entschädigung für Zwangsarbeit, für von den Nazis beschlagnahmtes Eigentum die Rede ist und mittels Sammelklagen durchgesetzt wird. Natürlich ist es eine Schande, da eine solche Entschädigung so spät und für viele zu spät geleistet wird. Gerade dieses Volk, dem so viel Leid angetan wurde, müßte aber wissen, was es heißt, vertrieben, enteignet zu werden, alles zu verlieren und das in vielen Fällen nicht nur einmal, sondern zwei- und auch dreimal im Leben. Wie soll man das verstehen?“* Bauer spricht also nur von Zwangsarbeit und Arisierung, nicht von Völkermord. Die Restitution wird der Republik Österreich von „diesem Volk“ also aufoktroziert für Taten, die „die Nazis“ be-

gangen haben. Bauer war auf der Welt, als Juden aus Österreich vertrieben und deportiert und hier ermordet wurden. Dennoch ist, was die Schoa anbelangt, ihr Blick eine tabula rasa. Außerdem zeigt diese Stelle wiederum, wie Frau Bauer mit der Opfer-Täter-Umkehr arbeitet: Juden/Jüdinnen hätten gefälligst aus ihrem Leid lernen sollen, aber haben es wohl zum Trotz nicht getan?

Bauer umgeht damit ihre eigene historische Situation, als eine 1934 in Österreich geborene deutschsprachige Katholikin. Für welches Publikum schreibt Bauer, wenn nicht für ein ebenso wie sie historisch befangenes, schambehaftetes deutschsprachiges Publikum? Bauer sieht sich als neutrale Beobachterin, doch ergreift sie immer wieder Partei für die Seite der PalästinenserInnen und versucht ihre Reportage als ausgewogen darzustellen, indem sie ab und zu beiläufig die Selbstmordattentate kritisiert. Israelis zitiert sie nur als „KronzeugInnen“, wie z.B. Uri Avnery, um zu zeigen, dass Juden/Jüdinnen ja selbst wissen, was sie Böses tun.

Anstelle neutral zu sein, ist Bauers Linie nicht nur voreingenommen, sondern kolonialistisch und von der Methode her eingeschränkt. Als Basis für ihre Aufenthalte in Jerusalem wählt sie stets das Österreichische Hospiz in Ostjerusalem, wo sie mit „Fremdheit“ ja nicht allzu sehr konfrontiert ist, und auch nicht mit jüdischen Menschen. Ihre israelischen und palästinensischen InterviewpartnerInnen sind zu einem Großteil deutschsprachig. Konsequenterweise transkribiert Bauer arabische, hebräische, jiddische und sogar englische Termini falsch

(„Yaacob“ S. 17, „Gosh Etzion“ S. 52, „Stätl“ S. 111, „Babata Salam“ S. 146, „Ta'ajush“ S. 147, „Rabbies for Human Rights“ S. 152, „Erez-Shabbat“ S. 162). Zu Zitaten ihrer jüdischen InterviewpartnerInnen weiß Bauer einleitend im Attribut immer auf deren jüdische Herkunft hinzuweisen („meiner lieben Freundin, einer alten aus Riga stammenden Jüdin“ S. 9, „der orientalische Jude“ S. 114, „einer amerikanischen Jüdin“ S. 82 usw.). Weiters versucht sich Bauer als Ethnologin jüdischer Erfahrung, wenn sie Kategorien wie „Diasporajuden“ und „Reformrabbiner“ verstreut. Sie verwendet abwechselnd „Rabbiner“ und „Rabbi“, obwohl der letztere Begriff nicht Deutsch ist und eher respektlos klingt.

Sogar PalästinenserInnen werden von Bauers Liebe nach Kategorien nicht verschont. Auf S. 46 meint man, es spricht Leni Riefenstahl, wenn Bauer von einer palästinensischen Künstlerin schreibt *„eine auffallend hübsche junge Frau ... schaute auf und ich blickte in große, orientalisch verzauberte Augen in einem schönen ebenmäßigen Gesicht. Das spürbar füllige Haar war unter einem strengen aber geschmackvoll gebundenen Tuch verborgen.“* Weiters nennt Bauer die Autorin und Biologin Sumaya Farhat-Naser aus Bir-Zeit *„die Palästinenserin Sumaya Farhat-Naser“* (S. 132) nachdem selbige bereits oft im Buch vorgekommen ist und den LeserInnen bekannt ist.

Immer wieder bringt Bauer Verständnis für palästinensische Gewalt auf (S. 53). Auf S. 107 spricht sie z.B. von einem „fanatischen Selbstmörder“, was die Absicht dessen, dabei Juden/Jüdinnen zu töten, verwischt. Auf S. 23

spricht Bauer sogar von der „derzeit weltweit betriebenen Terroristenhatz.“

Bauers großes Augenmerk gilt der Christenverfolgung. Immer wieder verwendet sie Begriffe wie „christenrein“ (S. 163) und „palästinenserfrei“ (S. 133). Diese sind unschwer als Analogien zum NS-Terminus „judenrein“ erkennbar. In Bauers Buch geht es nicht nur um den Konflikt zwischen Israelis und den PalästinenserInnen, es geht auch um einen suggerierten Konflikt Juden/Jüdinnen gegen ChristInnen, in dem die Juden/Jüdinnen gemäß dem alten Stereotyp die blutlechnenden Bösewichte sind. Bauer zitiert sich selbst, als sie in einem Kabbalat Shabbat Gottesdienst fragte „Darf man denn töten am Shabbat?“ nachdem die Anwesenden vom Tod eines Soldaten und von Hamas-Mitgliedern erfuhren (S. 107). Anderl von Rinn lässt grüßen.

Das Buch ist kohärent ethnozentrisch – das Christentum und die Christenheit sind Bauers Blickmittelpunkt. Dies geht aus ihrer Behauptung hervor, dass Juden/Jüdinnen Jesus als Propheten verehrten (S. 9.) und muslimische Palästinenser denselben als einen Volksgegnossen verstünden (S. 34). Manchmal kam es mir beim Lesen so vor, als ginge es darum zu zeigen, dass, würden Juden/Jüdinnen nur endlich ChristInnen werden und von ihrem unzivilisierten Tun ablassen, es endlich Frieden auf Erden – und vor allem im „Heiligen Land“ – gäbe. Ein Friedensabkommen sieht sie vielleicht als Resultat der Parousia (Wiederkehr Jesu).

Dieser Missionswunsch ist nicht einmal versteckt, denn Bauer berichtet auf

S. 122 von einer Osterfeier, an der sie im Westjordanland teilnahm. Als die Betenden einander den Friedensgruß geben, schreibt Bauer: „Aus tiefen Herzen sagten wir einander, riefen wir dem Land und seinen Menschen den großen Shalom zu, den echten, den wahren Frieden, der den Menschen dieses Landes verheißen worden war, damals vor 2000 Jahren.“ Warum Shalom und nicht Salam, beten Christen in Bethlehem auf Ivrit? Es ist klar, dass Bauer nicht annimmt, dass sie auch nicht-christliche LeserInnen haben könnte. Sie zitiert das Neue Testament ohne Angabe und nimmt an, dass es dem/der LeserIn bekannt ist. So schreibt sie auf S. 30, dass bei Beit Sahour „der Friede auf Erden verkündet worden ist, wie es im Evangelium zu lesen ist.“ Nur ein Religionswissenschaftler oder Theologe weiß, dass sie damit das zweite Kapitel des Lukas meint.

Schlussendlich berichtet Bauer von ihrem Versuch als Friedensbotschafterin, als sie palästinensische ChristInnen nach Österreich zu Vorträgen einlud. Viel mehr jedoch waren das Referate über die „Christen im Heiligen Land“, in denen ÖsterreicherInnen zu Solidarität mit diesen aufgefordert wurden. Viola Rahab, eine der ReferentInnen, spricht auf Seite 193 von der „Kreuzigung Bethlehems“, womit alte anti-jüdische Stereotype von der Ermordung Jesu durch die Juden/Jüdinnen aktiviert werden.

Frau Bauer polarisiert mit ihrer Sprache und ihrem Kronen-Zeitung-Stil und teilt die Welt in Gut (Palästinenser/Christen) und Böse (Juden/Israelis). Auf dem Umschlag prangt eine israelische Flagge vor dem Hintergrund

eines blutroten Himmels. Die Flagge verdeckt wiederum einen Teil einer palästinensischen. Bei genauerem Betrachten wird deutlich, dass eine weitere israelische durch die palästinensische Flagge hindurchscheint. Man erkennt einen grauen Magen David (Davidstern), der das Schwarz-Rot-Weiss-Grün verfremdet. Was beabsichtigt die edition vaBene (mit dem Motto „der Verlag, der sich was traut“, und in dessen Sortiment sich auch der Titel „Juden: Richter, Rächer, Renegaten“ befindet) mit so einem Bild?

Bauers Buch ist überdies von vielen Tipp- und Grammatikfehlern (z.B. ein Satz ohne Prädikat auf Seite 85 liest sich: „Und dann auch die Särge, immer wieder Särge, und noch immer Tränen, immer noch Schreie.“), eines sich wiederholenden Stils – Bauer verwendet, um israelische Soldaten zu beschreiben, mindesten dreimal „bis an die Zähne bewaffnet“ (z.B. S. 61) – und ihres umgangssprachlichen regionalen Wortschatzes („Fleckerlteppich“ S. 31, „gefrotzelt“ S. 34, „wurlten“ S. 154) geprägt.

Bauer zitiert aus vielen Interviews und auch aus Texten, jedoch fehlt dem Buch ein Quellenverzeichnis. Manchmal zitiert sie sogar ohne Namensangabe der/s Sprechers/in. Dies wiederum ist eine wichtige Methode des Buches; oft gibt Bauer ihre eigene Meinung nicht kund, aber stellt sie durch selektive Zitate nach dem Prinzip ‚cut and paste‘ dar. Die Botschaft ist dann zwischen den Zeilen oder im Zitat versteckt. So z.B. weiß auf S. 31 eine namenlose „amerikanische Theologin“ zu behaupten: „Sehen denn diese Israelis nicht, daß sie mit solchen Schi-

kanen Terroristen direkt produzieren? Ich könnte mir keine bessere Methode vorstellen, Terrorismus zu erzeugen, als wenn ich Menschen belästige und demütige – und das Tag für Tag.“

Es sind Stimmen wie jene Bauers, die in Deutschland und Österreich eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt in jüdischen Gemeinden sabotieren. Denn in diesem bereits historisch antisemitisch besetzten Kontext, in dem es immer wieder zu Ausbrüchen unaufgearbeiteter Judenfeindlichkeit kommt, müssen wir unsere ganze Energie investieren, dem in bestimmter Kritik der Rolle Israels im Nahostkonflikt versteckten Antisemitismus zu entgegnen bzw. ihn zu thematisieren. Das wiederum behindert die Artikulation und Unterstützung von Friedensstrategien (z.B. einer Zweistaatenlösung für Israel und die PalästinenserInnen) innerhalb der deutschsprachigen jüdischen Gemeinden. Frau Bauer blendet völlig aus, dass soziale Gerechtigkeit ein integrales Projekt jüdischer Tradition ist. Organisationen wie *Rabbis for Human Rights* und *Ta'ayush* kommen in ihrem Buch ja nur vor, um zu zeigen, dass es auch „gute Juden“ gibt. Wie so oft bestimmen in diesem Land eben Katholen, wer oder wie „a Jud is und wer ned.“

Beim Lesen von Frau Bauers Buch war ich am meisten von ihrer völligen Ignoranz über und fehlendem Respekt für jüdische Religion und Kultur betroffen. Es tut wirklich weh zu sehen, wie Mitmenschen in Österreich jüdische Erfahrung ignorieren und nichts dazu lernen wollen.

Demnächst im Radioprogramm von Context XXI

Jeden Montag um ...
 10 Uhr auf Radio Helsinki 92,6 in Graz • 13 Uhr auf Radio Orange 94.0 in Wien • 23 Uhr auf Radio Agora 105.5 in Klagenfurt

Theodor W. Adorno zum 100. Geburtstag

Am 11. September wäre Theodor W. Adorno 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass sendet Café Critique im Rahmen von Radio **Context XXI** Mitschnitte von Vorträgen, die der Frankfurter Gesellschaftskritiker in den sechziger Jahren im Hessischen Rundfunk gehalten hat.

Adorno zog zeitlebens jene Ressentiments auf sich, denen sich auch heute alle sicher sein können, die kritische Einwände gegen die bestehende Ordnung und ihre scheinbaren Antagonisten in der real existierenden Linken formulieren. Im Feuilleton wie im akademischen Marxismus wird er heute gerne als irgendwie großes, aber leider etwas überempfindliches Genie abgetan. Seine durchgängige Orientierung an der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie wird kaum thematisiert. Bei aller Widersprüchlichkeit in seinem Denken hat Adorno stets an der Notwendigkeit des ganz Anderen, der befreiten Gesellschaft, des Kommunismus im Marxschen Sinne, also der Herstellung der Möglichkeit individuellen Glücks, festgehalten. Das ist heute, nach dem antisemitischen Massaker vom 11. 9. 2001, dem dadurch befeuerten internationalen Djihad sowie dem drohenden globalen Siegeszug der deutschen Ideologie und des deutschen Krisenlösungsmodells ebenso aktuell wie die Überlegungen der Kritischen Theorie zur Dialektik der Aufklärung.

Montag, 8. September
Spätkapitalismus und Industriegesellschaft
 Theodor W. Adorno über Grundfragen der Gesellschaftskritik

Montag, 15. September
Aufarbeitung der Vergangenheit.
 Theodor W. Adorno über das Nachwirken des Nationalsozialismus in der Demokratie

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ		
___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt 3,60
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt 3,60
Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben		
___ Flaschen	WEINCHARDONNAY	Chardonnay, trocken, fruchtig 6,90
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein 6,50
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein 6,90
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein 6,50
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner 13,80
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser 13,80
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchanteilen nach der Gärung 14,20

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

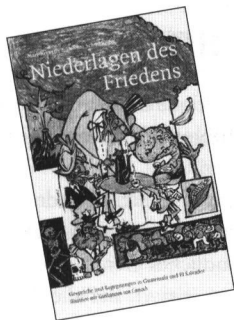
Einzelpreis

___ Stück	Größe	___ T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL und XXL 8,80
___ Stück	Größe	___ T-Shirt „kein mensch ist illegal“, L und XL 8,80
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück 1,50
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“ 1,80
___ Stück	BROSCHÜRE	Broschüre „Ratgeber Wehrdienstverweigerung“ (Zivildienst u.a.) 3,60
___ Stück	PLAKAT	Plakat „Wenn wir groß bin, werde ich Totalverweigerer!“ nur Versandkosten

☐ Ich interessiere mich für die **Friedensteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der nachstehenden Bücher/CDs. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Mary Kreutzer ★ Thomas Schmidinger: **Niederlagen des Friedens**. Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador. edition wahler, 162 Seiten.



Komm, Süßer Tod
Sofa Surfers – Soundtrack –
Filmdialoge

- Wolf Haas: **Komm, süßer Tod. Roman**. Rowohlt, 223 Seiten.
- Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus**, Promedia, 430 Seiten.
- Diverse: **etwas besseres als europa** (CD)

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht rechtzeitig vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis gesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise

Österreich Sonderabo	22,- Euro
Österreich Normalabo	33,- Euro
Ausland	38,- Euro
Übersee	44,- Euro
Förderabo	66,- Euro



Das **Sonderabo** ist für Arbeitslose, MigrantInnen, StudentInnen und all jene gedacht, die sich das Normalabo nicht leisten können oder wollen.

Ein Umstieg von Normalabo auf Sonderabo ist jederzeit möglich. E-Mail genügt: redaktion@contextxxi.at.

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

- Ich bestelle hiemit ein
- ☐ Normalabonnement
 - ☐ Sonderabonnement
 - ☐ Förderabonnement
 - ☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk wähle ich
(falls gewünscht bitte aus obigen Angeboten auswählen):

ConInfo – Mailinglist

- ☐ Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	3,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Doppel-Nr.	5,-
___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	2,50
___ Stück	CON01078	Broschüre: Siegfrieds Köpfe – Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus an der Uni ...	9,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	5,50
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	5,50
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	5,50
___ Stück	CDEUROPA	CD: etwas besseres als europa	6,-

Besteller/in:

Datum: Unterschrift:

Short Cuts

VON STEPHAN GRIGAT

Robert Kurz: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Horlemann Verlag, Bad Honnef 2003, 448 Seiten, EUR 19,80

Lange Jahre haben sich Robert Kurz und seine Mitstreiter und -streiterinnen von der Nürnberger Theoriezeitschrift „Krisis“ davor gedrückt, sich zu Israel zu äußern. In seinem neusten Buch, das ansonsten die obligatorischen Ausführungen zur Krisendynamik des warenproduzierenden Weltsystems und die ebenfalls hinlänglich bekannten Beschimpfungen der Kritiker und Kritikerinnen der sich globalisierenden deutschen Ideologie beinhaltet, findet sich ein Kapitel „Der Nahe Osten und das antisemitische Syndrom“. Während es sich in der antinationalen Linken eingebürgert hat, von Israel in völliger Geschichtsvergessenheit und Begriffslosigkeit von einem „Staat wie jedem anderen auch“ zu sprechen, da man schließlich in den letzten Jahren gelernt hat, dass die Nation doch immer ein „Konstrukt“ sei, was noch so ziemlich das Beste ist, was man über Nationen sagen kann, betont Kurz zunächst die Notwendigkeit Israels und wendet sich gegen die antinationalen Plattheiten: „Auf keinen Fall kann es für eine emanzipatorische, antikapitalistische Position um eine ‚Äquidistanz‘ zu Israel und Palästinensern gehen.“ Doch man konnte schon ahnen, worauf der

Freund der deutschen Friedensbewegung mit diesen hohlen Bekenntnissen hinaus will. Über die antisemitischen Dschihadisten schreibt er: „Der Westen bekommt mit den wahabitischen und verwandten geheimen Terrorgesellschaften nicht nur, was er verdient, sondern auch, was er selbst gepöppelt und herangezogen hat.“ Wenn man meint, der Westen bekomme mit dem auf Vernichtung zielenden Terror das, „was er verdient“, so ist das keine Kritik, sondern eine widerliche Gehässigkeit, die sich darüber freut, dass, wenn es schon keine Emanzipation gibt, wenigstens die Hölle auf Erden im globalen Maßstab Realität wird.

Vom Antisemitismus, von dem der Meisterdenker aus Nürnberg allen Ernstes behauptet, er besitze „in der aktuellen palästinensisch-arabischen Version keine gesellschaftlich formierende Kraft mehr“, abstrahiert er immer dann, wenn dieser seine offensichtlich nur zu Legitimationszwecken postulierte Parteilichkeit für Israel begründen könnte. Er verharmlost den Antisemitismus in den arabisch-islamischen Gesellschaften, wenn er behauptet: „Bis heute gibt es in den meisten nahöstlichen Ländern jüdische Gemeinden mit Synagogen und relativ unbehelligten Existenzmöglichkeiten (...). Der natürlich vorhandene Migrationsdruck in Richtung Israel ist nicht großen Verfolgungswellen geschuldet, sondern entstammt anderen (kulturellen und vor allem sozialen) Motiven.“

Wenn man Kurz' Kritik an der antinationalen Äquidistanz im Zusammenhang mit seinen vorangegangenen Ausführungen liest, entpuppt sie sich als Absicherung gegen die antideutsche „Antisemitismuskeule“, vor der sein „Krisis“-Kompagnon Ernst Lohoff in der Vergangenheit so gerne gewarnt hat. Da ist ganz im Nürnberger Jargon die Rede vom „negativen Aufgehen beider Konfliktparteien im destruktiven Prozess der kapitalistischen Globalisierung“, und trotz aller Differenzierungen ist dann doch alles irgendwie das Selbe: „Insofern geht Israel seinen eigenen Weg in die Barbarei, der sich allerdings in seinen Erscheinungsformen von dem der arabischen feindlichen Nachbarn kaum unterscheidet.“ Von der israelischen Gesellschaft scheint Kurz, der sich so viel auf seine „Realanalysen“ einbildet, nicht allzu viel zu wissen. Mit einem klassischen „einerseits-andererseits“ blamiert er sich völlig: „Das Land ist einerseits im Sinne des politischen Systems eine kapitalistische Demokratie westlicher Prägung, (...) andererseits gleicht der israelische Alltag in vieler Hinsicht bereits dem eines Gottesstaats nach dem Muster der Taliban.“ Diese Infamie erschien in etwa zeitgleich mit den Parlamentswahlen in Israel, bei denen die strikt antireligiöse Shinui den größten Erfolg ihrer Geschichte verbuchen konnte. Allein dieser Hinweis reicht, um die Kurzschen Ausführungen als ausgemachten

Blödsinn kenntlich zu machen. „Realanalyse“ spielt offensichtlich genau dann keine Rolle mehr, wenn es um Israel geht.

Ekelhaft wird diese Ignoranz, wenn sich der „Krisis“-Vordenker über das verzweifelte, religiös motivierte Einsammeln von Leichenteilen nach Attentaten äußert, das sich daraus begründet, dass nach jüdischem Verständnis der Mensch als Ganzes (oder annäherungsweise als Ganzes; etwas anderes ist nach der Explosion einer Nagelbombe in einer Diskothek ohnehin nicht mehr möglich) bestattet werden muss. Bei Kurz ist das einem besonders bösartigem Rassismus geschuldet und liest sich so: „Nach den verheerenden palästinensischen Selbstmordattentaten versuchen beispielsweise ultra-orthodoxe Fanatiker, die Leichenteile ‚ethnisch‘ zu sortieren, damit nicht Körperteile eines fremdrassigen Attentäters versehentlich zusammen mit jüdischen beerdigt werden.“ Der Krisentheoretiker und sich selbst zum Opfer stilisierende Bekämpfer der von ihm als „Seuche“ ins Visier genommenen antideutschen Kritik, der sich langsam einmal Gedanken darüber machen sollte, warum die Nazis von der „Deutschen Stimme“ seine „wuchtigen Verbalattacken gegen antideutsche Seelenkrüppel“ (6/03) mit Sympathie begleiten, übertrifft mit seiner Kälte noch die Indifferenz der Antinationalisten.

CASTILLO **comida y ron**

comidas tropicales * parilla criolla * rhumerie
Stubenring 20 A-1010 Wien T 512 94 04 castillo@aon.at www.castillo-comida.at